

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juli 1995
bis Dezember 1996**

NWO-Sonderheft Nr. 98



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juli 1995 bis Dezember 1996**

NWO-Sonderheft Nr. 98

Terror der Antichristen vom 01.07.1995-31.12.1996

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juli 1995 bis Dezember 1996	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juli 1995 bis Dezember 1996

Unterlegen ist man im Leben erst, wenn man seine Selbstachtung verloren hat.
Marcel Proust (1871-1922, französischer Dichter)

1995

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juli 1995: >>>**Polen: Deutschland ist strategischer Partner**

Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erwartet von Deutschland weitere Unterstützung für den Weg seines Landes in das vereinte Europa. Polen sehe in Deutschland einen wichtigen strategischen Partner in allen Bereichen sagte Bartoszewski am Sonntag im Deutschlandfunk mit Blick auf den Besuch Kanzler Helmut Kohls in dieser Woche. Er verwies darauf, daß Polen sich seit Jahrhunderten am Westen ausgerichtet habe. "Es gibt eine tief verwurzelte Sehnsucht nach Westeuropa", sagte der Minister.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juli 1995: >>>**Frankreich mit schuld an Juden-Deportation**

Die Mitverantwortung seines Landes bei der Deportation Tausender von Juden durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac erstmals öffentlich anerkannt.

Bei einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Razzien vom 16. bis 18. Juli 1942, bei denen auf Anordnung des Hitler ergebenen Vichy-Regimes 13.152 französische Juden in die Gaskammern der Todeslager deportiert wurden, sagte er: "Diese dunklen Stunden besudeln auf ewig unsere Geschichte und sind eine Beleidigung für unsere Vergangenheit und unsere Traditionen." ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1995 berichtete im Juli 1995 über das Buch "Kollektivschuld und Vertreibung" des deutschen Moraltheologen Franz Scholz (1909-1998) (x853/...): >>>**Kollektivschuld und Vertreibung**

... Mit dem Abschluß seiner erschütternden Trilogie "Görlitzer Tagebuch", "Zwischen Staatsräson und Evangelium" legt der emeritierte Moraltheologe Franz Scholz als einer der profiliertesten Zeitzeugen "Kritische Bemerkungen" zu "Kollektivschuld und Vertreibung" vor. Er ist in mehrfacher Hinsicht für dieses Buch prädestiniert: Einmal erlebte er als Görlitzer Gemein-

depfarrer bis 1945, sodann als Caritasdirektor und Flüchtlingsseelsorger für die deutschen Ostvertriebenen hautnah die zahllosen Vertreibungsverbrechen. ...

Schließlich ist es Professor Scholz als ausgewiesener Wissenschaftler gelungen, die Bestimmungen des Völkerrechts wie auch des Kirchenrechts auch für juristische Laien verständlich darzulegen und zu interpretieren. Scholz vergleicht das Verhalten der spanischen Konquistadoren in Lateinamerika mit der Haltung der Sieger von 1945 und kommt zum Ergebnis, daß letztere sich derselben verbrecherischen Machenschaften bedienten wie einst die Spanier.

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schrieb im "Peloponnesischen Krieg":

"Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch belegen, daß man den Gegner zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selber erwartet." (4, 19).

- Leider hielten sich die Sieger vor 1945 nicht an diesen für eine gerechte Friedensordnung zukunftsweisenden Rat, sondern überboten die unsinnige Rachejustiz von Versailles durch noch weit ungerechtere Bedingungen als 1919.

Scholz erinnert daran, daß die alliierten Staatsmänner Hitler einst über Gebühr hofierten und ihm Zugeständnisse machten, die sie seinen demokratischen Vorgängern aus politischer Verblendung verweigerten. Hierdurch und die wahrheitswidrig erzwungene Anerkennung Deutschlands als Alleinschuldiger am 1. Weltkrieg trieben sie große Volksmassen Hitler in die Arme, der ihnen nicht nur Arbeit und Brot versprach, sondern auch verhiess, die "Ketten von Versailles" zu zerbrechen.

Scholz geht energisch und mit überzeugenden Argumenten gegen die unsinnige These von der deutschen Kollektivschuld vor, die Deutschland für ewige Zeiten zum Paria unter den Völkern brandmarken sollte. Man erinnere sich der maßlosen Wutausbrüche des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, eines einst von den Briten steckbrieflich gesuchten Terroristen, der alle Deutschen als Mörder bezeichnete, selbst solche, die gegen Hitler im Widerstand standen wie Bundeskanzler Adenauer.

Immerhin suchen auch nicht wenige Deutsche, wie etwa Jürgen Habermas, den Deutschen eine Kollektivschuld aufzuschwätzen. Gegen solchen Widersinn wandte sich bereits der Prophet Ezechiel: "Nur wer da sündigt, soll persönlich sterben." (18, 4) Sterben bedeutet hier: Bestraftwerden für persönliche Schuld.

Sogar das Internationale Militärtribunal von Nürnberg lehnte es ab, auf der Basis der Kollektivschuld Recht zu sprechen. Konsequenterweise sprach es mehrere Angeklagte frei. Dagegen erklärte der ehemalige polnische Außenminister Skubiszewski, als Ergebnis der Kapitulation seien die besiegten Deutschen ohne alle Rechte gewesen. - Da waren sogar die Nazis gegenüber den besiegten Ländern noch außergewöhnlich human. Man denke nur an Vichy-Frankreich.

Die Deutschen waren 1945 - ähnlich den von Kolumbus entdeckten Indios - der Willkür und Grausamkeit der Sieger wehrlos ausgeliefert. Erstere waren rechtlos, weil sie noch nicht getauft waren, letztere, weil sie Deutsche waren. Die ungesühnten Verbrechen gegenüber den besiegten Deutschen setzen sich mit derselben "Berechtigung" im ehemaligen Jugoslawien fort.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik verstand im Artikel 23 Deutschland in den Grenzen von 1937. Den "Enkeln" Adenauers seien die Worte ihres "Großvaters" in Erinnerung gerufen, der am 20.9.49 erklärte:

"Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. ... (sie) widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941,

der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat."

Und der Alterspräsident des Bundestages Paul Löbe von der SPD sagte am 13.6.50:

"Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben."

Nur 3 Monate später erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit."

Am 20.10.53 bekräftigte Bundeskanzler Adenauer, daß "das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen (wird)."

Haben die "Enkel" dies schon alles vergessen?

Und wenn binnen knapp 40 Jahren ein so radikaler Gesinnungswandel möglich ist, wie wir ihn bei den verantwortlichen Politikern hinsichtlich der östlichen "Friedensgrenze" erleben, warum sollte dann nicht in absehbarer Zeit eine erneute Schwenkung vorgenommen werden, zumal wenn sie begründete Aussicht auf einen stabilen Frieden in Europa verspricht?

- Im Aufruf der SPD zum Schlesiertreffen am 20.10.53 hieß es: "Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen. ... Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten?"

Am 22.3.64 sagte Herbert Wehner zutreffend: "Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr sogenannten werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung."

Auf demselben Kongreß sagte Bundeskanzler Erhard, was unbestreitbar heute genauso gültig ist wie damals:

"Wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern gelten, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."

Das Genfer Abkommen vom 12.8.1949 bestimmt unmißverständlich:

"Zwangswise Einzel- oder Massenaussiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindseligkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimatstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln."

Die zynische Mißachtung dieses Genfer Abkommens nach dem Krieg ermuntert heute die Serben, nach dem Beispiel der Siegermächte des Weltkrieges mit nicht minder verbrecherischen Methoden "ethnische Säuberungen" vorzunehmen. Hier bewahrheitet sich das Wort Friedrichs v. Schiller: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

- Der einstimmige Beschluß des Weltsicherheitsrates vom 22.11.67: "Niemand kann durch Krieg Gebiete erwerben. Der Eroberer muß die besetzten Gebiete räumen, und die vertriebene Bevölkerung hat ein Recht auf Rückkehr" wurde hinsichtlich der Deutschen mit Füßen getreten. Die Nazis prägten einst das Wort: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt."

Feiert ihr Geist bei den Völkern nicht fröhliche Urständ, wenn es gegen die Deutschen geht? Immerhin erhielten diese das "Privileg", zum Zahlmeister Europas und der UNO zu avancieren.

Niemand dürfte bestreiten können, was Franz Scholz auf S. 191 schreibt:

"Die meisten der in der deutschen Heimat unangefochten Verbliebenen vermögen nicht zu errahnen, was Heimatvertriebene seelisch durchzustehen hatten, als die Mehrheit des Bundestages 1990 Ostdeutschland endgültig preisgab. Was das menschlich-konkret bedeutet, zeigt das unmenschliche Vorgehen Serbiens in Bosnien. Aber Serbien folgt nur dem lockenden Beispiel der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die soeben Deutschland veranlaßt haben, die Vertreibung von acht Millionen Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße "völkerrechtlich" durch die "Bestätigung der Grenze" hinzunehmen."

Bischof Nossol von Oppeln sagte in seinem Fastenhirtenbrief 1991: "Die Zwangsumsiedlung der einen wie der anderen dürfen Christen nicht mit der lapidaren Feststellung quittieren, daß auf diese Weise der geschichtlichen Wahrheit Genüge getan würde."

- Wenn Bundeskanzler Kohl dagegen 1990 erklärte: "Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß auch endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein", offenbart er ein für einen studierten Historiker merkwürdiges Verständnis historisch völlig unvergleichbarer Tatbestände. Frankreich hat nicht nur keine Deutschen vertrieben, sondern ist auch nicht für den Mord an hunderttausenden unschuldigen deutschen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich.

Durch die Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland hat es die Prinzipien beachtet, auf die es sich gemäß den Statuten der UNO verpflichtete. Dagegen ist Polen nicht nur hauptverantwortlich für die Vertreibung von Millionen Deutschen mit all den Massenverbrechen, sondern weigert sich nach wie vor hartnäckig, diese Verbrechen, die schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen, als solche anzuerkennen.

Zahllose Polen haben genau das getan, wofür mehrere Angeklagte in Nürnberg zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet wurden.

"Ob Grenzen in Zweifel gezogen werden dürfen, hängt durchaus von den Umständen ab, nämlich ob sie gerecht oder ungerecht, sinnvoll oder störend sind, ob sie Jahrhunderte hindurch friedlich durchgehalten haben oder kriegerisch von Siegern vor kurzem willkürlich festgelegt worden sind." (S. 194) "Nicht alle faktischen Grenzen sind von sich aus ethisch und völkerrechtlich unantastbar, sondern nur die in etwa gerecht gezogenen." (Seite 195) Schließlich hält das Schlußprotokoll von Helsinki 1975 eine friedliche Änderung von Grenzen für möglich.

Die "bestätigte Grenze", mittels derer Stalin ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zementieren wollte, sollte den Frieden in Europa garantieren? Ist "Väterchen Stalin", einer der größten Massenmörder der Weltgeschichte, also ein Friedensstifter? Sollte man ihn nicht postum für den Nobelpreis vorschlagen?

Bundeskanzler und Regierung schweigen sich hartnäckig darüber aus, warum ausgerechnet die Ostdeutschen ihre Heimat verlieren sollen. Sind sie vielleicht die Hauptschuldigen am Krieg und den Verbrechen der Nazis? "Der Krieg ist offensichtlich sehr verschieden verloren worden", bemerkt Professor Scholz bitter (S. 200).

- Wenn das Münchner Abkommen von 1938 "von Anfang an nichtig war", wie jetzt behauptet wird - waren England, Frankreich und Italien eigentlich Vasallen Hitlers? - dann ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum für den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.90 etwas anderes gelten sollte, zumal die Hauptbetroffenen, nämlich die Bewohner Ostdeutschlands, zum großzügigen "Verzicht" auf ihre Heimat nicht einmal gehört wurden. Mit fremdem Eigentum läßt sich leicht großzügig verfahren. Vom heiligen Krispin wird überliefert, daß er den Armen Schuhe gemacht und das Leder hierfür gestohlen habe.

Das deutsche Volk soll angeblich "in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes seinen Willen bekundet haben" auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten. Während der damalige Außenminister Genscher behauptete, wir hätten aus freien Stücken auf 104.000 qkm uralten deutschen Lands verzichtet - ist dieses eigentlich Privateigentum des "besten Außenmini-

sters, den die Polen je hatten"? - war Bundeskanzler Kohl ehrlicher, wenn er sagte: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit."

Sämtliche "Freunde" Deutschlands, Amerikaner, Franzosen, Sowjets, Engländer, Niederländer, Dänen, Tschechen, Italiener und das Europäische Parlament forderten, die "bestehende Grenze" an Oder und Neiße unzweideutig anzuerkennen, ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Genauer gesagt, muß man einräumen, daß sich ein ähnlicher Vorfall bei der zweiten Teilung Polens 1793 ereignete. Rußland bestand auf einer formalen Zustimmung des Sejm, des polnischen Parlaments zu dieser Amputation. Sein Argument lautete, der Verzicht auf polnisches Land sei das unvermeidlich geringere Übel, sonst würde Rußland ganz Polen besetzen.

Da die Russen mit Druck und Bestechung arbeiteten - sind unsere politischen Erfüllungsgehilfen vielleicht auch nicht ganz leer ausgegangen? - hat der Sejm in Grodno die Hälfte des Reststaates Polen an Rußland abgetreten.

Der amerikanische Präsident Wilson sagte am 7.4.1919: "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."

Gelten diese Worte nicht auch für alle "Freunde" Deutschlands, die kategorisch die Abtretung eines Viertels unseres nach dem Versailler Diktat noch verbliebenen Landes fordern?

Neben den politischen "Freunden" Deutschlands spielen polnische Bischöfe eine beschämende, ja zutiefst unchristliche Rolle. Der damalige Primas Polens, Kardinal Hlond, der am 16.9.39 wie ein Mietling seine Herde verließ, rief vom sichern Port, aus Rom, in Radio Vatikan in einer Hetzrede die polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Deutschen auf, wie Bischof Carl Maria Splett von Danzig am 14. Januar 1940 an Papst Pius XII. schrieb:

Das polnische Volk solle sich um seine Lehrer und Priester scharen und gegen die Deutschen aufstehen. Daraufhin wurden unzählige Priester und Lehrer verhaftet und erschossen.

- Nach dem Krieg spielte der polnische Primas eine nicht minder erbärmliche Rolle. Mit betrügerischen Machenschaften erklärte er den rechtmäßigen deutschen Oberhirten im deutschen Osten, Kapitelsvikar Fr. Piontek, der anstelle des verstorbenen Kardinal Bertram die vorläufige Leitung des Erzbistums Breslau übernommen hatte, Bischof Kaller vom Ermland und den anderen deutschen Ordinarien, es sei der Wunsch des Heiligen Vaters, daß sie von ihrem Amt zurückträten.

Doch Pius XII. hatte mit keiner Silbe eine Andeutung gemacht, die im Sinne Hlonds hätte gedeutet werden können. Dieser erhielt auch keinerlei Vollmacht, wie er wahrheitswidrig behauptete, anstelle der von ihm mit Arglist verdrängten deutschen Oberhirten polnische Administratoren einzusetzen. Der Heilige Stuhl befand sich in einer schwierigen Situation. Wegen der starken Spannungen, die zwischen der Kirche und der kommunistischen Regierung herrschten, konnte er den Primas nicht öffentlich desavouieren. Aber im halbamtlichen Päpstlichen Jahrbuch nahm der Vatikan bis 1958 von den widerrechtlich errichteten "Neuordnungen" keinerlei Notiz.

Führende polnische Bischöfe setzten sich immer wieder über Recht und Gerechtigkeit hinweg, indem sie bei verschiedenen Gelegenheiten den Landraub als Werk der göttlichen Vorsehung und Gerechtigkeit priesen. Hiergegen heben (sich) wohlthuend die Worte Papst Pius' XII. in seinem Hirtenwort vom 1.3.1948 ab:

"Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben? Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...

Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehen rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt?"

Daß es nach Überwindung des Hasses zu einer für alle Beteiligten gerechten friedensfördernden Lösung kommen möge, ist entscheidendes Anliegen des Buches von Franz Scholz, das nicht nur unsere Politiker, sondern alle, die ein in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden vereintes Europa ersehnen, gründlich studieren sollten.<<

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-249,254-256): >>... Die Kollektivschuld (ist) das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden, so kann man analog zu den individuellen psychischen Prozessen von einem kollektiven malignen Introjekt sprechen.

Diese autodestruktive Introjekt, also die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Werteprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekenntnisse und Bußrituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...

Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...

Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen (Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und –stolz) ist.

Die kollektive masochistische Moral (wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift) stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet und dahinter eine grandiose Moralposition entwickelt, deren Arroganz durch die demutsvolle Seite verborgen wird und die durch Kollektivschuld und masochistische Moral als Negativ des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls dieses verbirgt. ...

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen (geißlerischen) Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat.

Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Naziväter mit der "Militanz" das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.

Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien

weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...

... Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.

Diese unter komfortablen Bedingungen lebende Nachkriegsgeneration verstand die Lebensbedingungen ihrer Eltern nicht und wurde an deren Verständnis auch durch das die Vergangenheit entwertende Geschichtsbild (die Reduktion der Geschichte auf Hitler und Auschwitz) verhindert. So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.

Diese Nachfolgegeneration entwickelte einen unlimitierten Hochmut gegenüber der Elterngeneration und verlor darüber jegliches differenzierende Geschichtsverständnis zugunsten der die Kollektivschuld stützenden masochistischen Moral. Weil diese differenzierte Betrachtungen ersetzen und die belohnungsträchtige masochistische Moral stützen mußte, wurden und werden bis heute widerstrebende Betrachtungsweisen von der Mehrzahl der publizierenden Öffentlichkeit bekämpft. Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen, obwohl es so unabweisbar gescheitert ist.

Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden auch in totalen Systemen unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal, populistisch (ein Synonym für die Kundgabe kollektiv unterdrückter Wahrheiten) belegt werden. ...

Die inneren Bedingungen der inzwischen staatstragenden 68er Generation sind ihr zu großen Teilen gemeinsam. Sie haben eine wichtige Bedeutung für das Verständnis der beschriebenen Mechanismen. Gemeinsam ist ihr die schwere Störung der Identifizierung mit der Vatergeneration: viele waren vaterlos aufgewachsen, weil ihre Väter im Krieg gefallen oder in der Gefangenschaft verhungert waren; konnten sich aber wegen der totalen materiellen und moralischen Niederlage des Staatsgebildes, für das die Väter ihr Leben geopfert hatten, nicht mit ihnen als Helden identifizieren, wie das sonst in und nach Kriegen üblich ist und auch Waisenkindern noch zu einer für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen positiven Identifikation mit den toten Vätern verhilft.

Diejenigen, welche das Glück hatten, ihren Vätern nach dem Krieg wieder zu begegnen, erlebten Beschädigte, Gedemütigte, Beschämte und deshalb Verstummte, deren einzige Chance, die Selbstachtung wiederzugewinnen, war, das zerstörte Land und die eigene Existenz wiederaufzubauen. Dies aber entfernte sie eher weiter von ihren Kindern, welche zwar die wiederkehrende Wohlhabenheit selbstverständlich genossen, aber den Vätern die Schwierigkeit, sich mit ihnen positiv zu identifizieren, nicht verziehen, vielmehr sie unter dem Einfluß der Geschichtsschreibung der Sieger, die ihre Wahrnehmungsmatrix wurde, zu hassen und zu verachten begannen.

Statt dessen suchten sie sich andere, starke Väter, die, in Antithese zu ihrer Vatergeneration, welche mit einer "rechten" Politik gescheitert waren, "links" sein mußten, und so vielen sie dem Sozialismus, genauer dem Stalinismus und dem Maoismus, also ebenfalls totalitären

Strukturen zum Opfer, die sie mit Hilfe von Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil sowie mit der Idealisierung, die sie ihren eigenen Vätern versagen mußten, verklärten. ...<<

>>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektable Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.

Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.

Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die massive Abwehr provozieren mußte.

Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.

Das Kollektivschuldintjekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidensgewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten. Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.

Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln. Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.

Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.

Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.

Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. August 1995: >>**Schweineställe wurden "Tor zur Freiheit"**

Vor 50 Jahren wurde das Grenzdurchgangslager Friedland errichtet

... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen.

Das ausgerechnet das kleine Dörfchen Friedland im Landkreis Göttingen einmal Schauplatz erschütternder Szenen werden würde, die die ganze Welt bewegten, lag sowohl an seiner geographischen Lage als auch an der politischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Deutschland, das inzwischen in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, gab es gewaltige Bevölkerungsbewegungen. Viele Einwohner aus dem Ruhrgebiet waren in den letzten Kriegsmonaten vor den Bombardierungen der Alliierten gen Osten evakuiert worden oder geflohen und wollten nun wieder zurück in ihre zerstörten Städte.

Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. Entlassene Kriegsgefangene machten sich auf den Rückweg in ihre Heimatorte. Schnittpunkt der Flüchtlingsströme wurde das Gebiet um Friedland, weil hier im südöstlichen Zipfel des späteren Bundeslandes Niedersachsen, die sowjetische, die britische und die amerikanische Zone aneinandergrenzten. ...

Vor allem der Flüchtlingsstrom von der sowjetischen in die britische Zone stellte die britischen Militärbehörden vor immer größere Probleme. Spätestens im September 1945 eskalierte die Lage. Täglich kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge aus dem Osten im Kreis Göttingen an. Allein in der Nacht vom 5. auf den 6. September strömten 3.100 Menschen aus Thüringen in die Dörfer Rittmarshausen und Bremke. Um die Flüchtlingsbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, ließ der britische Kreisoffizier von Göttingen, Oberstleutnant Perkins, schließlich die Viehställe beschlagnahmen.

Schon nach wenigen Tagen zeigte sich, daß sie nicht ausreichten. Die Kriegsgefangenen bauten deshalb auf einem höher gelegenen Rübenacker in der Nähe des Friedländer Bahnhofes ein größeres Flüchtlingslager aus Zelten und runden Wellblechbaracken, den sogenannten Nissenhütten. Seit 50 Jahren befindet sich das Lager Friedland auf diesem Gelände.

Anfang Oktober ordnete die britische Militärregierung an, daß jeder, der in die britische Zone einreiste, durch ein Auffang- und Durchgangslager zu gehen habe. Nur dort erhielten die Neuankömmlinge den begehrten Registrierschein, der geradezu lebensnotwendig wurde. Ohne Registrierschein gab es keine neuen Papiere, und ohne Papiere gab es keine Arbeit, keine Wohnung und vor allem keine Lebensmittelkarten.

Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...

Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. Einige erholten sich nicht mehr von den Strapazen ihrer Flucht: 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.

Diese Bilder des Elends kann Franz Binder bis heute nicht vergessen, ebensowenig die fahlen Gesichter und ausgemergelten Gestalten der heimkehrenden Soldaten, die ab 1948 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. "Viele hatten gar keine Schuhe an, son-

dern nur Lappen um die Füße", erinnert sich Hilde Binder, die spätere Ehefrau des Lagerkochs. Sie lief damals immer auf die Straße hinaus oder hinüber ins Lager, um die Busse mit den Heimkehrern zu empfangen. Die Begrüßungsszenen auf dem Appellplatz des Lagers, wo schon viele Angehörige auf die Heimkehrer warteten, waren unbeschreiblich.

Nur die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen zunächst nicht. Erst Adenauers Moskau-Besuch im Herbst 1955 machte ihnen den Weg frei zur Heimkehr. Die Bilder vom begeisterten Empfang in der Heimat gingen damals um die ganze Welt, Friedland war endgültig das "Tor zur Freiheit".

Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmelager für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. September 1995: >>... Bundespräsident Roman Herzog hat vor Tendenzen zu einer Abschottung Deutschlands gewarnt. Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland bei Göttingen wandte er sich am Donnerstag gegen eine "Das Boot ist voll" - Mentalität. "Dies würde auf uns selber zurückfallen und unsere Gesellschaft menschlich und materiell ärmer machen. Die neuen Mitbürger bringen ja Tatkraft und Optimismus mit", sagte er.

Unterdrückung und Verfolgung, Not und Armut, Krieg und Anarchie trieben die Menschen in die Flucht. Diese Ursachen gelte es zu beseitigen.

Das Lager Friedland ... werde auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch gebraucht, sagte der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD). Er erinnerte daran, daß neben 3,6 Millionen Deutschen auch Tausende von Flüchtlingen aus Ungarn, Chile, Vietnam, Sri Lanka und Albanien im Lager aufgenommen worden seien.<<

Im September 1995 wurde während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 13. Oktober 2012) über den Genderismus (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. ...

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau ...

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. ...

Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. ...

Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebtheit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg:

>>Athen will Reparationen

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 1995: >>**SS-Maid Irma Grese galt als Symbol des Bösen**

Vor 50 Jahren: Britisches Militärgericht verurteilt elf Belsen-Mörder zum Tode.

Mit elf Todesurteilen und 19 Freiheitsstrafen endete vor 50 Jahren in Lüneburg der erste weltweit beachtete Kriegsverbrecherprozeß in Deutschland. ...

Mehr als 50.000 Häftlinge waren in dem Lager (Bergen-Belsen) gestorben. Trotz dieser bestialischen Bilanz wurden 14 Angeklagte freigesprochen. Nach britischem Recht konnte ihnen keine persönliche Schuld nachgewiesen werden.

Von den Briten in die Turnhalle (dort führte der britische Militärgerichtshof den Prozeß durch) befohlen, verfolgte auch deutsches Publikum den Prozeß. Nach 54 Verhandlungstagen verkündete das Gericht unter Vorsitz von Generalmajor Berney-Ficklin am 16. und 17. November 1945 die Urteile.

Elf SS-Angehörige wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen KZ-Kommandant Josef Kramer und die Lagerführerin im Frauenlager, Irma Grese.

Die 22jährige wurde von der internationalen Presse zum Prototyp der rücksichtslosen SS-Maid und zum Symbol des Bösen erklärt. In Brutal-Comics spielt ihr "Typ" bis zur Gegenwart eine Rolle. In einem britischen Gerichtsbericht wurde sie als "aschblond und vollständig arisch" beschrieben. Sie besitze "die grausamsten Augen und den strengsten Mund, den je eine Frau hatte". Bergen-Belsen und "die Grese" wurden zum Inbegriff des Schrecklichen.

Kramer war zuvor Kommandant von Auschwitz-Birkenau. Auch Grese und viele andere Angeklagte kamen von Auschwitz nach Bergen-Belsen. So ging es in Lüneburg fast zwei Jahrzehnte vor dem Auschwitzprozeß von Frankfurt auch um die in Auschwitz verübten Verbrechen. Von Peinigern wie von Gepeinigten erfuhr die Welt erstmals etwas über die Vernichtungsmaschinerie der deutschen Konzentrationslager.

Am 13. Dezember 1945 wurden die Todesurteile am Galgen des Hamelner Zuchthauses vollstreckt. ...

Bergen-Belsen wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Doch noch im Befreiungsmonat starben mehr als 18.000 Häftlinge an Entkräftung und Krankheiten. Mehrere Hundert Fälle von Kannibalismus während der Zeit der Gefangenschaft sind überliefert.

Bergen-Belsen ist auch ein Synonym für Mord durch Evakuierung. Je mehr das Deutsche

Reich schrumpfte, desto mehr Häftlinge wurden aus anderen Konzentrationslagern in Todeskolonnen in die Lüneburger Heide geschickt. Bergen-Belsen blieb schließlich das letzte Aufanglager für die Insassen nahezu aller deutschen Konzentrationslager.<<

Der tschechische Historiker Rudolf Kucera hielt im November 1995 folgenden Vortrag über die "geistig-kulturelle Situation in Ostmitteleuropa 50 Jahre nach Kriegsende" (x154/43-48):

>>... Fünf Jahre sind seit der großen politischen Wende in den Staaten Mittel- und Osteuropas, die nach geltender Meinung den Untergang des Kommunismus bedeutete, vergangen. Ein demokratisches politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, freier Wettbewerb, Handel und vieles mehr sollten entstehen. Nicht zuletzt sollte ein Wandel der Besitzverhältnisse durch die Rückgabe an die wirklichen Eigentümer und durch die Privatisierung der Staatsbetriebe erfolgen.

Einiges davon gelang, doch vieles auch nicht – oder nur zum Schein. Vor allem die wirtschaftlichen Änderungen begünstigten zu einseitig nur gewisse Bevölkerungsschichten. Das führte und führt weiterhin zu manchen Desillusionierungen und Enttäuschungen, die in jedem postkommunistischen Staat in jeweils anderem Ausmaß und mit verschiedener Intensität zu beobachten sind und sichtbar in den Wahlerfolgen der kommunistischen Kräfte Ausdruck finden.

Eine weitere Quelle der Enttäuschungen ist das Fehlen rechtsstaatlicher Verhältnisse zum Schutz des Bürgers, seines Lebens und Eigentums. Es war ein großer Fehler, daß sich der Staat aus vielen Bereichen zurückgezogen hat, wo er unersetzbar ist und es noch lange sein wird.

Die Wurzel der Probleme findet man oft in der Vergangenheit der einzelnen Staaten und in der Art und Weise, wie mit dieser Vergangenheit umgegangen wird. Generell kann behauptet werden, daß im ehemaligen Osteuropa meist der Trend vorherrscht unter die Vergangenheit einen dicken Schlußstrich zu ziehen, sich mit ihr nicht zu befassen, insbesondere nicht mit den damaligen Verbrechen und Kränkungen.

Die Geschichte läßt sich aber nicht unterdrücken und marginalisieren. Wie es sich etwa die tschechische Regierung wünschen würde. So ist die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mitteleuropa nur scheinbar eine längst vergangene Geschichte, die mit der Gegenwart kaum noch was zu tun hat. Das wurde auch in diesem Jahr deutlich, als wir das Jubiläum der nationalsozialistischen Niederlage gefeiert und uns zugleich auch der Tragödie der deutschen zivilen Vertriebenen aus Osteuropa erinnert haben.

Auch wenn diese tragischen Ereignisse durch Beschlüsse internationaler Konferenzen, Staatsverträge und Landesgesetze legalisiert wurden, bleiben sie stets etwas, zu dem sowohl die Politiker als auch die Bevölkerung immer wieder zurückkehren, weil sie spüren, daß - die Staatsgrenzen natürlich ausgenommen – vieles ausklammert, offen und ungelöst geblieben ist. Sie spüren, daß erst ein neuer demokratischer Rechtsausgleich mit der Vergangenheit den Staaten Mittel- und Osteuropas das Tor zu einer gemeinsamen europäischen Zukunft öffnen kann.

Wir alle wissen, welche Bedeutung die konsequente Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit für die Zukunft Deutschlands hatte. Ähnliches wartet auf die postkommunistischen Staaten, wenn sie dem vereinten Europa beitreten möchten. 40 Jahre eines totalitären Systems kann man nicht als bloße Episode abtun, ebenso nicht die tragischen Ereignisse am Kriegsende, die unter der Regie Stalins stattfanden und den ersten Schritt zum neuen Totalitarismus bedeuteten.

Ich befürchte sogar, daß das Unrecht in der östlichen Hälfte Europas zu lange fort dauerte, um in absehbarer Zukunft das zur Rückkehr in die demokratische Staatengemeinde notwendige Rechtsbewußtsein voll wiederherstellen zu können. Nach dem nationalsozialistischen folgte schnell das kommunistische Regime, das genauso wenig das persönliche Eigentum und seine Unverletzbarkeit, das Recht auf die Heimat und das Recht, aus der Heimat nicht vertrieben zu

werden, so wie all die anderen Menschen- und Bürgerrechte respektierte.

Die Bewältigung der Vergangenheit sollte bestimmte Grundsätze respektieren, von denen ich nur einen erwähnen möchte. Wie auch immer die Vergangenheit politisch und juristisch abgeschlossen wird, es muß immer im Einvernehmen mit den Opfern geschehen, auf keinem Fall hinter ihrem Rücken oder gar auf ihre Kosten. Während die Opfer meist auf das Konto einer verbrecherischen Staatsdoktrin gingen, muß ein wirksamer Ausgleich von der Perspektive der aktuellen europäischen Rechtsnormen und Wertungskriterien ausgehen, sprich der Perspektive Europas als Wertegemeinschaft, die all ihren Bürgern die gleichen Rechte garantiert.

Man könnte annehmen, daß ich zu viel von der Vergangenheit spreche und ihr zu viel Gewicht beimesse. Bei der Betrachtung dessen, was heute um uns herum geschieht, können wir jedoch sehen, daß sich gar vieles aus der Vergangenheit wiederholt, daß die Vergangenheit den Lebenden keine Lehre wurde, sondern vielmehr eine Last, welche die Völkergemeinschaften hinter sich herschleppen.

Auf dem Balkan kämpft man wieder um ethnisch reine Staaten, in der Slowakei läuft nach altem Muster die Unterdrückung von Minderheiten an, in der Tschechischen Republik wachsen wieder Rassismus und Antisemitismus. Diese aktuellen Geschehnisse hängen eng mit dem zusammen, was ich als Bemühung, die eigene Schuld nicht zugeben zu wollen, bezeichnen würde. Das ist eine alle Nationen des ehemaligen Sowjetimperiums gemeinsame Eigenschaft. Statt Reue, vor allem für die Verbrechen des Kommunismus, breitet sich überall Xenophobie (Abneigung gegen alles Fremdartige) und nationaler Größenwahn aus, als ob russische oder die deutsche Nation schlechter wären als die tschechische, ungarische, slowakische usw.

Überall tauchen unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Objektivität falsche und moralisch schädliche nationale Mythen auf. Vergangene Verbrechen werden dabei relativiert, normalisiert und auf vielerlei Art und Weise als etwas Notwendiges, Unumgängliches oder gar als Antwort auf die Verbrechen der anderen Seiten gedeutet.

Das Maß der Verbrechen zweier Seiten ist zwar immer ein anderes, dennoch kann man die eigene Schuld, mag sie auch noch so gering sein, nicht übersehen. "Das an uns verübte Böse, kann keine Rechtfertigung des Bösen, das wir verübt haben, sein", schrieb Jan Józef Lipski in seinem berühmten Aufsatz über zweierlei Heimat und zweierlei Patriotismus.

Böses bleibt Böses und verkehrt sich nie zum Guten - diese einfache Wahrheit verstehen viele Menschen in der postkommunistischen Gesellschaft nicht. Gerade deshalb ist der liberale Relativismus so populär, von dem kürzlich der Philosoph Robert Spaemann sagte, er töte den Geist, aus dem sich der Widerstand gegen das totalitäre Regime rekrutierte. Zwar liebe der liberale Relativismus die totalitären Regime nicht, eines wirksamen Widerstandes gegen sie sei er aber auch nicht fähig.

Ein Grund dieses bemerkenswerten Phänomens ist der Verfall des Christentums, die Unfähigkeit, das wahre, von den Jahrzehnten des Kommunismus und seinen geistlosen Pflichtritualen unberührte Christentum zu empfangen und zu erleben. Der Verfall der christlichen Kultur betrifft auch Länder mit einer traditionell starken Kirche wie Polen und die Slowakei.

Auch aus diesem Grund bin ich überzeugt, daß die Erneuerung der postkommunistischen Gesellschaft nicht ohne christliche Wiedergeburt stattfinden kann, daß es nicht ausreicht, Liberalismus, Toleranz und andere Werte der modernen Gesellschaft durchzusetzen, sondern auch das Gefühl und den Sinn für die Grundwerte des Lebens, dessen Schöpfer der Mensch nicht allein ist, vermittelt werden müssen.

Anders gesagt, eine der wichtigsten Aufgaben in den postkommunistischen Gesellschaften ist es, den ungeheuren moralischen Verfall, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens schädigt und deformiert, aufhalten zu helfen. Das Leben ohne Moral wurde genauso wie im Kommunismus zur Norm, die im Hinblick auf das einseitige Bemühen, schnell zum Wohlstand zu kommen, als geeignet und angemessen gilt.

Es ist eine Flucht in eine Zukunft ohne Zukunft. Es ist eine Flucht, die mit dem Bemühen beginnt, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, um dann das bereits Gestohlene erneut zu stehlen. Wirkliche Produktivität, wirkliche schöpferische Kraft sieht man selten. Es überwiegen Spekulation, Geldverschiebung, Kontobewegungen. Es werden keine Grundfesten künftiger Prosperität (Wirtschaftsblüte) gebaut, sondern wacklige Hütten, die jederzeit unerwartet einstürzen können.

Und so möchte ich wiederholen, daß man beginnen sollte, die wichtigsten Forderungen und Schulden zu begleichen und mit den ehemaligen Feinden Frieden zu schließen, vor allem dann, wenn man weiß, daß die einzig mögliche Zukunft eine gemeinsame und von gemeinsamen Interessen bestimmte Zukunft ist. Und hier denke ich vor allem an die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Was steht den völlig offensichtlichen Schritten denn im Wege? Welche Interessen sind es, die stärker als alle Vernunftgründe und logische Schlußfolgerungen sind? Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, zu den demokratischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und gewissen Umständen, unter denen sie stattgefunden haben, zurückzukehren.

Nach meiner Meinung konnte schon deshalb keine Vergangenheitsbewältigung stattfinden, weil es sich im Falle der sog. demokratischen Revolutionen um eine "sanfte" Machtübernahme handelte. Darauf waren die ehemaligen Machthaber, zumindest auf der Ebene ihrer Entscheidungsgremien, vorbereitet und tauschten die führenden Positionen in der Politik gegen solche in der Wirtschaft ein.

So schrieb kürzlich der führende tschechische Ökonom Lubomir Mlcoch, die Privatisierung habe bereits vor der sanften Revolution stattgefunden, indem sich die Chefs der Staatsbetriebe nach und nach des öffentlichen Staatseigentums bemächtigten, zwar nicht de jure, aber de facto. Es ging also um scheinbare, auf die Parteienomenklatur gestützte Besitzstrukturen, um nicht juristisch, sondern machtpolitisch sanktionierte Besitzverhältnisse. Sie wurden nach 1989 durch die Privatisierung juristisch bestätigt.

Alle Untersuchungen weisen eindeutig darauf hin, daß sich die meisten neuen Unternehmer, Bankiers und Finanzmakler aus den Reihen früherer Führungskräfte der Wirtschaftssphäre oder der Staatssicherheit z.B. der Gegenspionage rekrutieren. Wenn dies einer der Hauptpunkte der wirtschaftlichen Umstrukturierung ist, so kann man nicht erwarten, daß ihre Protagonisten an der Vergangenheitsbewältigung interessiert sind.

Die aus der Kuponprivatisierung entstandenen Kleinaktionäre werden wortwörtlich gejagt und in die Ecke gedrängt, damit sie ihre Aktien an die großen postkommunistischen Gruppen verkaufen, deren finanzieller Hintergrund völlig im Dunkeln liegt. Hinzu kommt, daß diese Geschäfte ausschließlich in tschechischen Händen bleiben und nach fragwürdigen, löchrigen tschechischen Gesetzen, die in vielerlei Hinsicht von der Gesetzgebung etwa der EU abweichen, geführt werden sollten.

So ist es auch verständlich, daß diese Menschen die größte Gefahr in der Integration ihrer Länder in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens sehen. Auch wenn sie sich dazu verbal bekennen, tun sie alles, um dieses Ziel zu vereiteln. Es geht um ihren Besitz, denn die Integration in die EU würde eine umfangreiche Änderung der Rechtsverhältnisse bedeuten.

Selbstverständlich kann kein Staat in die EU, dessen Rechtssystem Steuerbetrug, Veruntreuung des Staatseigentums, dessen Verkauf und sofortigen Weiterverkauf, ohne dafür einen Pfennig gezahlt zu haben, ungedeckte und uneinbringbare Bankkredite usw. ermöglicht. Dazu kommt die allgegenwärtige Korruption des Staatsapparates. So wurde zum Beispiel in einer zwielichtigen Weinstube der Chef der Privatisierungsbehörde erwischt, als er gerade einen Koffer mit 8 Millionen Kronen übernahm.

Dazu kommt auch die vom Staat ignorierte, groß angelegte Wäsche von Geld, das meist aus

dem Osten stammt. Logischerweise brauchen die Akteure eine politische Repräsentation, die der Bevölkerung ein falsches, illusorisches Bild eines Landes vorgaukelt, das im Westen ungeheuer positiv eingeschätzt und dessen Eintritt in die EU nur eine Frage einiger Jahre ist.

Schließlich benötigen sie zusätzlich eine geeignete Ideologie, die einerseits keine Vergangenheitsbewältigung zuläßt und andererseits ein eventuelles Scheitern der Integrationsbemühungen rechtfertigen würde. Dafür eignet sich am besten der Nationalismus. Demnach ist keine Vergangenheitsbewältigung möglich, weil dies den Untergang des tschechischen Staates und seine Germanisierung bedeuten würde.

Jene, die sich am meisten am Staatseigentum vergreifen, warnen am lautesten vor seinem Ausverkauf an den Westen. Vor allem dürfe nichts den Deutschen zurückgegeben werden darin herrscht Einigkeit. Daß man darüber hinaus auch großen Teilen der tschechischen Bevölkerung ihr Eigentumsrecht vorenthält (Emigranten, Vereinen, Genossenschaften, Kirchen usw.) ändert daran nichts.

Kann man sich angesichts einer so häufigen und so viele Menschen betreffende Geringschätzung und Nichtanerkennung der Bürgerrechte wundern, daß sich bei uns noch keine bürgerliche Gesellschaft etablierte, daß im Gegenzug eine 'neue Ethik', die durch Mißachtung der durch Generationen geschaffenen Werte charakterisiert wird, an Boden gewinnt?

Die enge Bindung des künftigen Wohlstandes an die Grundfesten des gesellschaftlichen Rechtsbewußtseins bleibt unverstanden, wobei der zweckgebundene, manipulierte Nationalismus den falschen und gefährlichen Eindruck weckt, nationale Interessen stünden über dem Recht.

Zum Abschluß möchte ich mich noch mit dem Phänomen des Nationalismus befassen, der zum Verständnis einer ganzen Reihe von Problemen wichtig ist. Heute können wir von einem neuen Nationalismus in Mittel- und Osteuropa sprechen. Keiner der postkommunistischen Staaten konnte ihm ausweichen, auch wenn sein Ausmaß nicht überall denselben Umfang hat. In manchen Staaten ist der Nationalismus ein blutrünstiger Dämon, in anderen scheint er gemäßigt und lenkbar. Generell ist er die Ideologie, die nach dem Fall des Kommunismus die größten Menschenmassen anzieht. Sie wählen die wichtigsten Repräsentanten des Nationalismus zu ihren Vertretern.

Die Anziehungskraft des Nationalismus ist eng mit der Existenz der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Vorstellungen über ihre Bedeutung und ihren Sinn verknüpft. Der Nationalstaat wird nämlich in seiner ethisch reinen Form als das beste Mittel zur Sicherung einer konfliktfreien, stabilen Gesellschaft verstanden. Oft scheint die komplizierte und dramatische Geschichte der Völker und Staaten Mittel- und Osteuropas dieser Auffassung Recht zu geben, dabei vergißt man gerne den Preis, den man für die Entstehung eines solchen Staates zu zahlen hat.

Kein ethisch reiner Staat kam ohne das Töten und das Leiden von Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen zustande. Es ist deshalb so etwas wie ein blutiges Ideal – vor allem in der mitteleuropäischen Region, wo viele Völker und Nationen nebeneinander leben, oft in historisch bedingt komplizierten nachbarschaftlichen und symbiotischen Beziehungen.

Es kam auch zu einer wichtigen Änderung der Funktion des Nationalismus. Im 19. Jahrhundert diente er noch der Bildung nationaler Gemeinschaften. Heute wurde er zum Instrument gewisser machtpolitischer und wirtschaftlicher Schichten, die meist Teile des kommunistischen Establishments waren und nach dem demokratischen Umsturz an der Macht bleiben möchten. Deswegen werden sie zu den eifrigsten Verteidigern der sog. nationalen Interessen in den Nationalstaaten, was in den meisten Fällen zur Isolation von der übrigen Welt und zu Konflikten mit den Nachbarstaaten führt. Es muß nicht besonders betont werden, daß die Definition der sog. 'nationalen Interessen' beliebig ist und meist davon abhängt, was einem in der jeweiligen Situation gerade paßt.

Hier muß man einen grundsätzlichen Unterschied machen, und zwar zwischen dem Nationalismus und dem Nationalbewußtsein. Nationales Bewußtsein, nationale Identität und Kultur sind in Europa sehr wichtige Werte, die von der Integration nicht berührt werden und es gar nicht sollen, obwohl langfristig auch der Europäismus und das gemeinsame europäische Bewußtsein wachsen müssen. Mit anderen Worten, es ist wichtig, sowohl die nationale Identität zu pflegen, als auch die übernationale Identität zu fördern. Nur aus der Symbiose beider Identitäten kann die friedliche Zukunft Europas entstehen.

Nationales Bewußtsein selbst schließt nicht nur Selbstbewußtsein und Stolz, sondern auch Achtung und Respekt vor den anderen Nationen mit ein. Der Nationalismus dagegen züchtet Mythen vom eigenen Volk, belebt seine Komplexe, erhebt es über andere Völker, führt zu Streitsucht und Aggressivität. Er ist eine nationale Krankheit. Er sprengt den Rahmen der Vernunft und emotionalisiert die Geschichte und die Politik. Seine Konstrukte wachsen aus Emotionen, die wichtigste davon fixiert das Bild des Volksfeindes. Der Nationalismus denkt in Entweder-Oder-Kategorien, schmiedet einfache kausale (ursächlich zusammenhängende) Ketten, mit dem Ziel, die Schuld zuzuweisen. Er ist nicht fähig, komplexe Ursachen, komplexe kausale Ketten und die unabsehbare Pluralität der Folgen wahrzunehmen.

In der Politik führt dies zur Unfähigkeit, Kompromisse zu schließen, in Sackgassen, in denen es kaum oder gar keine Auswege gibt. Naturgemäß ist so ein Feind immer ein anderes Volk. In der europäischen Geschichte waren es oft genug die Juden, und in der mitteleuropäischen Region sind sie es bis heute geblieben, obwohl sie hier kaum noch leben. Der tschechische Nationalismus, der gegenwärtig schnell zunimmt, nährt sich aus dem Feindbild des Deutschen. Der Antigermanismus wird politisch stark instrumentalisiert, und zwar sowohl von den Rechten als auch von den Linken. Bestenfalls unterscheidet man noch zwischen einem guten und einem schlechten Deutschen, was seinerzeit auch Klement Gottwald tat.

Dem Nationalismus steht auch eine ganze Reihe von Intellektuellen nahe, vor allem Historiker, die gerne nationale Klischees für objektive wissenschaftliche Erkenntnisse ausgeben, mit Fakten und Rechenbeispielen, mit Lebenden und Toten hantieren. Sie sorgen für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft im Geiste gewisser Symbole oder Mythen und bilden eine Frontdisziplin bzw. Stimmung, in der die sogenannten nationalen Interessen eine wichtigere Rolle als Rechtsbewußtsein, die bürgerliche Gleichheit oder die Einhaltung von Normen und Werten spielen.

Aus diesem Grund war für uns die Vertreibung der Sudetendeutschen der erste Schritt zur Bolschewisierung des Staates, zum Februarumsturz 1948 und zur Eingliederung in die sowjetische Machtsphäre. Den Nationalismus alter Prägung von Präsident Benes nutzten vor allem die Kommunisten, und zwar sowohl die tschechischen als auch die russischen.

Der Plan Stalins war einfach. Jene slawischen Staaten, die die Deutschen vertrieben haben, werden sich später vor Vergeltung und Revanche fürchten, und als einziger Beschützer bleibt ihnen nur die Sowjetunion. Darauf basierte später die ganze kommunistische Propaganda. Der Plan ging auf, und die Angst blieb bis heute tief verwurzelt. Nachdem die Sowjetunion aufgehört hat zu existieren, und die Kommunisten nicht mehr an der Macht sind, nutzen andere bereits erwähnte Kräfte den Nationalismus.

Ich bin überzeugt, daß jede demokratische Regierung die Pflicht hat, Nationalismus, Antisemitismus sowie andere Erscheinungen nationaler Intoleranz und Feindseligkeit aktiv zu bekämpfen. Damit darf man nicht spielen, denn es ist offensichtlich, daß man sie nicht ewig als nützliches Werkzeug unter Kontrolle halten kann. Immer droht die Gefahr, daß daraus ein Brand wird, der die ganze Gesellschaft vernichtet.

In der Gegenwart besteht der wirksamste Schutz dagegen in der Bemühung um die Eingliederung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Das würde diese Staaten zwingen, sich zu öffnen, das gültige interna-

tionale Recht und die europäischen Grundwerte zu respektieren und vor allem zu begreifen, daß es ohne friedliche Mitarbeit und Kooperation in unserer globalen Welt nichts zu erreichen gibt.

Weil aber die Beitrittsfrage im Augenblick nicht aktuell ist, sollte man mit der Kooperation bei der Bewältigung der gemeinsamen Vergangenheit anfangen. Dabei geht es weniger darum, die eine, absolute Wahrheit, als vielmehr die grundsätzliche Übereinstimmung in ihrer Bewertung zu finden. Denn die Zukunft wird aus unserer Beziehung zur Vergangenheit geboren.<< Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Dezember 1995: >>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.

Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.

Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldigbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...

Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

Das Nachrichtenmagazin "Focus" (50/1995) berichtete am 11. Dezember 1995 über ein Gespräch mit dem umstrittenen deutschen Historiker Ernst Nolte (löste 1986 den sog. "Historikerstreit" aus, seitdem führte jedes Nolte-Buch zu Eklats und Protesten): >>... Sagen Sie mal, Ernst Nolte ... WIE LEBT ES SICH ALS GEÄCHTETER?

Nolte: Eine gewisse Einsamkeit ist notwendig für einen Menschen, der viel arbeitet und dessen Arbeiten sich nicht ganz im Kontext von zunftgemäßen Fragen bewegt, und sie wird durch diesen Zustand höchstens noch vertieft. Also ich lebe so, wie ich leben möchte, nämlich arbeitend.

FOCUS: Mit anderen Worten: Das Ergebnis des Wirbels, den Sie verursacht haben, ist die angenehme Ruhe des Parias?

Nolte: Von einer völligen Ächtung kann ja keine Rede sein. Der schweizerische Rundfunk hat unlängst ein langes Interview mit mir im ersten Programm gesendet; ich hatte vor kurzem Gespräche mit "L" Espresso" aus Mailand und dem "NRC Handelsblatt" aus Amsterdam; in Bälde wird ein langes Interview in einer Mailänder Kulturzeitschrift erscheinen. Ich bin im Ausland – zumal in Italien – bei weitem nicht so "geächtet" wie in Deutschland.

FOCUS: Eine Reihe linker bis linksliberaler italienischer Professoren und Universitätsdozenten hat im Sommer 1995 einen Appell für die Freiheit der Wissenschaft veröffentlicht und dabei den Fall Nolte als Beispiel für eine "Tendenz" angeführt, die "Redefreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Kultur" bedrohe. Sind Sie enttäuscht, weil von deutschen Fachkollegen bislang nichts dergleichen zu hören war?

Nolte: Das Merkwürdige ist, daß diese Linken die grundlegende Maxime der liberalen Gesellschaft, die der Meinungsfreiheit, besser verteidigen als die sozusagen professionellen Liberalen. Ich fand es in der Tat betrüblich, daß zwei angesehenen deutsche wissenschaftliche Zeitschriften es abgelehnt haben, die – wenn man so will – gelehrte Version meines "Spiegel-Gesprächs" von 1994 zu drucken, und zwar offenkundig aus Furcht vor zu erwartenden Angriffen.

FOCUS: Den Historikerstreit haben Sie mit der Frage ausgelöst, ob ein "kausaler Nexus" zwi-

schen Bolschewismus und Nationalsozialismus bestünde. Apropos kausaler Nexus: Glauben Sie, daß ein solcher besteht zwischen den Diffamierungen im Gefolge des Historikerstreits 1986/87 und dem anschließenden Brandanschlag auf Ihr Auto; zwischen den Denunziationen nach Erscheinen Ihres Buches "Streitpunkte" 1993 – so hat Margarita Mathiopoulos behauptet, Sie hätten die Solingen-Attentäter im Gefängnis besucht – und dem wenig später folgenden Überfall auf Sie in Berlin?

Nolte: Ein direkter Zusammenhang nicht. Im übrigen würde ich das Jahr 1986 noch gar nicht durch den Begriff Diffamierung kennzeichnen – das fing erst 1987/88 an, als, wenn ich so sagen darf, das zweite Glied in Aktion trat, all diese Leute, die da ihre kleinen Bücher und Artikel schrieben.

Diejenigen, die den Brandanschlag auf mein Auto verübten, müssen irgendwoher von dieser öffentlichen Kontroverse erfahren haben. Es gab ja einen recht eindeutigen Bekennerbrief. Das gleiche gilt für diesen Tränengas-Sprayanschlag. Irgendwann hat sich unter den, wie sie sich nennen, Antifaschisten die Meinung festgesetzt, daß ich nicht nur falsche Ansichten habe, sondern ein böser Faschist bin. Und da solche Dinge, wenn sie sich herumsprechen, immer gröber und eindeutiger werden, haben diese Leute in Berlin-Mitte sich durch die Ankündigung, ich würde einen Vortrag halten, offenbar herausgefordert gefühlt. Ich möchte da aber nur einen Kausalzusammenhang im abstraktesten Sinne annehmen.

FOCUS: Ein Faschist sind Sie ja offenbar nicht, aber irgendwie böse ...

Nolte: (lacht): Ja, böse ...

FOCUS: ... mitleidlos, skandalös unterkühlt.

Nolte: Es ist sicherlich nicht ganz falsch, daß angesichts solcher grausamen Ereignisse, wie sie teilweise mein Thema sind, wissenschaftliche Kühle etwas Herausforderndes und Negatives hat. Man übersieht dabei, daß diese meine Kühle nicht die des Mikroskop-Forschers ist, sondern es ist die Kühle des Mannes, der eben doch ein bißchen mehr weiß als die große Menge dieser Betroffenen und Empörten. Nämlich beispielsweise, daß der Vorwurf entsetzlicher Verbrechen, wie er heute mit Recht gegen die Nationalsozialisten vorgebracht wird, nicht einzigartig ist, sondern auch in den 20er Jahren vorgebracht wurde – nur von anderen Menschen gegen eine andere Macht. Natürlich habe ich diese Literatur gelesen, so wie Hitler sie auch gelesen hat, und ich bin geradezu verpflichtet, dem nachzugehen, was sich in seinem Kopf abgespielt hat.

FOCUS: Sie meinen, weil die Vorstellungen in Hitlers Kopf für die Wirklichkeit letztlich entscheidender waren als die Wirklichkeitswahrnehmung in Tausenden normalen Köpfen?

Nolte: Ja sicher. Dieser kausale Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ist natürlich auf den ersten Blick kein anderer als der im Kopfe Hitlers und anderer Nationalsozialisten. Die Art und Weise, wie Hitler die Nachrichten über die russische Revolution aufgenommen hat, ist meines Erachtens so gravierend, daß man das gar nicht übersehen kann, zumal ihm noch in seiner spätesten Zeit dieselben Äußerungen über die Lippen kamen. Manche meinen, daß es kausale Zusammenhänge nur zwischen Dingen gibt, aber im praktischen Leben sind fast alle Zusammenhänge durch den Kopf vermittelt.

FOCUS: In der deutschen Öffentlichkeit dominiert die Meinung, daß jeder Vergleich bezüglich des Dritten Reichs automatisch eine Verharmlosung nach sich zöge wie der Blitz den Donner. Leuchtet Ihnen dieser Nexus ein?

Nolte: In Gestalt des von mir sogenannten negativen Nationalismus ist ja so etwas wie eine neue Religion entstanden, die viele Leute einfach brauchen. Man möchte irgendwo ein absolutes Böses haben, um es mit völlig gutem Gewissen bekämpfen zu können und sich gleichzeitig auf der Seite des absolut Guten zu wähnen. Darüber, daß man solche Vorgänge, wie sie durch den Namen Auschwitz abgekürzt bezeichnet werden, als etwas ganz Entsetzliches betrachtet, muß nicht erst diskutiert werden, aber sie sind nach meiner Ansicht immer noch nicht

das absolute Böse und können auch nicht aus dem geschichtlichen Kontext herausgelöst beurteilt werden. Aber da verteidigen diese "neuen Religiösen" sozusagen ihren Glauben. Und wer einen Glauben verteidigt, wird oft fanatisch.

FOCUS: Das gilt natürlich nicht für Sie.

Nolte: Ich habe eben keinen politischen Glauben, und deshalb bin ich auch kein politischer Fanatiker.

FOCUS: Bei der Lektüre Ihrer Bücher kann man durchaus den Eindruck gewinnen, daß Sie, über Ihre Thesen hinaus, den Leser zusätzlich durch Euphemismen provozieren wollen. Falsch?

Nolte: So formuliert halte ich es für mindestens übertrieben. Ich bin durch meine philosophische Herkunft mitbestimmt, so daß man mir, wohl mehr als bei den meisten anderen Historikern, die Ehre antun müßte, meine Sätze sorgfältig zu lesen, zu wägen und in den Zusammenhang zu stellen, aber diese Art Lektüre ist mir leider selten zuteil geworden. Wenn man meine Aussagen vergrößert, bedingende Vor- und erklärende Nachsätze ausläßt, kann man mich sehr leicht uminterpretieren. Diese Art des Umgangs mit mir bin ich gewöhnt, und ich habe fast schon die Hoffnung verloren, daß ich das noch zurechtrücken könnte.

FOCUS: Ihre Texte sind durchsetzt vom Wort "aber". "Die Aber", sagt die Gräfin Orsina in Lessings "Emilia Galotti", "kosten Überlegung."

Nolte: Richtig. Manche nennen das ja Dialektik. Es bedeutet, daß viele Aussagen für sich allein nicht vollständig sind; es muß noch etwas hinzugefügt werden.

FOCUS: Wenn Sie, wie Sie sagen, kein politischer Fanatismus leitet, dann könnten Sie also die Grünen wählen und trotzdem dieselbe Geschichtsphilosophie vertreten?

Nolte: Im Prinzip ja, und ich wurde ja vor 30 Jahren im allgemeinen den Linken zugerechnet. Ich hätte trotzdem Bedenken, weil sich in dieser Partei besonders viele und hartnäckige Vertreter der erwähnten quasireligiösen These befinden, an deren Seite ich mich schlecht stellen kann. Deshalb habe ich ja die Existenz einer radikalen Rechtspartei gefordert, und das hat natürlich besonders viel Zorn erregt, obwohl man sich eigentlich sagen müßte: Entweder bejaht man das pluralistische System – dann muß man auch bejahen, daß es nicht nur eine Linke, sondern auch eine Rechte gibt -, oder man bejaht es nicht.

FOCUS: Diese Partei wäre für Sie ein Pendant zu den Grünen?

Nolte: Nein. Früher habe ich gedacht, das Grün wäre nur die Tarnfarbe. Die radikale – nicht extreme, ich mache da einen großen Unterschied – linke Partei existiert in Form der PDS. Sie existiert nicht nur, sondern ist faktisch auch anerkannt, und das halte ich für richtig. Aber dann muß es eben auch ein Gegengewicht geben, das nicht nur existiert, sondern ebenfalls anerkannt ist.

FOCUS: Sie haben mit einer Bemerkung Entrüstung ausgelöst, die der Geschichtspublizist Sebastian Haffner schon 17 Jahre vor Ihnen machte, nämlich: Man könne Hitlers Krieg auch tendenziell als europäischen Einigungskrieg betrachten. Heute ist eine europäische Einigung unter entschieden freundlicheren Bedingungen möglich. Hält es der Geschichtsdenkler für wünschenswert, daß Europa, nachdem es 50 Jahre – auch als Folge des Hitler-Fiaskos – von außen dominiert wurde, wieder eine selbständige, offensive Rolle in der Weltpolitik spielt?

Nolte: In diesem Punkt habe ich immer etwas mit den französischen Linken sympathisiert, die gar nicht so sehr im Politischen, sondern im Kulturellen anti-amerikanisch sind. Wenn Europa, von wo die Menschheitskultur doch zu einem großen Teil ausgegangen ist, zu einem bloßen Satelliten der USA würde – und das sieht auf vielen Gebieten ja so aus -, wäre das beklagenswert. Es muß ja nicht gleich Abkopplung sein, aber ein sowohl militärisch als auch geistig selbstbewußteres und unabhängigeres Europa halte ich für wünschbar.

FOCUS: Mit universellem Anspruch?

Nolte: Nein, das gerade nicht. Das ist von Hitler mit einer solchen Intensität und Übertreibung

betrieben worden, dahin können und sollten wir nicht zurück. Wir sind hinfert eine unter den Weltkulturen, damit müssen wir es genug sein lassen – aber wir müssen nicht notwendigerweise eine Satellitenkultur sein. Wenn man heute überhaupt den Ausdruck Nationalismus gebrauchen will, kann es nur noch ein defensiver Nationalismus sein, und auch der Europäismus kann meines Erachtens nur noch defensiv sein. Große Missionsideen werden wir nicht mehr entwickeln können, sondern wir müssen sehen, daß wir keine allzu dürftige Rolle in dieser künftigen einen Welt spielen.

FOCUS: Diese eine Welt ist normalerweise ein Schreckgespenst für Konservative. Sie sprechen das große Wort so gelassen aus?

Nolte: Was ich mir in der Tat wünsche, ist, daß unsere Nachfahren nicht völlig aufgehen in dem, was eine Reihe von Denkern Nachgeschichte genannt hat und was Heidegger die Weltzivilisation nannte. Ich glaube aber, daß vorläufig nicht mehr aufrechterhalten werden kann als die Überzeugung, daß auch die Weltzivilisation, so mächtig sie ist, nicht das letzte Wort für die Menschheit sein kann.

FOCUS: Würden Sie bitte zu den folgenden Personen einen Satz sagen: Jürgen Habermas?

Nolte: Er ist auf jeden Fall ein bedeutender Kopf. Gleichzeitig ist er dasjenige, als was er sich auch selbst charakterisiert hat, nämlich ein Produkt der Umerziehung. Insofern halte ich es nicht für Zufall, daß wir beide damals in einen Konflikt geraten sind.

FOCUS: Ernst Jünger.

Nolte: Ich halte ihn für eine der großen repräsentativen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts, und wer dauernd auf dem herumreitet, was er während der 20er Jahre geschrieben hat, erweist sich damit als enger Kopf.

FOCUS: Joschka Fischer.

Nolte: Ich weiß nicht viel von ihm. Wenn ich es recht sehe, ist er wohl ein Beispiel für einen weitverbreiteten Vorgang, nämlich, daß junge Linke zwar nicht alte Rechte, aber im Alter doch sehr viel überlegter und, wenn man so will, vernünftiger werden.

FOCUS: Rudolf Augstein.

Nolte: Wir sind Repräsentanten einer Generation, sogar desselben Jahrgangs; wir haben die entferntesten Wege eingeschlagen und trotzdem eine gewisse innere Nähe und vielleicht sogar versteckte Sympathie nicht verbergen können. Es handelt sich einfach um zwei verwandte Arten von Intellektualität.

FOCUS: War Martin Heidegger auch ein Intellektueller?

Nolte: Nein. Heidegger ist eine andere Qualität. Zu ihm kann ich aufschauen, und ich kann nicht sagen, er repräsentiert etwas ähnliches wie ich.

FOCUS: Marx und Nietzsche dagegen haben Sie als Intellektuelle definiert. Also steht Heidegger in Ihrem Wertekosmos über ihnen?

Nolte: Ich glaube, ja.

FOCUS: Gibt es irgendeinen Autor, den Sie nicht verstanden haben?

Nolte: So paradox es scheint: Das ist kein anderer als Heidegger, über den ich ein Buch geschrieben habe. Bei ihm hatte ich aber immer den Eindruck, ich kann ihn in seinem Verhältnis zu Politik und Geschichte darstellen, und das ist ja der Gegenstand des Buchs, aber auf die inneren Gründe komme ich nicht. Heidegger ist derjenige, dem gegenüber ich am ehesten so etwas wie Verzweiflung oder ein Gefühl eigener Unfähigkeit empfunden habe. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1995) berichtete am 11. Dezember 1995:

>>Verstörte Seelen

Das Ende der Sonderrolle und der Anschluß an Europa zeigen Wirkung: Viele Österreicher sind verunsichert und suchen neuen Halt. Wird der Rechts-Populist Jörg Haider bei den Wahlen am Sonntag der große Gewinner?

Hom's des gsehn?" wendet sich eine aufgebrachte Dame an Burgtheaterdichter Peter Turrini,

als der in die Praterstraße einbiegt. "Zwa Neger!" ruft sie und zeigt mit dem Finger auf die Passanten.

In der Wiener Leopoldstadt wohnten zwischen den Weltkriegen 130.000 Ostjuden, jetzt sind Türken und viele Österreicher mit tschechischen und ungarischen Familiennamen in dem Viertel heimisch. Aber Afrikaner?

Der Dichter versucht, die Dame zu beruhigen: Schwarze gebe es doch heutzutage überall, selbst in deutschen Dörfern ließen sie sich nieder. Die Frau mag ihm nicht glauben: "Nein", sagt sie, "des kann ned sein."

Turrinis Künstlerkollege Kurt Ostbahn kämpft mit ähnlichen Verständigungsschwierigkeiten. Der bacchantische Musiker widmete zuletzt ein ganzes Arbeitsjahr dem Wiener Integrationshaus, das vor allem bosnische Flüchtlingsfamilien betreut. Für rechtsradikale Bombenleger wurde er so zum Inländerfeind Nummer eins, zumal Ostbahn mit bürgerlichem Namen Willi Resetarits heißt und aus einer kroatischen Enklave im Burgenland stammt, dem 1.450 Einwohner zählenden Stinatz.

Im Februar zerfetzte ein Sprengsatz vier Zigeuner in Oberwart, im nahen Stinatz explodierte eine Bombe neben dem Kinderspielplatz. Beim Besuch in der Heimatgemeinde bekam Resetarits bittere Vorwürfe zu hören. "Warum macht ihr so einen Wirbel da oben in Wien", klagten Bekannte über ihn und seine Freunde, "seht's ned, was ihr bei uns anrichtet?"

Viele Österreicher verstehen die Welt nicht mehr. Seit der Eiserne Vorhang gefallen ist, leben sie in einem grotesken Abwehrkampf gegen die Veränderungen und den Verlust der alten Gemütlichkeit. Den Schutz, den ihnen früher die abgeschottete Grenze vor dem unheimlichen Fremden bot, erhoffen sie sich jetzt von einer politischen Wende: Bis zu 27 Prozent aller Wähler könnten Jörg Haiders rechtspopulistischer Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag ihre Stimme geben; mit den zu erwartenden 28 Prozent für die konservative ÖVP kämen 55 Prozent für eine neue rechtsbürgerliche Koalition zusammen.

Für Österreich wäre das eine Zäsur, wohl der größte Einschnitt seit dem Staatsvertrag 1955, der das Land von den Besatzungsmächten befreite und der Alpenrepublik die Souveränität zurückgab.

Ein mächtiger schwarz-blauer Bürgerblock wäre damit geboren, selbst wenn die Sozialdemokraten weiterhin die stimmenstärkste Fraktion bilden sollten. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr lag die sozialdemokratische SPÖ noch bei 34,9, die ÖVP bei 27,7 und Jörg Haiders Freiheitliche (kurz: F) bei 22,5 Prozent.

"Diesmal ist alles möglich", sagt ein führender SPÖ-Stratege, "weil keiner der Kanzlerkandidaten wirklich die Mehrzahl der Wähler überzeugt" - weder der amtierende Franz Vranitzky (SPÖ) noch ÖVP-Herausforderer Wolfgang Schüssel oder F-Führer Haider. Wenige Tage vor der Wahl war ein Drittel der Stimmbürger noch unentschlossen.

Unüberhörbar ist nach 25 Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft der Ruf "Weg mit den Roten". Der alerte Schüssel jedenfalls kennt gegenüber dem "politischen Ziehvater des rechts-extremen Terrorismus", wie Haider nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs genannt werden darf, keine Abgrenzungsprobleme.

Wie ein ehrgeiziger Lehrling kopierte Schüssel im Wahlkampf den rechten Demagogen, moderater zwar im Stil, aber im Inhalt stets verwechselbar. Wie Haider beklagte der ÖVP-Chef Sozialmißbrauch und wetterte gegen "Privilegienritter". Zu den Budgetdefiziten, die nicht schlimmer sind als die anderer europäischer Staaten, fiel ihm der Alarmbegriff "Staatsnotstand" ein.

Seine Partei zog beim Rechtsruck widerspruchlos mit, wittert sie doch die Chance, durch eine Verhaiderung endlich wieder den Kanzler stellen zu können. In Österreich habe er "noch nie so deutlich gespürt: Wir sind auf dem Vormarsch", jubelte Helmut Kohl bei seinem Wahl-

kampfbesuch in der Wiener Hofburg, ganz so, als ob die ÖVP mit deutscher Kanzlerhilfe knapp vor der absoluten Mehrheit stünde.

Dabei hat sich Schüssel, der im Oktober die Große Koalition mit den Sozialdemokraten ohne Not platzen ließ, vermutlich verspekuliert: Er ist angetreten, um die SPÖ zu überholen. Doch in keiner Meinungsumfrage konnte er sich bislang an die Spitze schieben.

Schüssel gelänge es dann nur, mit Hilfe Haiders Kanzler zu werden - und er wird dies wohl auch versuchen. Haider, 45, der in den vergangenen Jahren von Wahl zu Wahl zulegen konnte, steht so vor seinem nächsten Karrieresprung: Er würde zum Kanzlermacher. Seine Anhänger kommen aus allen Schichten, sie sind gleichermaßen jung und alt, wohlhabend und ohne Arbeit, gebildet und ahnungslos. Genüßlich bearbeitet er bei seinen Kundgebungen die Menge, die ihn im Gegenzug auffordert, "jetzt dieses Österreich zu retten".

Ist Haider ein ungewöhnlich geschickter politischer Rattenfänger, der noch in vielen Ländern seine Nachahmer finden wird?

Sicherlich eignet sich der trickreiche Österreicher als Prototyp einer neuen, europaweiten Rechten, die sich auf die millionenfache wirtschaftliche Verunsicherung seit dem Mauerfall stützt.

Professionell schürt er die Ängste vor Veränderung, Modernisierung und Einwanderung. Kein Zufall, daß ihm gerade in Österreich so viele Menschen applaudieren. Kein anderes westliches Land reagierte mit vergleichbarem Unverständnis und demonstrativer Abwehr auf die Öffnung nach Osten. Denn die Donau-Republik profitierte wie kaum ein anderer Staat vom Kalten Krieg.

Gemütlich konnte sich das kleine Alpenland jahrzehntelang im Widerstreit der Systeme einrichten. Ein bisserl Planwirtschaft, ein bisserl Markt beim Handel mit der EU - und das schöne Österreich florierte.

Die "immerwährende Neutralität", wie sie der Staatsvertrag vorsah, wurde zum neuen Glaubensbekenntnis. Nach dem Abzug der Alliierten waren Ausländer beliebt, solange sie den Tourismus ankurbelten; Ostflüchtlinge wurden gern aufgenommen, solange sie sich brav integrierten, oder, besser noch, das Land schnell wieder verließen. Für die ostdeutschen Trabi-Kolonnen 1989 stellten Österreichs Gendarmen fürsorglich große Schilder entlang der Autobahnen auf, um ihnen den kürzesten Weg in die Bundesrepublik zu weisen.

In der Aufschwungs-Idylle mit gut ausgelasteten Hotels fiel niemandem auf, daß sich politische Fehler häuften. 40 Milliarden Schilling, knapp 6 Milliarden Mark, pumpten die Große Koalition und Wiens Gemeinderat in Finanzierungshilfen für Ostgeschäfte mit zweifelhaften Partnern. Jetzt sind uneinklagbare Forderungen etwa für den Bau polnischer Schlachthäuser Wahlkampfmunition der Opposition.

Dabei ist Österreichs Ostengagement nicht zu groß, sondern eher zu bescheiden geraten. In Prag ließen sich mehr als 1.000 transnationale Firmen nieder, in Budapest kaum weniger. Wien aber verliert den Anschluß. Die 54 Kilometer lange Straßenverbindung nach Bratislava etwa, ein altrömischer Handelsweg, führt noch immer einspurig durch das mittelalterliche Wiener Tor von Hainburg. Der Verkehr hat sich in den vergangenen fünf Jahren verzwanzigfacht, doch wer in Österreichs Hauptstadt will, muß warten.

Hundert Kilometer Grenze mit der Slowakei blieben bis vor kurzem Niemandsland, erst dann wurde ein Übergang über die March eingerichtet - und der ist eine Pontonbrücke, da die Österreicher eine Zigeuner-Invasion fürchten.

Längst ist Prag dabei, Wien als Touristenmetropole zu überflügeln. Statt wieder in den Mittelpunkt Europas zu rücken, flüchtet die Mehrheit der Österreicher in eine neue Selbstabschottung. 85.000 Menschen aus Ex-Jugoslawien wurde noch Zutritt gewährt, dann schienen Kriegsgreuel die Hilfsbereitschaft zu überfordern. Die Große Koalition verschärfte Asyl- und Aufenthaltsgesetze und beförderte das Land bei der Integrationspolitik an die letzte Stelle aller

westeuropäischen Staaten: Der Zuzug von Ausländern ist unerwünscht, Familienzusammenführung nur im Rahmen scharfer Quoten möglich.

Ausländische Arbeitnehmer finanzieren über ihre Steuern zwar den sozialen Wohnungsbau mit, die begehrten Gemeindewohnungen bleiben ihnen aber versperrt, auch von Mietbeihilfen sind sie ausgeschlossen. Fröhlich nannte Haider den früheren sozialdemokratischen Innenminister Franz Löschnak "meinen besten Mann in der Regierung".

Das Hurra der Österreicher zu Europa - 66,6 Prozent der Wähler bejahten im Juni vergangenen Jahres den EU-Beitritt - galt denn auch weniger der längst fälligen Öffnung des Landes. Die Flucht in die EU schien vielmehr die Chance zu eröffnen, möglichst viel so zu lassen, wie es ist - und neue Dämme zu errichten.

Immerhin beträgt die Arbeitslosenquote nur die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Beinahe-Vollbeschäftigung bei Jugendlichen wird mit großzügigen Frühpensionsregelungen teuer erkaufte. Österreich ist das drittreichste EU-Mitglied, die Sozialleistungen sind großzügig: Müttern etwa wird ein zweites Erziehungsjahr bezahlt. Wien zählt zu den intaktesten Großstädten der Erde, das Kulturangebot wird nur von wenigen Metropolen übertroffen.

Doch die EU riß jäh die Türen der ökonomisch "geschützten Werkstätte" (so die Wiener Presse) auf, in der es sich Österreich über die Jahrzehnte so bequem eingerichtet hatte. Für Wirtschaftskundige nicht unerwartet, aber zur Verblüffung der Alpenländer, schlitterten bekannte Industriebetriebe in Konkursnähe, unter ihnen die meisten Skifabrikanten und der Handelsriesen Konsum. Die Stadt Salzburg will die Milch für die Altenheime inzwischen in Bayern bestellen - sie ist dort billiger.

Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht jetzt durch die Republik, zumal sich das Bayernwerk bei einem österreichischen Energieversorger eingekauft hat. Importierte Lebensmittel verdrängen überall heimische Waren aus den Supermarktregalen. Der Arbeitsmarkt gerät wie in fast allen Industrieländern ins Rutschen, da trotz guter Konjunktur die Beschäftigtenzahlen erstmals deutlich sinken. Zehntausende Bauern mit zu kleinen Höfen kämpfen um ihre wohlsubventionierte Existenz. "Wir wollen den Ausverkauf Österreichs verhindern", behauptet Schüssel, der sechs Jahre als Wirtschaftsminister amtierte.

Aber wie? Potente Kapitalisten waren in Österreich schon zu Kaiser Franz Josefs Zeiten rar; internationale Firmenbeteiligungen sind im EU-Europa ohnehin selbstverständlich; ohne ausländische Partner sind nur wenige Sparten auf Dauer überlebensfähig, nicht einmal die meisten Banken und Versicherungen.

Langsam wird den Österreichern auch klar, daß sie im internationalen Vergleich eher unterqualifiziert sind. Während in der OECD, dem Klub der führenden Industriestaaten, durchschnittlich jeder fünfte Bürger eine höhere Bildung vorweisen kann als das Abitur, sind das in Österreich gerade sieben Prozent. Dafür brauchen die wenigen Studenten für ihre Ausbildung wesentlich länger als Kommilitonen in den meisten anderen Ländern, stolze 13 Semester. Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich auch nur halb so viele Qualitätszeitungen gekauft und Bücher gelesen wie in vergleichbaren Staaten. Und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll brüstet sich, bislang nur ein einziges Buch gelesen zu haben: Karl Mays "Schatz im Silbersee".

Selbstbezogen, mit Angst vor Fremden, ökonomisch verunsichert - so ein Staatsbürgerprofil bringt furchtsame Wähler hervor, verstörte Seelen, die nur allzugern Schutz bei Heilsversprechern suchen.

Erfolgreich locken Haiders Freiheitliche die Frustrierten und vermeintlichen Verlierer auf ihre Seite. Angesprochen fühlen sich im Land der kunstvollen Nörgler und Neider auch Zehntausende, die um ihre Privilegien als Lehrer oder Postbeamte bangen, weil den Regierenden das Budget außer Kontrolle geriet.

Angst wird die Wahl entscheiden, und sie ist ausgeprägt in allen Lagern. Am stärksten bei den

Künstlern, die dem Land soviel Beachtung eingebracht haben. Viele schweigen demonstrativ, neben Turrini auch die Schriftstellerin Elfriede Jelinek: "Ich sage nichts aus Sorge, daß alles, was ich jetzt noch sage, schwarz-blau nur nützen könnte."

Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht durch das Land.

Selbstbezogen, ängstlich und ökonomisch verunsichert.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1995: >>>Schon 3,8 Mio Arbeitslose Fast jeder zehnte Erwerbsperson in Deutschland ist ohne Arbeit. Und eine Besserung ist nicht in Sicht. Noch nie gab es im Monat Dezember so viele Arbeitslose. Betroffen sind 3,791 Millionen. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...

Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.

Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<

Der Schweizer Autor Benjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker) veröffentlicht im Jahre 1995 im Suhrkamp Verlag den autobiographischen Bericht "Bruchstücke" über seine angeblichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "Bruchstücke" (x169/64-69): >>... Ein neuerer Schwindel, Benjamin Wilkomirskis "Bruchstücke", bedient sich wahllos beim Holocaust-Kitsch von "The Painted Bird". Wie Kosinski zeichnet Wilkomirski sich als einsames, überlebendes Kind, das stumm wird, in einem Waisenhaus aufwächst und erst verspätet entdeckt, daß es ein Jude ist.

Wie bei "The Painted Bird" besteht das wesentliche erzählerische Konzept von "Bruchstücke" in der schlichten, auf das Notwendigste beschränkten Stimme eines naiven Kindes, wodurch auch der Zeitrahmen und die Ortsbezeichnungen vage bleiben können. Wie in "The Painted Bird" gipfelt jedes Kapitel von "Bruchstücke" in einer Gewaltorgie. Kosinski stellte "The Painted Bird" als "langsames Auftauen der Seele" vor; Wilkomirski stellt "Bruchstücke" als "wiedergefundene Erinnerung" dar.

"Bruchstücke", durch und durch ein Schwindel, ist dennoch der Archetyp der HOLOCAUST-Erinnerung. Es beginnt zunächst im Konzentrationslager, wo jeder Aufseher ein wahnsinniges, sadistisches Monster ist, das mit Wonne die Schädel jüdischer Neugeborener zerschmettert. Doch die klassischen Erinnerungen an die Konzentrationslager der Nazis stimmen mit der Aussage der Auschwitz-Überlebenden Dr. Ella Lingens-Reiner überein: "Es gab nur wenige Sadisten. Nicht mehr als fünf bis zehn Prozent."

In der HOLOCAUST-Literatur tritt der allgegenwärtige Sadismus der Deutschen dagegen

stark hervor. Das dient einem doppelten Zweck, denn er "dokumentiert" die einzigartige Irrationalität DES HOLOCAUST ebenso wie den fanatischen Antisemitismus der Täter.

"Bruchstücke" ist deswegen ein Einzelfall, weil es weniger das Leben während des Holocaust schildert als vielmehr das danach. Der kleine Benjamin, der von einer schweizerischen Familie adoptiert worden ist, muß noch weitere Qualen durchleiden. Er ist in einer Welt gefangen, in der man den Holocaust leugnet. "Das mußt du jetzt vergessen! Vergessen wie einen bösen Traum", sagt seine Mutter. "Es war nur ein böser Traum ... Du mußt alles vergessen."

"Hier in diesem Land", erregt er sich, "sagen dauernd alle, ich soll vergessen und daß es nie geschehen ist, und ich hätte es nur geträumt. Aber sie wissen über alles Bescheid!"

"Sogar in der Schule zeigen die Knaben auf mich, machen Fäuste und rufen: 'Der spinnt doch, das gibt es gar nicht! Lügner! Er ist übergeschnappt, er ist verrückt, so ein Idiot.' "

All die Kinder der Nichtjuden schlagen auf ihn ein, singen antisemitische Liedchen und verbünden sich gegen den armen Benjamin, während die Erwachsenen ihn weiter quälen: "Du bildest dir das ein!"

So in bittere Verzweiflung getrieben, erlebt Benjamin eine Holocaust-Erscheinung. "Das Lager ist noch da. Es ist nur versteckt und gut getarnt. Die Menschen haben ihre Uniformen ausgezogen und sich schön gekleidet, damit man sie nicht erkenne. ... Deute ihnen nur leise einmal an, daß es sein könnte, daß du ein Jude bist, und du wirst spüren: Es sind noch immer die gleichen Menschen, und ich bin sicher: Sie können noch immer töten, auch ohne Uniform."

"Bruchstücke" ist mehr als eine Huldigung an das Holocaust-Dogma - es ist der letzte Beweis: Sogar in der Schweiz - der neutralen Schweiz - wollen all die Nichtjuden die Juden töten.

"Bruchstücke" wurde weithin als ein Klassiker der Holocaust-Literatur gefeiert. Das Buch wurde in ein Dutzend Sprachen übersetzt und gewann den "Jewish National Book Award", den Preis des "Jewish Quarterly" und den "Prix de Mémoire de la Shoah". Als Star von Dokumentationen, Hauptredner bei Holocaust-Konferenzen und Spendenbeschaffer für das United States Holocaust Memorial Museum wurde Wilkomirski schnell zu einem Aushängeschild des HOLOCAUST.

Daniel Goldhagen, der Bruchstücke als "kleines Meisterwerk" lobte, wurde zum wichtigsten akademischen Vorkämpfer Wilkomirskis. Kenntnisreiche Historiker wie Raul Hilberg dagegen bezeichneten Bruchstücke schon früh als Schwindel.

Nachdem die Täuschung entlarvt war, stellte Hilberg auch die richtigen Fragen: "Wie konnte dieses Buch bei mehreren Verlagen als Erinnerungswerk durchgehen?"

Wie konnte es diesem Herrn Wilkomirski Einladungen an das United States Holocaust Memorial Museum sowie an renommierte Universitäten einbringen?

Wie ist es dazu gekommen, daß wir keine anständige Qualitätskontrolle haben, wenn es darum geht, Holocaust-Stoffe vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen?"

Wilkomirski, halb Spinner, halb Scharlatan, lebte, wie sich herausstellte, den ganzen Krieg über in der Schweiz. Er ist noch nicht einmal Jude. Doch man höre sich die Nachrufe der Holocaust-Industrie an:

Arthur Samuelson (Verleger): "Bruchstücke" - "ist ein recht gutes Buch ... Ein Schwindel ist es nur, wenn man es als Sachbuch bezeichnet. Ich würde es eben in der Kategorie Belletristik herausgeben. Vielleicht ist es nicht wahr - desto besser ist sein Autor!"

Carol Brown Janeway (Herausgeberin und Übersetzerin): "Falls sich die Anschuldigungen ... als zutreffend herausstellen, dann stehen keine nachprüfbaren empirischen Tatsachen zur Debatte, sondern es sind spirituelle Tatsachen zu beurteilen. Man müßte die Seele überprüfen, und das ist unmöglich."

Das ist noch nicht alles. Israel Gutman ist einer der Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem und hält Vorlesungen zum Holocaust an der Hebrew University. Außerdem war er selbst Häftling im Konzentrationslager Auschwitz.

Laut Gutman "ist es nicht so wichtig", ob "Bruchstücke" ein Schwindel ist. "Wilkomirski hat eine Geschichte geschrieben, die er tief empfunden hat; das steht fest ... Er ist kein Schwindler. Er ist einer, der diese Geschichte sehr tief in seiner Seele erlebt. Der Schmerz ist authentisch."

Demnach spielt es also keine Rolle, ob er die Zeit des Krieges in einem Konzentrationslager zubrachte oder in einem schweizerischen Chalet; Wilkomirski ist kein Schwindler, wenn sein "Schmerz authentisch ist." So argumentiert ein Überlebender von Auschwitz, der sich zum Holocaust-Experten gewandelt hat. Die anderen verdienen Verachtung - Gutman nur Mitleid. Im Oktober 1999 gab Wilkomirskis deutscher Verlag, als er "Bruchstücke" aus den Buchhandlungen zurückzog, schließlich öffentlich bekannt, daß der Autor kein ehemaliges jüdisches Waisenkind, sondern der in der Schweiz geborene Bruno Dössekker sei.

Als er erfuhr, daß die Party vorbei war, tönte Wilkomirski trotzig: "Ich bin Benjamin Wilkomirski!"

Der amerikanische Verlag, Schocken, nahm Bruchstücke erst einen Monat später aus seinem Programm. ...<<

Der tschechische Schriftsteller Jiri S. Kupka schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/32): >>Ich ziehe nach 50 Jahren den Transfer nicht in Zweifel, und ich sage Ihnen warum: Kleine Völker sind gute "Schmerzleiter".

Die Tschechen sind im Westen, im Norden und im Süden durch das deutsche Volk umgeben, das sie numerisch um das Achtfache übertrifft. Vom Anfang der gemeinsamen Geschichte an widerstanden nur sehr wenige deutsche Herrscher der Versuchung, sich des tschechischen Staates durch Gewalt zu bemächtigen. Darüber hinaus: zwischen den Jahren 1620 und 1918, also 3 Jahrhunderte, mußten die Tschechen einer Obrigkeit gehorchen, die sie auf deutsch befehligte. Wenn ein in Reichenberg geborener Korporal einen tschechischen Rekruten mit dem Stock bestrafte, forderte ihn der Offizier auf: "Hau nur zu – es ist ein Böhmi!"

Diese fast tausendjährige Erfahrung im Schmerz kann nicht ohne Spuren in der Psyche und im Gedächtnis des Volkes zurückbleiben.

Nach 1918 wurde die Selbständigkeit des tschechischen Staates wiederhergestellt und die Slowakei angeschlossen. Die Republik erreichte dann schnell große Erfolge in Wirtschaft, Kultur und Festigung der Demokratie. Und kaum ging es aufwärts, schon tauchte wieder die deutsche Gefahr auf, diesmal in der Form des Dritten Reiches. Unsere deutschen Mitbürger in den Grenzgebieten hatten in ihrer erdrückenden Mehrheit dazu beigetragen, daß sich diese Gefahr in Terror verwandelte.

Den Schmerz, den die Tschechen jahrhundertlang zu fühlen bekamen, und die Brutalität der deutschen Okkupation, als sich unser Volk fast schon im Vorzimmer des Todes befand, führten zu der Entscheidung - die letzten Endes auch die siegreichen Großmächte der Anti-Hitler-Koalition sanktioniert hatten - die Deutschen aus den historischen Grenzen des tschechischen Staates auszusiedeln.

Deswegen ziehe ich auch nach fünfzig Jahren diese Maßnahme nicht in Zweifel. Die Geschehnisse kann man nämlich nicht aus den historischen Zusammenhängen herausreißen.

Was ich am Transfer auch nach einem halben Jahrhundert noch für verurteilungswürdig halte, das sind die Grausamkeiten, von denen er begleitet war. Verbrochen haben sie diejenigen Tschechen, welche an wehrlosen Menschen ihre zu spät erwachte Tapferkeit beweisen wollten. ...<<

Der Journalist und Schriftsteller Gabriel Laub (1928-1998) schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33): >>>Nach fünfzig Jahren ändert sich alles. Die Vertreibung der deutschen Bürger der Tschechoslowakei war ein Teil des Krieges, auch wenn der Krieg schon vorbei war. Ich weiß, daß es mich nicht aufgeregt hat, ich sah dies damals wie alle anderen, nämlich als einen normalen Akt der Beendigung des Krieges.

Daß dabei diese Bestialitäten geschahen, daß Menschen gemordet, erniedrigt und gequält wurden, das ist natürlich ein Verbrechen, das waren Straftaten, die wohl nicht vom Staat angeordnet, oder nicht die Sache des ganzen Volkes waren, sondern eine Angelegenheit verschiedener Einzelgänger, die bei solch einer Kriegsaktion, ihre Feigheit, ihre Sadismen, ihr Begehren, jemanden zu beherrschen oder jemanden zu quälen, ausleben konnten.

Heute nach 50 Jahren, sieht die Sache natürlich anders aus. Es gibt Dinge, die die Verständigung zwischen den Völkern behindern, wie zum Beispiel das Verlangen nach Entschädigung. Andererseits, wenn man mit den ehemaligen Sudetendeutschen oder ihren Nachkommen spricht, würde niemand in Wirklichkeit auf Dauer zurückkehren wollen.

Einfach ein paar Politiker – und zwar zweit- bis drittklassige Politiker – leben sich mit dieser Thematik aus, damit sie ein wenig Popularität gewinnen, und um ihr politisches Business zu treiben.

Deutschland als Einheit, das deutsche Volk, oder die Bürger Deutschlands als Ganzheit interessieren sich dafür überhaupt nicht. Sie lesen es in der Zeitung und übergehen es.

Vorgestern habe ich mit einem Kabarettisten gesprochen, der aus dem Sudetenland stammt, wohl dort noch geboren war, und ich fragte ihn: "Wollen sie dorthin zurück?" "Aber nein", antwortete er, "das will vermutlich niemand."

Also ist die ganze Angelegenheit ein Spielball im politischen Spiel, ein einst im Blut gebadeter Spielball, der heute nur noch ein aufgeblasener Ballon ist.<<

Der tschechische Journalist Jiri Loewy (1930-2004) schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33-34): >>Ich glaube, daß ich in den vergangenen fünfzig Jahren meinen grundsätzlichen Standpunkt nicht revidieren mußte. Was der Verlust der Heimat bedeutet, habe ich schon als Achtjähriger erfahren – als ich mit Vater und Mutter 1938 nach dem Münchener Diktat Nordböhmen verlassen mußte.

Die vermeintliche Heimat, in die ich sofort zurückgekehrt bin, sobald dies technisch möglich war – wohl am 15. oder 16. Mai 1945, als die Züge von Prag aus weiter fuhren als nur bis Böhmisches Leipa – diese Heimat war derart verändert, daß ich sie kaum wiedererkennen konnte. Und sie veränderte sich weiter mit jedem Tag. Aber nicht zum Besseren.

... Die sehr frühe Rückkehr in die einstige Heimat hatte zur Folge, daß ich als 15jähriger - frühzeitig reif durch das Erlebnis von Krieg und Holocaust – aus nächster Nähe sehen konnte, was eine "ethnische Säuberung", diesmal mit umgekehrten Vorzeichen, bedeuten kann. Ich wurde Augenzeuge, wie die Soldateska eines Oberstleutnant Voves ihr Unwesen trieb – und das alles mit einem wesentlichen Zeitvorsprung, also lange vor der Potsdamer Konferenz, auf die sich heute noch die Apologeten des sogenannten "Abschubs" alibistisch berufen.

Meine feste und unabänderliche Überzeugung lautet, daß kein einziger Staat auf dieser Welt das Recht beanspruchen darf, seine Bürger ihres Lebens, ihrer Heimat und ihres rechtmäßigen Besitzes zu berauben. Die Staaten und Regierungen haben einst wir Menschen geschaffen, damit sie uns schützen und uns dienen. Der Staat ist unsere Institution, und er ist angewiesen auf unsere, zumindest passive - Loyalität.

Nie hätten wir zulassen dürfen, daß sich ein guter Diener zu einem bösen Herren aufwirft, der sich über uns alle erhebt und darüber entscheidet, wer von uns leben kann oder sein Leben lassen muß, wer von dort ansässig sein darf, wo er geboren wurde und wo die Gräber seiner Ahnen liegen.

Wir sollten die auf den Kopf gestellte Problematik wieder auf die Beine stellen. Wenn es uns gelingt, die künstlichen Gedankenkonstruktionen fallen zu lassen, die uns nach und nach von den Lakaien des vergötterten Staates aufgezwungen worden sind, kehren wir dereinst zum natürlichen Recht Gottes und der Menschen zurück. Und dann wird es keinen Zweifel mehr geben, daß kein Regierungsprogramm irgendeines Staates, keine Institution dieser Welt dem Sittengesetz übergeordnet sein darf, daß wir in uns tragen. Kein staatliches Gesetz irgendeiner

Art kann die Zehn Gebote Gottes außer Kraft setzen.<<

Der tschechische Schriftsteller Arnost Lustig (1926-2011) schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/34-35): >>Was denke ich über die Vertreibung?

Ich würde nicht einen einzigen Menschen abschieben, der nichts verbochen hat. Doch ich würde auch nicht vergessen, was Obersturmbannführer Heydrich auf der Prager Burg mit seiner piependen Stimme über die tschechische Bagage sagte.

Ich will niemandem Unrecht tun. Ich habe im Konzentrationslager Deutsche kennengelernt, die menschlich, wunderbar und tapfer waren, weil sie durch Weiterreichen eines Brotstücks ihr Leben riskiert haben. ...

Wenn mich jemand damals, 1945, gefragt hätte – abschieben oder nicht? – hätte ich gesagt, jawohl, abschieben. In so einem Augenblick dringt durch die Gerechtigkeit die Rache durch, und durch die Rache die Gerechtigkeit.

Also wenn ich mir selber schwören sollte, was ich heute darüber denke, was ich diesbezüglich damals dachte, da müßte ich ehrlich sagen, daß ich mit der Vertreibung einverstanden war – natürlich ohne Bestialitäten, ohne Raffgier, Blutrünstigkeit und Töten – und nur bezogen auf diejenigen, die sich etwas zuschulden haben kommen lassen. ...<<

Der tschechische Schriftsteller Alexej Pludek (1923-2002) rechtfertigte im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/35): >>Im 13. Artikel des Potsdamer Abkommens aus dem Jahre 1945 ist deutlich die Zustimmung der siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkrieges zum dauerhaften Transfer der Deutschen aus dem tschechoslowakischen Gebiet deklariert. Es war also keinesfalls eine Vertreibung.

Der amerikanische Präsident Roosevelt erklärte seine Meinung schon im Jahre 1943 während des Besuches des Staatspräsidenten Benes. Damals kam man überein, den Transfer definitiv durchzuführen.

Die Kontrollkommission der Alliierten verkündete den durchgeführten Transfer der Deutschen als human, also widerspricht die gegenwärtige demagogische Schilderung der Gewalttaten den verantwortlichen Institutionen. Auch das internationale Rote Kreuz bestätigte, daß der Transfer mit aller humanitären Sicherung und gesundheitlicher Fürsorge durchgeführt worden ist. Sollte es tatsächlich zu einigen Gewalttaten gekommen sein, war das gering im Vergleich mit den hunderttausenden Morden an tschechischen Bürgern und mit dem ökonomischen Terror während des Krieges.

Im tschechoslowakischen Parlament waren im Jahre 1945 alle politischen Parteien ohne Ausnahme mit dem Transfer einverstanden. Deswegen haben einige derzeitige tschechische Stimmen gegen den Transfer - einschließlich Havels Entschuldigung für die Vertreibung - verfassungswidrigen Charakter.

Es existiert kein Sudetenland, das ist ein erfundener Terminus für die politische Argumentation aus der Zeit zwischen den 2 Weltkriegen. Die Deutschen siedelten sich in den tschechischen Ländern auf Einladung der tschechischen Herrscher an, wirkten bei der Gründung der Städte mit und besiedelten in Grenzgebieten den tschechischen Boden. Sie waren Untertanen der tschechischen Regierung und gehörten nie zu einem deutschen Staat. Deshalb ist ihr Bekenntnis zur Reichsbürgerschaft im Jahre 1938 Hochverrat. Und der Transfer nach dem Krieg ist eine natürliche Versetzung der fremden Staatsangehörigen.

Zusammen mit den tschechischen und deutschen Bürgern halte ich es für richtig, nicht in das Verhalten des Zweiten Weltkriegs zurückzufallen und zusammenzuleben unter friedlichen Bedingungen, als Gleiche mit Gleichen.<<

Der tschechische Schriftsteller Karel Steigerwald schrieb im Jahre 1995 über den "Transfer" der Sudetendeutschen (x154/36): >>... Soweit wir den Transfer der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei mit den heutigen Augen betrachten und der heutigen Erfahrung und mit den Erlebnissen unserer Generation, müssen wir natürlich klar sagen, daß dieser Transfer eine

deutliche und augenfällige Verletzung aller Menschenrechte war, es war ein Gewaltakt gegenüber einer Bevölkerungsgruppe – und all das müssen wir begreiflicherweise verurteilen. ... Ich glaube, man muß dieses schreckliche Ereignis der tschechischen Geschichte, für das selbstverständlich alle Verantwortung tragen, beziehungsweise die damaligen Tschechen, man muß es mit den Augen der damaligen Zeit sehen und im Bezugsrahmen all jener Ereignisse, die damals eine Rolle spielten.

Die ganze Diskussion zwischen Tschechen und Deutschen ist heute erwartungsgemäß eine historische Debatte. Man kann das nicht wiedergutmachen, nicht entfernen, alles geschah, so wie es geschah. Dies alles erfolgte so, wie der Nationalsozialismus erfolgte, wie der Zweite Weltkrieg. Am besten sagte es Jiri Grusa im Scherz: ja, wir geben den Sudetendeutschen das Sudetenland zurück, und die bringen uns die Toten, die Juden wieder. Diese grauenvolle Metapher sagt eigentlich aus, man kann dies alles mit den heutigen Augen bewerten, aber weiter kann man wahrscheinlich nicht viel tun.<<

Der tschechische Schriftsteller Jiri Stránský schrieb im Jahre 1995 über den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/36-37): >>Damals 1945, war ich noch nicht ganz 15 Jahre alt. Mein Vater war während des Krieges in Auschwitz, überhaupt wurde meine Familie sehr verfolgt, einer meiner Onkel wurde zum Tode verurteilt, doch zum Glück wurde das Urteil nicht vollstreckt. ... Dessen ungeachtet gehörte meine Familie nicht zu denen, die an irgendwelche Rache oder Vergeltung, oder etwas Ähnliches sonst dachten.

Mein Vater wäre beinahe ums Leben gekommen, weil er sich nach dem Prager Aufstand im Mai 1945 gegen die Behandlung der gefangenen Deutschen wehrte, meistens der SS-Männer, als sie an Laternen verbrannt wurden ...

Dennoch muß ich bezüglich des Abschubs der Deutschen etwas Wichtiges aussprechen. Man vergißt ein wenig, daß es nicht wir waren, die sich den Abschub ausgedacht haben. Wie wir gut wissen, haben diesen Abschub die Großmächte untereinander vereinbart, und wenn heute jemand zurückblickend nach 50 Jahren sagt, daß er den Abschub in seinem tiefsten Wesen abgelehnt habe, daß er dagegen war, also dann bestenfalls – spricht er nicht die Wahrheit.

... Der ganze Ablauf dieser Geschichte hat uns überzeugt, daß ihre Abfolge irgendwie ganz konsequent war. Wenn wir heute wissen, daß eine kollektive Vergeltung, die sich damals als richtig darstellte, eine falsche Lösung war, so können wir nicht viel mehr machen, als davon ausgehen, daß alles, was vor 50 Jahren geschah, nicht wiedergutzumachen ist, auch wenn wir uns noch so mühen. ...<<

Rudolf Ströbinger (Publizist) kritisierte im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/39-40): >>... Die Tatsache, daß sich damalige politische Vertreter der Tschechoslowakei – ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit – für die Vertreibung aussprachen und sie auch verlangten, war im großen Maße eine Reaktion auf sechs Jahre nationalsozialistischer Okkupation.

Was beim historischen Blick auf diese Zeit der Kritik unterworfen werden muß, sind die Begleiterscheinungen bei der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Dabei habe ich nicht nur die Auswüchse und Exzesse der sogenannten "wilden Vertreibung" im Sinn, sondern auch das, was während der zweiten, angeblich geregelten Phase der Vertreibung 1946 geschah.

Natürlich ist es leicht, aus dem heutigen Blickwinkel die negativen Erscheinungen der Jahre 1945 und 1946 zu kritisieren. Weniger leicht, jedoch notwendig ist, über die Haltung derjenigen Politiker, die damals die Tschechoslowakei repräsentiert haben, nachzudenken.

Und gerade bei denen entbehren wir – und das nicht nur aus tschechischer Sicht – einen staatsmännischen und politischen Zugang zu der Frage der Vertreibung.

Genauso schlägt der Versuch der heutigen politischen Repräsentation in der Tschechischen Republik fehl, die Behauptung glaubhaft zu machen, die Vertreibung wäre aufgrund der Entscheidung der Großmächte auf der Potsdamer Konferenz beschlossen worden, zumal diese

Behauptung eine bloße Halbwahrheit ist, wie auch die Annahme, die Vertreibung wäre geordnet durchgeführt worden.

Was den Aspekt des Potsdamer Abkommens anbelangt, so wissen wir, daß die tschechoslowakische Regierung mehrere Male die Großmächte sehr drängte - und das lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges - ihre Zustimmung zu der Vertreibung zu geben. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, wurden sogar Provokationen organisiert, wie z.B. die Explosion der Munitionsdepots in Aussig.

Die Vertreibung sollte - wie das Potsdamer Abkommen aussagt - human, das heißt bei vollem Respektieren der Grundlagen der Menschlichkeit durchgeführt werden. Daß diese Forderung fast nirgendwo respektiert wurde, ist kein Geheimnis mehr.

Und noch eine Betrachtung: die Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert ist voll von Beispielen, daß jegliche Umsetzung, Vertreibung, Abschub, Transfer, Umsiedlung - auf die Termini kommt es nicht an - etwas ist, was Menschenrechte und zwischenmenschliche Beziehungen verletzt und zunichte macht.

Ebendies gilt auch von der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. An die 3 Millionen Bewohner aus ihrer Heimat abzuschieben, das ist eine höchst inhumane Tat. Sie setzt voraus, daß alle 3 Millionen Betroffenen sich des Hochverrats gegenüber der Tschechoslowakei schuldig gemacht haben. Daß das nicht stimmt, ist und war auch im Jahre 1945 bekannt und nachgewiesen.

Mit anderen Worten: Damals ging man (davon) aus - und leider Gottes geht man heute noch davon aus - vom Begriff der kollektiven Schuld, also von einer Auffassung, die sich in Diskrepanz (Unstimmigkeit) mit jeglicher Gerechtigkeit befindet und nie akzeptiert werden kann. Es ist unbestritten, daß von der Vertreibung nicht nur diejenigen, die sich schuldig gemacht hatten, betroffen waren, sondern auch hunderttausende von Bewohnern, die keine andere Schuld hatten, als die, daß sie anderer Volkszugehörigkeit waren als die Sieger.

Diese Tatsache kann man nicht beschönigen. Man muß sie offen zugeben und der Wahrheit ins Auge schauen. Und das auch, wenn es oft schmerzhaft ist und den Mut verlangt, seinen eigenen Schatten der Schuld zu überspringen. Nur so - und das gilt natürlich auch für die andere Seite - kann man neue Beziehungen, neue Auffassungen vom Zusammenleben in Europa schaffen.<<<

Der tschechische Schriftsteller Jan Trefulka schrieb im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40): >>>Ich habe keine 50 Jahre gebraucht, um zu wissen, daß die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren eine unannehmbare, drastische und gegenüber den deutschen Familien äußerst ungerechte Maßnahme gewesen ist.

Eine kollektive Vergeltung, die mit den Schuldigen auch Unschuldige trifft, und eine Art Geiselnahme sind möglicherweise die widerlichsten kriminellen Praktiken. Als 15jähriger Junge wußte ich von den Grausamkeiten, die bei der sogenannten "wildem Vertreibung aus Brünn" geschahen. Ich erinnere mich, daß in meiner Umgebung viele Leute mit diesen Methoden nicht einverstanden waren, doch laut zu protestieren wagte, glaube ich, niemand.

Das Gericht der Geschichte ist natürlich etwas anderes als die Gefühle eines Einzelnen. Lange Jahrhunderte kämpften europäische Völker mit allen Mitteln um die Verteilung der Welt. Sie begingen überall, wohin sie kamen, Morde, grobe Ungerechtigkeit und Gewalt. Der Erste Weltkrieg war einer der Gipfel dieses Kampfes der Giganten und bedeutete einen weiteren rasanten Schritt zur Bestialität.

Dieser Krieg öffnete den Weg für Hitler und Stalin. Er lieferte ihnen für eine lange Zeit den Schein der Berechtigung, ja Legitimität. In diesem Kessel von Sittenlosigkeit und Grauen ist die Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Grenzgebieten nur eine Episode, die keineswegs über den Rahmen der europäischen Realität hinausragt.

Die Deutschen waren übrigens unter denen, die schon in den dreißiger Jahren durch Rassis-

mus deformierte ethische Normen aufgestellt hatten. Es ist daher, glaube ich, heuchlerisch und gegenstandslos, die Entscheidung der tschechischen Regierung und ihrer Institutionen aus dem Jahre 1945 über die Vertreibung zu verurteilen.

Die heutigen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen müssen durch die aktuellen Regeln des europäischen Zusammenlebens geregelt werden, ohne Rücksicht darauf, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat.<<

Der tschechische Schriftsteller Pavel Verner verurteilte im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40-41): >>Ich weiß nicht, wie mein Urteil über die massenhafte Vertreibung der böhmischen und mährischen Deutschen aus ihrer Heimat nach dem Krieg ab 1945 in der Zeit ausgesehen hätte, als diese Ereignisse gerade stattfanden. Mit dem Abstand von 50 Jahren fühle ich nur Beschämung. Damals hätte ich es möglicherweise als einen neurotischen Akt der Nachkriegspolitik von Benes bezeichnet. Heute sehe ich diese Angelegenheit als eine gehörig barbarische, kaltblütig vorbereitete und gründlich durchdachte, sogenannte Endlösung der deutschen Frage in Böhmen und Mähren.

Niemand hatte doch die Slowaken für ihren faschistischen Staat flächendeckend bestraft und viele Jahre später, nach der samtene Revolution, hat niemand der Gesamtzahl der Tschechoslowaken, vor allem jedoch den Tschechen vorgeworfen, daß sie im Jahre 1948 die Demokratie verraten und freudig den Kommunismus angenommen hätten.

Was für eine Schuld trugen also die böhmischen und mährischen Deutschen für die Hitler-Okkupation? Nach dem Jahr 1918 wurden sie in den tschechoslowakischen Staat hineingepreßt, der sich mit dem Selbstbestimmungsrecht, das er angeblich respektierte, gebrüstet hatte. Den Deutschen billigte Masaryks Staat die gleichen Rechte eben nicht zu, und als sie diese auf die Anregung der Sozialdemokratie hin am 4. März 1919 erstreiken wollten, griff die tschechoslowakische Armee ein, und es gab 54 Tote.

Man muß klar sagen, daß die böhmischen und mährischen Deutschen nichts gegen die tschechoslowakische Demokratie hatten, aber ein nationaler Staat der Tschechoslowakei war ihnen ein Dorn im Auge, da in diesem weniger Slowaken lebten, als im nationalen Sinn rechtlose Deutsche. Also die tschechoslowakische Demokratie selbst hat den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda bereitet.

Wie dem auch sei: auch wenn die Mehrheit der Deutschen die Hitlersche Expansion unterstützt hatte, hatte niemand nach dem Krieg das Recht, sich an einer ethischen Einheit aufgrund deren kollektiven Schuld zu rächen, also wegen etwas, das wir heute auf dem Balkan verurteilen.

Vors Gericht sollten die Funktionäre der Henlein-Partei gestellt werden, die Mitarbeiter der Gestapo, alle, die sich konkret schuldig gemacht haben. Bei der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei bestand die einzige Schuld einfach darin, Deutscher zu sein. Millionen von ihnen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus proklamativ ethnischen Gründen zu vertreiben, das war nicht nur verbrecherisch und grausam, für die Zukunft des tschechischen Staates war es auch unermesslich dumm.

Deutschland ist nicht nur geographisch nächster Nachbar, sondern auch ein mit uns kulturell identischer Raum, ja mehr noch, in dieser gefährlichen Welt kann er für uns die einzige Garantie der Sicherheit werden.

Die Außenpolitik der gegenwärtigen tschechischen Regierung, die nicht fähig ist, sich ehrlich und mannhaft mit dem Trauma der Vertreibung auseinanderzusetzen, mit dem fatalen Versagen der Demokratie von Benes, eine Regierung, die durch den Mund ihrer Vertreter leider Gottes auch durch den Mund des Staatspräsidenten konstruierte Entschuldigungen für an unschuldigen Menschen begangene Bestialitäten sucht, solch eine Politik ist sittenlos, populistisch, und für die Zukunft stiftet sie neues Unrecht.<<

Finnland, Österreich und Schweden traten im Jahre 1995 der EU bei.

Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnerte im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

1996

Das US-Repräsentantenhaus und der US-Senat stimmten am 3. Januar 1996 einer Resolution zu, weitere Informationen über die NS-Kriegsverbrechen zu veröffentlichen (x136/15-16): >>... Während des 104. Kongresses feierten die Amerikaner den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und das Ende des Holocaust, eine der schlimmsten Tragödien der menschlichen Geschichte,

Es ist wichtig, daß wir alles, soweit möglich, aus dieser schrecklichen Epoche in Erfahrung bringen, um zu verhindern, daß sich eine derartige Katastrophe je wiederholt.

Der kalte Krieg ist zu Ende.

Zahlreiche Nationen, inklusive jene der einstigen Sowjetunion, öffnen ihre Archive betreffend die Nazi-Kriegsverbrechen, wie auch Verbrechen, die durch Behörden ihrer eigenen Staaten begangen worden sind. ...

1996 begehen wir den Jahrestag der Annahme des Freedom of Information Act.

Behörden der amerikanischen Regierung besitzen Informationen über Personen, welche Nazi-Kriegsverbrechen befohlen, angestiftet oder sonstwie unterstützt haben.

Einige dieser Behörden haben bisher routinemäßig den Freedom of Information Act verletzt und es abgelehnt, Informationen über Personen, die Nazi-Kriegsverbrechen begangen haben, herauszugeben. ...

Die Veröffentlichung der meisten Informationen betreffend Nazi-Kriegsverbrechen gefährdet nicht die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten. ...

Es ist deshalb der Wille des Kongresses, daß sämtliche Behörden, welche Informationen besitzen über Personen, die verdächtig sind, Nazi-Kriegsverbrechen begangen zu haben, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**

Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.

Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.

"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten, ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...

Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmanns Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den

antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süßmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 17. Januar 1996: >>**Renten-**
kasse zahlt für 35.000 Juden

Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.

... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Januar 1996: >>**Im Verhältnis**
zwischen Prag und Bonn knirscht es

... Bundesaußenminister Klaus Kinkel bezeichnete das deutsch-tschechische Verhältnis als "verheerend festgefahren".

Gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" bedauerte er, daß Prag die deutsche Seite für mangelnde Fortschritte bei der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung verantwortlich gemacht habe. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Günter Verheugen verlangte unterdessen, Bundeskanzler Helmut Kohl solle sich der Beziehungen "endlich persönlich annehmen".

Die Erklärung soll einen Schlußstrich unter die Verbrechen der Vergangenheit – NS-Greuel auf deutscher und Enteignung sowie Vertreibung der Sudetendeutschen auf tschechischer Seite – ziehen. ...

Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."

Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Januar 1996: >>**Havel: Gemein-**
same Erklärung nicht nötig

Tschechen und Deutsche können nach Ansicht des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel auch ohne gemeinsame Erklärung zur Aussöhnung miteinander leben. ...

Havel betonte aber, Prag werde die "Aussiedlung" von drei Millionen Sudetendeutschen nach Kriegsende nicht ewig verurteilen, wenn von interessierter Seite daraus immer wieder Ansprüche abgeleitet werden.

Der Standpunkt der wichtigsten politischen Kräfte Tschechiens zu der angestrebten gemeinsamen Erklärung sei klar: Die Bundesregierung solle den politischen Willen äußern, rechtliche, Vermögens- und ähnliche Fragen, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen zusammenhängen, nicht aufzuwerfen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Januar 1996: >>**Tschechische**
Republik beantragt EU-Beitritt

Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus hat in Rom das Beitrittsgesuch seines Landes zur Europäischen Union überreicht und ist im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammengetroffen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 1996 über das schwierige
deutsch-tschechische Verhältnis: >>**Die Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt bela-**

stend

... Dieser Tage sorgen in Prag beinahe täglich "Brandbriefe" für Aufregung. Pamphlete werden zutage gefördert, die sich gegen die Deutschen im allgemeinen oder gegen den deutschen Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie im besonderen auslegen lassen. ...

Der Seelenkundler Petr Prihoda hielt seinen Landsleuten vor, uneingestander Nationalismus sei typisch tschechisch: die Betonung liegt auf uneingestanden. ...

Der Streit dreht sich vordergründig vor allem um 2 Punkte: die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Behandlung von Vermögensansprüchen.

In Prag besteht die Furcht, daß einzelne oder viele Sudetendeutsche sich schon bei einer nur formalen Anerkennung solcher Vermögensansprüche auf den Weg in die alte Heimat machen und dort – dank ihrer finanziellen Möglichkeiten – wieder Eigentum erwerben könnten. Die Tschechen wollen ein wie immer begründetes Rückkehrrecht verhindern.

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie zu einer Wiedergutmachung des Nazi-Unrechtes bereit ist. Bonn verlangt von Prag aber ein klares Wort des Bedauerns und der moralischen Distanzierung von dem Unrecht an Sudetendeutschen, einschließlich einer Rücknahme der Dekrete des vormaligen Staatschefs Eduard Benes.

Die tschechische Regierung beruft sich auf höchstrichterliche Urteile, wenn sie sagt, dies sei nicht möglich. Die damaligen "ethnischen Säuberungen" könnten nicht pauschal als Unrecht bezeichnet werden.

Widersprüchlich sind die Darstellungen beider Seiten in dem Punkt, ob der Begriff "Vertreibung" in den Entwürfen für die Schlußklärung auftaucht oder ob lediglich von Zwangsausiedlungen die Rede ist.

Der Umstand, daß die tschechische Regierung vor Tagen einen Aufnahmeantrag in die Europäische Union (EU) gestellt hat und dafür von Bonn tatkräftige Unterstützung erwartet, macht die Angelegenheit nicht einfacher, sondern eher schwieriger. Zu den hohen Grundsätzen der EU-Mitgliedschaft zählen die Freizügigkeit ebenso wie die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger. Die tschechische Regierung wird keine Begründung dafür vortragen können, daß sie Sudetendeutschen diese Rechte weiterhin verweigern will. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Februar 1996: >>>Antisemitismus in Polen

In keinem anderen christlichen Land gebe es soviel Antisemitismus wie in Polen. Dies hat Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, in Warschau erklärt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 1996: >>>Simon Wiesenthal, österreichischer Nazi-Jäger, hat nach einem Bericht des ARD-Magazins "Panorama" bei der Fahndung nach Naziverbrechern kaum eine Rolle gespielt.

Wiesenthal hat "in allen großen Nazi-Fällen der Nachkriegsära – Bormann, Barbie, Mengele, Eichmann - versagt", urteilte der Chef der Abteilung NS-Verfolgung im US-Justizministerium, Eli Rosenbaum, in dem TV-Bericht vom Donnerstag. ...

Wiesenthal sei "inkompetent, egomanisch, ein Verbreiter falscher Informationen, eine tragische Figur".<<<

Ein US-Student berichtete am 16. Februar 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über seine Erfahrungen in einem "Goethe-Institut" (x268/148-149): >>>Das erste Wort, das ich gelernt habe, war "Mülldeponie".

Es ist ein alter Witz unter Studenten, im Goethe-Institut sei die Gefahr gering, daß man Goethe liest. Aber leider ist dies kein Witz. Aus den vom Institut konzipierten Büchern und aus deren Materialien zu schließen, gibt es unter den Mitarbeitern des Instituts eine starke Allergie gegen alles, was für sie nach der alten Welt der deutschen Bildung riecht.

In der Bibliothek finden sich zwar die Klassiker in wunderschönen Ausgaben, im Klassenzimmer hingegen müssen die Studenten ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Gegen-

wart richten und sich für Diskussionen über Umweltkrisen, Baumsterben, Rechtsradikalismus und Militarismus rüsten. ...

Nach jener Erfahrung mit dem Goethe-Institut stellte ich mir die naive Frage: Weshalb gleicht das Institut mehr einer Sonntagsschule für deutsche Bürgerpflichten als einem gastfreundlichen, sich den Schönheiten der deutschen Sprache widmenden Kulturzentrum? Warum ist die Atmosphäre in französischen Kulturzentren, die ich gut kenne, so fröhlich, die in den deutschen so grau und öde?

Franzosen sind stolz, Menschen überall in der Welt mit Molière bekannt machen zu können. Warum schämen sich meine deutschen Lehrer Goethes? ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Februar 1996: >>**Kein Ruhmesblatt für Justiz**

... Bei den deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten liefen 1995 noch gegen 5.570 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Straftaten.

Bundesminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) legte am Freitag die erste bundesweite Statistik über die Strafverfolgung von NS-Straftaten seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die hohe Zahl der laufenden Verfahren beweise, daß die Strafverfolgungsbehörden auch heute noch die Aufgabe ernst nehmen, die entsetzlichen Verbrechen der NS-Diktatur zu ahnden, sagte der Minister. ...

Unter den Verurteilungen waren 13 – zumeist von den Alliierten verhängte – Todesstrafen und 166 lebenslange Freiheitsstrafen. Zu Freiheitsstrafen wurden 6.200 Personen verurteilt. Gegen insgesamt 106.178 Beschuldigte wurden Strafverfahren geführt. ...

Schwerste Menschenrechtsverletzungen dürften generell nicht ungesühnt bleiben. Deshalb erteilte Schmidt-Jortzig allen Vorschlägen eine klare Absage, die auf eine formelle oder faktische Amnestie für SED-Straftäter hinauslaufen. ...<<

Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<

Der tschechische Schriftsteller Petr Pihoda (1939-2014) berichtete im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 14) im Februar 1996 über das "sudetendeutsche Thema" (x154/5-6): >>Das 'sudetendeutsche Thema' einschließlich der Vertreibung war in der tschechischen Gesellschaft volle 40 Jahre tabuisiert. Sicherlich wußte die ältere Generation etwas davon, aber sie schwieg sich darüber aus. Die jüngere Generation erfuhr von der Vertreibung kaum etwas. Diese Lücke wurde von der folgenden offiziellen Interpretation ausgefüllt: die Sudetendeutschen verbündeten sich mit Hitler und beteiligten sich somit nicht nur an der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik vor dem Krieg im Jahre 1938, sondern auch an der Okkupation des restlichen Staates im Jahre 1939.

Folglich ging auch der nationalsozialistische Terror der Jahre 1939-1945 auf ihr Konto. Aus diesem Grunde war die Vertreibung nach dem Krieg eine gerechte Strafe und die einzig vernünftige Prävention.

Die 'zweckmäßige Vereinfachung' zog im Prager Frühling des Jahres 1968 der Historiker Milan Hübl, ein Reformkommunist, in Zweifel, aber einer weiteren Diskussion zu diesem Thema machte die sowjetische Okkupation ein Ende. Die offizielle Interpretation war wieder die einzig gültige. Eine Revision dieser Einstellung war danach nur noch in Dissidentenkreisen möglich. Im Jahre 1977 knüpfte Ján Mlynárik, ein temperamentvoller slowakischer Historiker, der

in Prag lebte, an diese Diskussion an.

Er schrieb unter dem Pseudonym "Danubius" seine "Thesen zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen", erschienen zuerst im Samisdat (= Veröffentlichungen im Untergrund) und danach in den Publikationen des Exils. Es war eine Anklage der tschechischen Rachgier und Grausamkeit. Die damaligen Leser der "Thesen" stellten einen verhältnismäßig kleinen und weitgehend exklusiven Leserkreis dar. Die Publikationen aus dem Exil erreichten uns regelmäßig auf dem Wege, den die Dissidenten vorbereitet hatten. Den Leserkreis von Danubius ließ sich auf einige Tausend Menschen schätzen.

Mlynárik-Danubius formulierte seinen Text absichtlich provokant. Er wollte schockieren. Es entflammte eine leidenschaftliche Polemik, die auch das tschechische politische Exil erreichte. Sie teilte die Dissidenten, aber auch das Exil, in zwei Lager auf: die Befürworter einerseits und die Gegner andererseits. Während dieser Polemik kam die geistige Verwandtschaft des tschechischen Nationalismus im Exil mit dem Nationalismus des tschechischen Kommunismus im Lande (auch wenn es sich um Reformkräfte handelte) zum Vorschein. Damals ahnte noch niemand, daß eine "samtene Revolution" bevorstand, und daß nach ihr diese beiden Richtungen eins werden würden.

Einer der entschiedenen Widersacher der "Thesen" von Danubius war damals auch Milan Hübl, der, wie gesagt, 1968 den ersten Versuch unternahm, die offizielle Version der Vertreibung zu revidieren.

Im Jahre 1979 trat unter dem Namen "Bohemus" eine Gruppe von Dissidenten auf, um Mlynárik zu verteidigen. Es entstand ein gemeinsamer Text mit dem Titel "Stellungnahme zum Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei". In diesem Text wurde die Vertreibung verurteilt, es wurde auf die Umstände hingewiesen, die die Vertreibung möglich machten, und darauf, welche verhängnisvollen Folgen diese Vertreibung für die ganze tschechische Gesellschaft nach sich zog. Die Reaktion im Lande und auch im Exil war ähnlich wie im Falle Danubius mit dem Unterschied, daß Bohemus mehrere Befürworter fand.

Ich betone jedoch, daß die Polemiken nur in einem beschränkten Rahmen der verhältnismäßig wenigen Dissidenten und Exilgruppen stattfanden. Es ist genügend bekannt, daß es den kommunistischen Machthabern gelang, die tschechischen Dissidenten von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Daher blieb die tschechische Öffentlichkeit von diesem Streit unberührt.

Nach der "samtenen Revolution", als viele Dissidenten bedeutende Funktionen übernahmen wurde dieser Streit in die Öffentlichkeit getragen (genannt sei vor allem die sogenannte Entschuldigung an die Adresse der Sudetendeutschen von Václav Havel im Dezember 1989). Die unvorbereitete Öffentlichkeit war dadurch überrascht.

Die Parlamentswahlen 1992 brachten der politischen Garnitur aus der Zeit nach November 1989 eine Niederlage und führte bei vielen Dissidenten zum Rückzug aus der Politik. Die neue politische Elite – aber auch die Gruppe der Journalisten – rekrutierte sich heute aus jüngeren Altersgruppen und aus dem Teil der tschechischen Öffentlichkeit, der von den geschilderten Polemiken und auch von den Problemen, die diese hervorriefen, nicht betroffen war. Hier liegt der Grund für den heutigen Dilettantismus der "Deutschlandpolitik" seitens des tschechischen Staates.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. März 1996: >>**Jüdische Rächer wollten Millionen Deutsche ermorden**

Israelischer Dokumentarfilm berichtet über Sonderkommandos / Angeblich Vergiftung des Trinkwassers geplant

Es war das Thema Vergeltung, dem der israelische Regisseur Jarin Kimor seinen Dokumentarfilm gewidmet hatte. Im israelischen Fernsehen zeigte er am Sonntagabend Mitglieder sogenannter jüdischer Rachegruppen, die sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen für die Ermordung mehrerer Millionen Juden rächen wollten.

"Die gesamte Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg sollte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von jüdischen Rachekommandos vergiftet werden", erzählte General Israel Carmi, der nach Kimors Angaben Chef einer der jüdischen Gruppen war. "Unsere Leute waren die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Sie waren in Auschwitz erniedrigt worden. Sie hatten nichts mehr zu verlieren."

Nach Angabe von Mitgliedern der Gruppe waren Soldaten der jüdischen Brigaden damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken von Hamburg und Nürnberg bei den großen Filteranlagen zu arbeiten. Carmi behauptet, er sei nach Palästina gefahren, um sich mit Chaim Weizman, dem späteren ersten Präsidenten des Staates Israel zu beraten. Dieser habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beim "Ziv-Institut" beauftragt, sofort ein "geruchs- und farbloses Gift" zu entwickeln.

Das Gift sollte in das Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden. 50 Kilo des Gifts, in Konservenbüchsen versteckt, wurden einem einfachen Soldaten diese Kommandos, Itzik Ron, in einem Sack mitgegeben. Während der Überfahrt per Schiff von Palästina nach Frankreich flog die Gruppe jedoch aus unbekanntem Gründen auf. Ron gibt in dem Film an, er habe das Gift deshalb ins Mittelmeer geschüttet.

"Das jüdische Volk versuchte, nach dem Holocaust seine Ehre zu retten, aber die große Rache scheiterte", resümierte Carmi.

Der Film berichtet außerdem davon, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1.000 und 2.000 Nazis von jüdischen Rachekommandos umgebracht worden seien. So sollen am 13. April 1946 bei Nürnberg 300 SS-Leute in einem amerikanischen Gefangenenlager umgekommen sein, weil jüdische Kämpfer rund 3.000 Brote mit Gift beschmiert hatten, erzählt ein weiteres Mitglied einer Rachegruppe.

Bei Hinrichtungen sei oft nach demselben Muster vorgegangen worden. Einige Nazis wurden mit den Händen erwürgt oder nach einem kurzen Feldgericht standrechtlich erschossen. "Im Namen des jüdischen Volkes verurteile ich Sie", sollen die Kämpfer der jüdischen Brigaden der britischen Armee gerufen haben, ehe sie die gefaßten Nazis erschossen und in Seen oder Flüssen versenkten.

In dem Film werden auch Einzelfälle genannt. So sollen jüdische Häscher in Judenburg in Österreich einen Nazi namens Alwin Gawanda entdeckt haben. Er war für besondere Grausamkeit bei der Verschickung von Kindern nach Auschwitz berüchtigt. Nach dem Krieg war er bei einem Jahrmarkt untergetaucht, dort leitete er einen Tontaubenschießstand. Er wurde aus nächster Nähe erschossen.

Im Wiener Rothschild-Hospital soll es nach dem Krieg einen Keller gegeben haben, wo sich Mitglieder dieser jüdischen Kommandos einen Folterraum eingerichtet hatten. "Nazis wurden dorthin gebracht und nie mehr wiedergesehen", heißt es in dem Dokumentarfilm.

Mitglieder dieses Kommandos lockten auch Joseph Balaki in einen Wald bei Wien und erschossen ihn dort. Balaki hatte bei Kolow in Polen erstmals Lastwagen ausprobiert, deren Abgase in den Ladekasten geleitet wurden. Tausende Juden wurden auf diese Weise vor der Erfindung der stationären Gaskammern ermordet.

In seinem Buch "Die siebte Million" warnt der israelische Historiker Tom Segev aber davor, solche Aktionen überzubewerten. Der Gedanke, sich an den Deutschen zu rächen, sei angesichts der historischen Einmaligkeit und des gigantischen Ausmaßes dieses Verbrechens von den Verantwortlichen in Israel bald verworfen worden.<<

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz berichtete am 13. März 1996 während einer völkerrechtlichen Fachtagung über die geplante "Schlußstricherklärung", Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter und ungeklärte Reparationsforderungen sowie über die völkerrechtswidrige Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x151/47-51,53-58,61-68):

>>I.

Seit Ende letzten Jahres steht die Forderung im Raum, im Verhältnis zur Tschechischen Republik einen "Schlußstrich unter die Vergangenheit der Okkupation, Krieg und Vertreibung zu ziehen" und mit einer gemeinsamen Erklärung mit der Prager Regierung als Schlußstrich der Ostverträge den "Weg in ein Europa der gleichberechtigten Demokratien zu öffnen".

1. Das Konzept der Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aufgabe eines von der Fraktion der Grünen im deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen Gutachtens ist es, die bisher vorgebrachten Argumente für die Auffassung, daß ein solches "Schlußstrich-Abkommen" aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, zu entkräften.

Der Berliner Völkerrechtler Christian Tomuschat gelangt zu dem Ergebnis, daß es keine Rechtsgründe gäbe, welche Deutschland an dem Abschluß einer solchen umfassenden Regelung hindern würde. Insbesondere setze sich die Bundesregierung nicht Schadenersatzansprüchen der vertriebenen Sudetendeutschen aus, wenn sie in einem Abkommen mit Prag auf die Geltendmachung der Vermögensfragen verzichte und damit zugleich tschechischen Reparationsforderungen zuvorkomme.

Das Gutachten geht davon aus, "daß die Tschechische Republik Gegenansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland (besitzt), deren Höhe bisher unbestimmt ist, die aber von manchen Beobachtern als der Höhe nach zumindest gleichrangig angesehen werden".

Eine Schlußstricherklärung, mit der die Bundesrepublik und die Tschechische Republik feststellen würden, daß sie keine Rechtsansprüche gegeneinander haben und solche auch in Zukunft nicht geltend machen werden, "würde weder eine Amtspflichtverletzung darstellen noch einen Eingriff in bestehende Vermögenspositionen bedeuten, der zum Ausgleich nach den Grundsätzen über den enteignenden oder gar den enteignungsgleichen Eingriff verpflichten könnte."

2. Das Konzept der Bundesregierung

Es muß bezweifelt werden, daß die von der Bundesregierung mit der "Schlußstricherklärung" verfolgten Pläne so weit gespannt sind wie das von Bündnis 90/Die Grünen und vom Gutachten entwickelte Konzept. Die Entwürfe der tschechischen und der deutschen Seite zu einer Schlußstricherklärung sind zwar offiziell noch nicht bekanntgemacht worden, aus den Vorgaben des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages vom 27.2.1992, insbesondere aus dem Briefwechsel zum Nachbarschaftsvertrag, aus zahlreichen Presseveröffentlichungen und Erläuterungen der Bundesregierung vor dem Parlament ergeben sich jedoch eine Fülle von Hinweisen auf Form, Inhalt und politische Zielsetzung der beabsichtigten Schlußstricherklärung, deren Verabschiedung vorerst auf einen Termin nach den tschechischen Parlamentswahlen am 31. Mai 1996 aufgeschoben wurde.

II.

1. Die förmliche Gestaltung der Schlußstricherklärung: gemeinsame Erklärung – nicht gegenseitiger Vertrag

Die Schlußstricherklärung wird von deutscher wie von tschechischer Seite nicht als ein auf Leistung und Gegenleistung beruhendes Vertragswerk konzipiert. ...

2. Die verbale Bewältigung der Vergangenheit

Das gemeinsame Bekenntnis beider Seiten zu guter Nachbarschaft, zur Gestaltung des zusammenwachsenden Europa, zu demokratischen Werten, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und einer Politik des Friedens muß durch einzelne Bekenntnisse – einerseits Deutschlands und andererseits Tschechiens – zur Vergangenheit ergänzt werden. ...

a) Die Erklärungen

Zunächst fällt auf, daß die Formulierung der deutschen Seite: "bekennt sich zur Verantwortung" juristisch prägnanter erscheint als die Wortwahl der tschechischen Seite: "ist sich bewußt" und "bedauert".

Aus "Verantwortung" lassen sich unmittelbar rechtliche Konsequenzen ziehen; das "Sich-

Bewußt-Sein" oder das "Bedauern" sind demgegenüber Begriffe, die zunächst nur die Befindlichkeit des Erklärenden beschreiben; es fehlt an der unmittelbaren Außenwirkung. Der Unterschied wird deutlich, wenn man die Forderung berücksichtigt, die seit Jahren gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden: Die deutsche Seite soll sich zur Verpflichtung und Verantwortung gegenüber all jenen, die Opfer nationalsozialistischer Gewalt geworden sind, bekennen.

b) Ausgewogenheit

Über die inhaltliche Ausgewogenheit der korrespondierenden Erklärungen zur Vergangenheitsbewältigung läßt sich trotz aller Bemühungen um Versöhnung trefflich streiten. Akzentuiert man die Verantwortung Deutschlands für die historische Entwicklung, die zum Münchner Abkommen geführt hat, läuft man Gefahr, mitentscheidende Faktoren einfach auszublenden.

Ich nenne nur wenige Beispiele: das Versagen der Siegermächte des ersten Weltkrieges bei der staatlichen Gestaltung der Gebiete der untergegangenen Habsburger-Monarchie, die Verletzung selbstgesetzter Prämissen wie z.B. Selbstbestimmungsrecht und Volksgruppenschutz, die mangelnde Bereitschaft des neuen tschechoslowakischen Staates, die gesamte Bevölkerung nach eidgenössischem Vorbild zu integrieren.

Die Erklärung der tschechischen Seite zur "zwangsweisen Aussiedlung" läßt zumindest viele Fragen offen. Von einer "Verantwortung" für die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ist nicht die Rede. Die tschechische Seite kann an ihrer seit Jahren vertretenen These festhalten, gem. Art. XIII Potsdamer Abkommen trügen die Großmächte, nicht aber die Tschechoslowakei, die Verantwortung für den "Bevölkerungstransfer".

Der Text kann auch als Bestätigung der tschechischen Auffassung verstanden werden, es müsse zwischen dem "Abschub" der deutschen Bevölkerung (der grundsätzlich rechtmäßig gewesen sei) und bedauerlichen "Exzessen" unterschieden werden. Letztere standen im Widerspruch zu "humanitären Grundsätzen und damals geltenden rechtlichen Normen".

Begriffe, die rechtliche Konsequenzen auslösen (z.B. "Völkerrechtsverstoß" oder gar "Völkermord") werden in tschechischen Erklärungen eindeutig vermieden.

c) Der Sinn amtlicher Festlegungen

Wichtiger als viele Detailprobleme bei der Formulierung der Vergangenheitsbewältigung ist die grundsätzliche Frage: "Was ist der von Regierungsdelegationen amtlich betriebene Prozeß des Bewußtwerdens und Bedauerns wert?"

PRAVDA VITEZI" – DIE WAHRHEIT SIEGT, war der Spruch im tschechoslowakischen Staatswappen, in dessen Zeichen auch der 7. Präambel des deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrages vom 27. Februar 1992 konzipiert wurde: "In Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat."

Wenige Monate später berief sich die Slowakei auf die von Landtag und Regierung am 14. März 1939 herbeigeführte Unabhängigkeit des Landes von der Tschechoslowakei, die auch international Anerkennung aller Nachbarstaaten gefunden habe.

Sollte die tschechische Regierung heute tatsächlich mit Blick auf Europa die Vertreibung der deutschen Bevölkerung bedauern und sie als einen Verstoß gegen damals geltende rechtliche Normen werten, bleibt es doch bei den Erkenntnissen des für alle Rechtsfragen primär zuständigen Verfassungsgerichtshof der Tschechischen Republik.

Das Gericht entschied am 8. März 1995 in der Sache Dreithaler, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekretes in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen.

Historische Schuld und Verantwortung können nicht auf diplomatischem Wege ermittelt und zugewiesen werden. Mit dieser Aufgabe sind auch offizielle oder offiziöse Historikerkommissionen überfordert.

Die beide Völker trennenden und verbindenden geschichtlichen Ereignisse lassen sich nur in

einer Atmosphäre uneingeschränkter Freiheit von Forschung und Lehre aufarbeiten. Auch an der Jahrtausendwende hat noch Gültigkeit, was Ludwig Börne vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten gedacht und geschrieben hat:

"Jede Gegenwart ist eine Not-Erbin der Vergangenheit. Sie kann die Erbschaft weder ausschlagen noch sub beneficio inventarii antreten; sie muß sie übernehmen; mit ihren Schulden und ihrer Schuld."

3. Das weitere Offenhalten aus der Vergangenheit herrührender politischer und rechtlicher Fragen

Deutschland und Tschechien sind sich im Vorfeld der Osterweiterung der Europäischen Union einig, daß begangenes Unrecht der Vergangenheit angehören soll. Wie bei der Osterweiterung der Nato wird auch bei der EU-Osterweiterung deutscherseits kein Junktim zwischen der Lösung der aus Flucht und Vertreibung resultierenden noch offenen Fragen und der deutschen Unterstützung der Aufnahme der ost-mitteuropäischen Staaten hergestellt.

Es gibt keinen spezifisch deutschen Forderungskatalog, von dessen Erfüllung die Unterstützung der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union abhängig wäre. Wegen der anhaltenden und erheblichen Widerstände – namentlich der südeuropäischen Staaten gegen die EU-Osterweiterung hat die von der Bundesrepublik Deutschland zugesicherte "nachdrückliche Unterstützung" einen nicht zu überschätzenden politischen Stellenwert.

a) Konsequenzen für die deutsche Seite

Die neue Determinante (Begriffsbestimmung) der deutsch-tschechischen Beziehungen, nämlich die Übereinstimmung, daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört, kollidiert mit einer weiteren, vornehmlich verfassungspolitischen Zielsetzung der Bundesregierung, die in Ziffer 2 des Briefwechsels zum Nachbarschaftsvertrag ihren Ausdruck gefunden hat: das Ausklammern und "Offenhalten" der Vermögensfragen.

Hinter der Formulierung der Ziffer 2 verbergen sich nach Auffassung der deutschen Seite die Ansprüche der Vertriebenen aus Eigentum oder auf Entschädigung hinsichtlich ihres nach Kriegsende konfiszierten Vermögens. Diese Ansprüche, deren Erfüllung auch der demokratische tschechische Staat verweigert, muß die deutsche Seite weiter offenhalten.

Aus Gründen des deutschen Vertragsrechts muß sie alles vermeiden, was als Verzicht auf oder Aufrechnung mit sudetendeutschen Vermögenswerten gedeutet werden müßte und damit eine Entschädigungspflicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Betroffenen auslösen könnte. Trotz "Schlußstrich" müssen deshalb die Vermögensansprüche der Vertriebenen de jure "offengehalten" werden, obgleich sie de facto – wie bisher – nicht durchgesetzt werden sollen. ...<<

>>... 5. Der Zukunftsfonds und die Entschädigung tschechischer NS-Opfer

Eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der nationalsozialistischen Zeit wurde von der Bundesrepublik Deutschland und Polen zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrags durch Notenwechsel vom 16. Oktober 1991 errichtet. In den folgenden drei Jahren wurde die Stiftung aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt 500 Millionen Mark ausgestattet.

Nach Presseverlautbarungen war auch eine Stiftung für die Opfer des Faschismus in der Tschechoslowakei geplant. Von einem Beschluß über die Bereitstellung von etwa 100 Millionen Mark aus deutschen Steuermitteln war bereits die Rede. ...

(2) Zur Frage der Entschädigung für "NS-Zwangsarbeiter"

Ein traditioneller Streitpunkt zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn ist die Frage, ob aus Zwangsarbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft Wiedergutmachungs- oder Reparationsforderungen resultieren.

Die Bundesregierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß es sich nur um Reparations-

forderungen handeln kann, die unter das Londoner Schuldenabkommen bzw. unter den sowjetisch-polnischen Reparationsverzicht fallen.

(3) Reparationsforderungen

Im Gegensatz zu Polen hat die Tschechoslowakei, deren Reparationsforderungen aus der Schuldenmasse zu befriedigen waren, nie förmlich auf weitere Reparationsleistungen verzichtet. Unklar ist, in welchem Umfang der Tschechoslowakei Reparationsforderungen zustanden, wieviel sie im Rahmen des Pariser Reparationsabkommen liquidieren konnte und was sie de facto (tatsächlich) zum Zwecke der Reparation beschlagnahmte ohne es mit den Verbündeten zu verrechnen.

Unklar ist weiter, welche rechtlichen Folgen das Übergehen der Reparationsfrage in der Schlußstricherklärung und in einem diesbezüglichen Notenwechsel hat. Mehrere Deutungen sind möglich:

a) Die Reparationsfrage zählt zu den vom Nachbarschaftsvertrag nicht geregelten Vermögensfragen und ist nunmehr eine der "aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen", die von der Schlußstricherklärung nicht bereinigt werden konnten, aber künftig nicht mehr die deutsch-tschechischen Beziehungen belasten sollen...

b) Die Reparationsfrage wurde bereits im Rahmen des 2+4-Vertrages geregelt. Dieser ist zwar formell nicht der Friedensvertrag mit Deutschland, er hat jedoch materiell die Bedeutung einer "endgültigen Regelung" im Sinne des Londoner Schuldenabkommens (Artikel 2). Da der Vertrag selbst keinerlei Reparationsforderungen enthält, gleichzeitig aber die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland darstellt und die Bedingungen für den Frieden in Europa mit Bezug auf Deutschland normiert, ist die Reparationsfrage zwischen den 4 Mächten, die als Konkursverwalter über das gesamte in- und ausländische deutsche Vermögen verfügten, und dem staatlich reorganisierten Deutschland erledigt.

In jüngeren Erklärungen weist das Auswärtige Amt darauf hin, daß 50 Jahre nach Kriegsende und jahrzehntelanger vertrauensvoller, enger Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft "die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren" habe. Kein Staat könne mehr erwarten, daß die Bundesregierung in Gespräche über dieses Thema eintrete. Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit diesen Staaten müsse zukunftsorientiert sein.

c) Die Ansprüche des tschechoslowakischen Staates aus dem Zweiten Weltkrieg sind als nicht radizierte Forderungen mit ihm am 31. Dezember 1992 untergegangen. Die tschechische Republik kann als Neustaat nur mehr die überkommenen Rechte seiner Bürger wahrnehmen.

(4) Ansprüche tschechischer Bürger gegen Subjekte des Privatrechts in der Bundesrepublik Deutschland

... Trotz der Ausstattung der Stiftung mit 500 Millionen Mark aus Bundesmitteln, können polnische Staatsangehörige oder deren Interessenverbände weiterhin z.B. Ansprüche aus Zwangsarbeit gegenüber deutschen Arbeitgebern geltend machen. Rein rechtlich werden auch die Ansprüche deutscher Bürger durch den Notenwechsel nicht aufgegeben oder präkludiert (gerichtlich verweigert).

Dennoch erscheint die Regelung im Ergebnis alles andere als ausgewogen: deutsche Bürger haben mit der Geltendmachung von Vertreibungsschäden in den Vertreibungsländern von vornherein keine Chance, wogegen polnische und tschechische Staatsangehörige mit ihrer Forderung nach Entschädigung für "NS-Zwangsarbeit" auf die Unterstützung der Medien und einflußreicher Kreise im Deutschen Bundestag rechnen dürfen. Schon mit der Geltendmachung von Phantomforderungen kann der Name eines deutschen Unternehmens geschädigt und demgemäß Druck ausgeübt werden.

III.

Während in der Gestaltung der deutsch-tschechischen Beziehungen in der vergangenen Jahre

Entschädigungsansprüche tschechischer Opfer wiederholt angesprochen wurden, fanden Forderungen der Vertriebenen aus Schäden an Leib, Leben und Vermögen in offiziellen Dokumenten ebensowenig Berücksichtigung wie das Recht auf die Heimat. Und die Schlußstrichklärung scheint hieran nichts zu ändern. Dies wirft erneut die Frage nach den individuellen und gruppenbezogenen Rechten einer vertriebenen Minderheit auf. ...<<

>>... (1) **Vertreibung als Völkermord (Tomuschat-Rezension 1992)**

Während Tomuschat 1992 in der Rezension zu Felix Ermacoras "Die Sudetendeutsche Frage" seinem österreichischen Kollegen noch zustimmte, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen den Tatbestand des Völkermordes erfüllen kann, gelangt er nunmehr in seinem Gutachten für die GRÜNEN zu einem anderen Ergebnis.

Tomuschat lenkte 1992 die Aufmerksamkeit des Lesers auf den im Juli 1991 von der International Law Commission in erster Lesung verabschiedeten Entwurf eines "Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind". Zu den dort aufgeführten "Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit" zählt gem. Art. 21, 5 ... die "deportation or forcible transfer of population". Die "Deportation" oder der "zwangsweise Transfer einer Bevölkerung" wären demnach ein "Verbrechen gegen die Menschheit", aber eben - wie Tomuschat folgert - kein Völkermord.

Tomuschat räumte 1992 allerdings zutreffend ein, daß durch die "Begleitumstände" eine Zwangsumsiedlungsaktion in eine dem Völkermord entsprechende "Qualität höchster Verabscheuungswürdigkeit hineinwachsen" kann sodann, das Kapitel abschließend:

"Die Greuel, welche die Vertreibung der Sudetendeutschen begleitet haben, sind so eindeutig belegt, daß man die Schlußfolgerung Ermacoras nicht gut in Zweifel ziehen kann. Das letzte Wort muß hier der Historiker sprechen." ...

(3) **Schlußfolgerung**

... Die von Tomuschat unterstützte rechtliche Ausgrenzung der Sudetendeutschen aus dem rechtlich relevanten Geschehen beruht letztlich auf einer nicht überzeugenden Differenzierung zwischen schlimmen und noch schlimmeren Völkerrechtverstößen. Diese Differenzierung muß bei den Opfern eine erneute Diskussion über die Schrecken der Vertreibung auslösen: Auch hieran kann den um Aussöhnung bemühten Staaten nicht gelegen sein. ...

2. Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland

Im Gegensatz zur untergegangenen DDR hat die Bundesrepublik Deutschland ausnahmslos die Vertreibung von mehr als 14 Millionen als völkerrechtliches Unrecht gebrandmarkt ...

a) Staatenpraxis

In den begleitenden Briefwechsel zu den Nachbarschafts- bzw. Partnerschaftsverträgen mit Polen, Ungarn und der frühen Tschechoslowakei hält die Bundesregierung ausdrücklich daran fest, daß die eigentumsrechtlichen Fragen von diesen Verträgen nicht berührt werden. ...

3. Der Wiedergutmachungsanspruch

Die Vertreibung der Deutschen ist weiterhin eine ungelöste Frage des Völkerrechts.

a) Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen

Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen werden im wesentlichen 4 Argumente vorgetragen:

- die "debellatio", also der völlige Untergang Deutschlands durch die Kriegereignisse im Jahre 1945 und damit die - angebliche - völlige Freizeichnung der Siegermächte von der Einhaltung des Völkerrechts
- die Deutung des Potsdamer Abkommens als Umsiedlungsvertrag
- die Deutung der Vertreibung als Repressalie für die deutscherseits vorgenommenen Vertreibungs- und Deportationsmaßnahmen
- die Kollektivhaftung und Bestrafung des deutschen Volkes.

Keines der genannten Argumente ist stichhaltig:

(1) Debellatio (völlige Vernichtung der Staatsgewalt)

Aus der Berliner Erklärung vom 5.6.1945 ergibt sich eindeutig, daß Deutschland nach dem Willen der Siegermächte als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte. Eine "debellatio" (völliger Untergang des Staates) wäre ihrerseits ein Völkerrechtsdelikt gewesen, daß der Besatzungsmacht keine weitergehenden Rechte vermittelt hätte. Auf alle Fälle wäre der Bevölkerung gegenüber ein menschenrechtlicher Minimumstandard einzuhalten gewesen, der das Vertriebungsverbot mit einschließt.

(2) Potsdamer Abkommen als Umsiedlungsvertrag

Das Potsdamer Abkommen ist kein Umsiedlungsvertrag. Es fehlt nicht nur die Einwilligung des betreffenden Staates, sondern auch die Zustimmung der umzusiedelnden Bevölkerungsteile. Seinem Wortlaut nach nimmt Art. XIII des "Abschlußberichts der Dreimächte-Konferenz" von der Tatsache der Massenausweisung nur Kenntnis und fordert deren humane Durchführung.

(3) Recht auf Repressalien

Die Kriegsrepressalie (Vergeltungsmaßnahme) darf nicht mit Rache an Unschuldigen verwechselt werden. Auch im Kriegsvölkerrecht ist der menschenrechtliche Minimumstandard (und damit das Vertriebungsverbot) der Repressalie entzogen. Im übrigen war mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht jeder Rechtsgrund für die Durchführung einer Kriegsrepressalie entfallen.

(4) Kollektivhaftung der Vertriebenen

Auch wenn Deutschland die alleinige Schuld am Zweiten Weltkrieg trifft, läßt sich damit nicht die Kollektivhaftung aller Deutschen im In- und Ausland begründen. Schuld ist stets individuell und persönlich. Bis zum gerichtlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.

b) Das Recht auf die Heimat

Die Vertreibung der Deutschen erfüllt nach wie vor den Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts. Die Vertreiberstaaten sind, da eine Verwirkung oder Verjährung zwischenzeitlich nicht eingetreten ist, nach wie vor zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(1) Das Prinzip der Naturalrestitution

Der völkerrechtliche Wiedergutmachungsanspruch verlangt mehr als nur Genugtuung im Sinne einer förmlichen Entschuldigung; er richtet sich zunächst auf die "Naturalrestitution", d.h. Rückführung der völkerrechtswidrig vertriebenen oder zwangsweise umgesiedelten Menschen zur alten Heimstätte und zu ihrem Besitz ("return to their homes and property"). Die Rückkehr hat freiwillig zu erfolgen. Der Heimatvertriebene, der seinen neuen Aufenthaltsort der alten Heimat vorzieht, hat Anspruch auf Schadensersatz in Geld.

(2) Kollidierende Heimatrechte

... Auch wenn die Rücksiedlung faktisch scheitern muß, bleiben alle vermögensrechtlichen Ansprüche auf privaten Besitz und Eigentum, die aus Anlaß der Vertreibung von den Vertreiberstaaten eingezogen wurden, erhalten.

(3) Freie Wahl zwischen Rückkehr und Entschädigung

... Auch im Falle der Begründung einer "neuen" Heimat im Aufenthaltsstaat bleiben alle in der alten Heimat konfiszierten Vermögenswerte ausgleichspflichtig. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>NATO hält an Osterweiterung fest

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose (nicht organisch bedingtes Nervenleiden) der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>... Und heute? ... (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "ausgewählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxe Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. März 1996: >>**Gegen Stalin gezielt**

Warum wurde die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen?

Die Antwort schien jahrzehntelang so klar zu sein, wie die Offiziellen sie nach dem Abwurf gegeben hatten. Die Bombe war die einzige Möglichkeit, den Krieg schnell zu beenden und das Leben von Millionen GIs zu retten. Doch seit 30 Jahren zweifeln Forscher daran, und 1990 sagte der Historiker der US-Atomenergiebehörde – ein Hort der Atomfreundlichkeit –, es habe Alternativen zur Bombe gegeben. Dennoch glaubt der Durchschnittsamerikaner noch heute an die alte Darstellung.

Vor allem dieser Unterschied zwischen den Fachleuten und der Öffentlichkeit brachte des US-Historiker Gar Alperovitz dazu, die Gründe für den Einsatz der Bombe zu klären ("Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe"). ...

Obwohl Alperovitz gerade auch auf die Unklarheiten und das Fehlen vieler Dokumente aufmerksam macht, kann an seiner Antwort auf die Frage nach den Gründen kein Zweifel beste-

hen. Präsident Harry S. Truman wollte den Krieg vor dem Kriegseintritt der Sowjetunion in Asien beenden und im politischen Poker um die spätere Ordnung der Welt, wie er sagte, die besseren Karten zu haben. Er wurde vor allem von seinem Außenminister James Byrnes beeinflusst ...

Truman und Byrnes ignorierten bewußt die seit Monaten ausgestreckten Friedensfühler der Japaner und gaben vor allem keine Sicherheitsgarantie für den als Gott verehrten Kaiser, deren Fehlen das Haupthindernis für die Kapitulation war. Denn die Bombe sollte auf jeden Fall eingesetzt werden, um Stalin Amerikas Macht zu demonstrieren.

Das ist der Hintergrund für die Frage, wie es zu der Legende von der Rettung amerikanischer Menschenleben kam. Sie entstand aus einem Zusammenspiel vieler Faktoren. Das Erlebnis des Kriegsendes kurz nach der Bombardierung Hiroshimas schuf in den Köpfen einen Zusammenhang.

Außerdem gab es eine spezielle Kampagne mit der Fakten verzerrt oder gar nicht erst an die Öffentlichkeit gelassen wurden. Dabei spielte Truman, der in den USA als Beispiel eines ehrlichen Politikers gilt, ebenso wie Byrnes eine wenig rühmliche Rolle. Die bei einer Invasion erwarteten Verluste wurden übertrieben; man sprach von Millionen Toten, während die höchste Schätzung der Militärführung, die fast geschlossen gegen den Abwurf war, von 46.000 ausgegangen war.

Auch wurde Hiroshima nicht wie Truman behauptete, wegen seiner militärischen Bedeutung ausgewählt, sondern weil es aufgrund seiner geringen militärischen Bedeutung sicher war, daß es bis August noch nicht durch konventionelle Bomben zerstört sein würde. Doch am erschreckendsten ist, daß bei der Auswahl des Zieles Wert darauf gelegt wurde, möglichst viele Zivilisten zu treffen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß Truman bis an sein Lebensende seine Entscheidung zu rechtfertigen suchte und selbst Leuten, die er kaum kannte, unaufgefordert seine Gründe darlegte – wenn auch nur die offizielle Version. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. April 1996: >>... Wie die Prager Tageszeitung "Pravo" am Mittwoch berichtete, einigten sich der stellvertretende tschechische Außenminister Alexander Vondra und die stärkste Oppositionspartei des Landes, die Sozialdemokraten (CSSD), daß eine moralische Verurteilung des Exzesses bei der sogenannten "wildem" Vertreibung der sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei kurz nach Kriegsende möglich sei. ...

"Pravo" zitierte den außenpolitischen Sprecher der CSSD, Jan Kavan, wonach in der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung gesagt werden solle, daß die Vergangenheit abgeschlossen sei. ... Zudem sollte in der Deklaration stehen, daß es während des Krieges von deutscher Seite aus zum Versuch des Völkermordes an der tschechischen Bevölkerung gekommen sei.

In diesen Kontext sollten auch die Übergriffe eingereiht werden, zu denen es in der Tschechoslowakei im Jahre 1945 gekommen war und auf die die deutsche Seite verweise. "Es ist möglich, sich vom ethischen, moralischen Standpunkt aus von den Exzessen des wilden Abschlusses zu distanzieren, die auf ihre Weise Unrecht waren", sagte Kavan. Keinesfalls bedeute dies aber eine Distanzierung von der Aussiedlung der Deutschen an sich.

Nach Kriegsende hatte in der damaligen Tschechoslowakei eine Welle der Gewalt gegen die im Land lebende deutsche Bevölkerung eingesetzt, denen Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen waren. Später mußten mehr als drei Millionen Sudetendeutsche die Tschechoslowakei verlassen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. Die Beschwerdeführer hatten daraus geschlossen, daß das Bundesverfassungsgericht 1991 von falschen Tatsachen ausgegangen sei.

Aus den Äußerungen Gorbatschows könne lediglich geschlossen werden, daß das Thema "auf den von ihm angesprochenen Ebenen" keine Rolle gespielt habe. Sie widerlegten jedoch nicht die Darstellung des damaligen Bonner Staatssekretärs Kastrup, daß die Unumkehrbarkeit der Bodenreform von der Sowjetunion im Verlauf der Verhandlungen zu einer Bedingung für die deutsche Einheit gemacht wurde.

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 10. Mai 1996 über die Bodenreform in der SBZ: >>... Es war eine dunkle Stunde für die Rechtsstaatlichkeit, als 1990 im Einigungsvertrag die Unumkehrbarkeit der SBZ-Enteignungen festgeschrieben wurde. Allen Beteiligten - wenigstens auf westlicher Seite - war klar, daß man hier leider Unrechtstaten nachträglich ins Gewand des Rechts gehüllt hat. ...

Die Bodenreform-Opfer gehören ohne Frage zu den Verlierern der deutschen Geschichte. Vor allem aus formalen Gründen gerieten sie im Wiedervereinigungsprozeß abermals unter die Räder. Daß die Bodenreform nur "Junker und Kriegsverbrecher" traf, ist eine Legende: Unzählige Unschuldige wurden von Bauernhöfen und Werkstätten vertrieben und mißhandelt; betroffen war jeder, der der neuen Diktatur im Wege stand - auch Leute aus dem Widerstand gegen Hitler.

Sie alle, die jetzt endgültig die Hoffnung auf Rückgabe fahren lassen müssen, werden die Welt nicht mehr verstehen. Es mag sie trösten, daß Millionen andere Deutsche noch größere Opfer bringen mußten - nicht nur solche, die nach D-Mark oder Hektar zu bemessen wären.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Mai 1996 über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz und Erfurt: >>**Schlesier fordern Niederlassungsfreiheit**

Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden.

Der Bundesvorsitzende der Schlesischen Landsmannschaften, Herbert Hupka, erklärte am Sonnabend in Görlitz, zuvor müßten offene Fragen geklärt werden. Dazu gehörten Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und das Recht auf Heimat. Die Vertreibung von Millionen Deutscher bleibe ein Verbrechen, für das die Verantwortlichen bestraft werden sollten.

Auch der Bund der Vertriebenen forderte bei einem Schlesiertreffen in Erfurt vor rund 1.500 Teilnehmern, Polen und Tschechien die eine Mitgliedschaft in die EU anstrebten, sollten zuvor das Unrecht der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg anerkennen und sich für ein Überwinden der Folgen einsetzen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Mai 1996 über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>**Prag entrüstet über Theo Waigel ...**

Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel.

Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. Zudem verlangten sie, die Vertriebenen an den Gesprächen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zu beteiligen, der EU-Beitritt sei "nicht um jeden Preis zu haben".

Als Vertreter des Bundeskanzlers erklärte Postminister Wolfgang Böttcher (CSU), Prag und Bonn hätten bei der Formulierung einer gemeinsamen Erklärung in der Vermögensfrage und in Sachen Unrecht an den sudetendeutschen noch keine Lösung gefunden. Die Integration in Europa setze voraus, "daß die Tschechische Republik die europäische Werte- und Rechtskultur ohne Wenn und Aber anerkennt."

Waigel verlangte: "Bekennen Sie sich zu den Verbrechen, die Tschechen an Deutschen begangen haben!"

Ein Wort des Bedauerns wäre gleichzeitig ein weiteres Stück Annäherung der Tschechischen Republik an den europäischen Standard.

Klaus sagte dazu, er sei nicht bereit, solche Äußerungen von einem Repräsentanten der Bundesregierung anzuhören. "Und ich bin sehr überrascht, daß von uns jemand will, daß wir über den Zweiten Weltkrieg mit Bedauern sprechen sollen. Ich habe das Gefühl, daß gerade die deutsche Seite über dieses ganze Ereignis in sehr leisem Flüsterton sprechen sollte", erklärte Klaus auf einer Wahlkampfkundgebung.

Die SPD kritisierte die Äußerungen Stoibers als "Rückschlag" für die deutsch-tschechischen Beziehungen. "Die CSU-Führung macht sich ausschließlich die rückwärtsgewandten Forderungen eines Teils der Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaften zu eigen", meinte der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Verheugen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Mai 1996: >>... Zwischen den Koalitionspartnern FDP und CSU ist ein heftiger Streit um das künftige deutsch-tschechische Verhältnis und die Vertriebenenpolitik entbrannt. ...

Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Stoiber hatten am Vortag davor gewarnt, die deutsch-tschechische Regierungserklärung zur Aussöhnung zu verabschieden, ohne auf die Belange der Vertriebenen Rücksicht zu nehmen. Als Voraussetzung müsse Prag direkte Gespräche mit den Sudetendeutschen aufnehmen, Vertreibung als Unrecht verurteilen und das Heimatrecht der Vertriebenen anerkennen.

Die Äußerungen waren beim tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus auf heftigen Protest gestoßen. ...

Die FDP-Fraktion distanzierte sich am Nachmittag aber auch von Äußerungen ihres Abgeordneten Jürgen Koppelin. Er hatte Stoibers und Waigels Äußerungen als "unverantwortlich" und "Rückfall in den Kalten Krieg und Revanchismus" bezeichnet.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über das Heimatrecht der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... HEIMATRECHT IST MENSCHENRECHT. ...

Bekenntnis zur Heimat ist kein Chauvinismus, es ist eins der fundamentalsten Menschenrechte, die den Genuß von anderen Menschenrechten erst ermöglichen. Denn, wie Sie wissen, können die Menschenrechte nicht im Leerraum ausgeübt werden, sondern sie werden vornehmlich dort ausgeübt, wo man zu Hause ist, wo man geboren und aufgewachsen ist.

Oft zitiere ich die Worte des ersten UNO-Hochkommissars für Menschenrechte Jose Ayala Lasso in der Paulskirche zu Frankfurt anlässlich der Feierstunde vom 28. Mai 1995, "Fünfzig Jahre Vertreibung": "Das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht".

Leider ist diese klare Norm des Völkerrechtes nicht mit ihrer Verwirklichung identisch.

Die Menschenrechte, das allgemeine Völkerrecht, sogar auch das nationale Recht werden oft

nicht verwirklicht. Manchmal werden sie grob verletzt bei völliger Straffreiheit der Täter." ... Dies bedeutet aber nicht, daß die Normen nicht existieren, daß das Recht belanglos ist. Es vergegenwärtigt nur die Tatsache, daß die Umsetzungsmechanismen verbesserungsbedürftig sind.

Auch die Vereinten Nationen können das Völkerrecht oft gar nicht durchsetzen. ...

"Vertreibungen und sog. ethnische Säuberungen sind leider keine Seltenheit. ...

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal Ayala Lasso zitieren: "In bin der Auffassung, daß hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären.

Nach dem furchtbaren Leiden des Zweiten Weltkrieges, ...nach dem Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, nach der Zerstörung Warschaws, Lübecks, Hamburgs, Dresdens, Königsbergs, Danzigs, Hiroshima und Nagasaki, nach der Vertreibung der Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen, hätten wir vielleicht erhofft, ein Ende des Völkermords und der Vertreibungen in der Welt zu sehen. Jedoch nein. Leider haben wir nach dem zweiten Weltkrieg noch das Elend von Kambodscha, von Ruanda, von Darfur erlebt." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Mai 1996 über eine Tagung in der Loccumer Akademie: **Der deutsche "Moff", ein Klischee in den Augen vieler Niederländer**

Tagung in Loccum fragte: Warum es Deutsche und Holländer schwer miteinander haben

Der "Moff" ist fett. Er ißt gern, trinkt gern, ist laut und schrill, und wenn er nicht gerade mit blanker Brust am Strand Sandburgen baut, dann trägt er Stiefel.

Der "Moff" - das ist der Deutsche, so wie ihn viele Holländer sehen. Ein Klischee, das unentwegt durch Filme, Fernsehen und Werbung geistert. Warum sich Deutsche und Holländer so schwer miteinander tun, das wollten Teilnehmer einer Tagung in der Loccumer Akademie wissen.

Vor allem Jugendliche lassen sich von den Vorurteilen gegen Deutsche anstecken, berichtet Carola Boumer-Siebert, die seit 20 Jahren mit einem Holländer verheiratet ist und in Alkmaar lebt. Auf den Schulen bekommen deutsche Kinder von ihren zehn- bis 15jährigen niederländischen Kameraden schon mal Klassenkeile. Autos mit deutschen Nummernschildern werden mit Hakenkreuzen besprüht. Im Grenzgebiet sind Schulklassen aus Deutschland, die zu Besuch ins Nachbarland reisten, von jungen Holländern verprügelt worden: "Kein Einzelfall", so die Frau.

Warum ausgerechnet Jugendliche? Die Schüler erhalten einen einseitigen Geschichtsunterricht, meint Professor Herman de Lange, Politikwissenschaftler an der Universität Groningen: "Gleich nach Karl dem Großen kommt der Einmarsch der Deutschen in die Niederlande 1940."

Andere Deutschlandbilder würden kaum vermittelt. Ein Deutscher ist ein Nazi: Das ist die Gleichung, die viele junge Holländer aufsaugen. Sie setzt sich in der Freizeit nahtlos fort: "Die sehen sich englischsprachige Filme über den Zweiten Weltkrieg an. Einen nach dem anderen." Darin sind die Nazi-Deutschen stets die Dummen. ...

Holländer trügen noch das Bewußtsein in sich, sie lebten im goldenen Zeitalter, analysiert Professor de Lange. Das war von 1650 bis 1750. Holland blühte, war ein wirtschaftlicher Motor Europas. War eine Weltmacht mit Kolonien in Übersee und hatte eine reiche Kultur. Das protestantisch-calvinistische Weltbild, bis heute tief im Bewußtsein verankert, passe da genau: Wohlstand als sichtbares Zeichen göttlichen Segens.

Dann braute sich im Osten etwas zusammen: Preußen erwachte, baute im nahegelegenen Ruhrgebiet Industrie auf und zog im Wohlstand an den Holländern vorbei. Die reagierten nei-

disch.

Der Nachbar bekam Angst, fühlte sich in die Enge gedrängt. Dann marschierte Hitler ein und steigerte die Ängste ins Unermeßliche. "Ein Trauma", so Carola Boumer-Siebert.

Was kann man tun, um das Verhältnis zu entkrampfen? In beiden Ländern Sprachkenntnisse fördern, damit sich Deutsche und Holländer verstehen, rät Professor de Lange: ... "Geschichte", sagt er, "ist so explosiv wie eine Atombombe. Sie kann noch nach Jahrzehnten hochgehen." <<

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schrieb in der Zeitschrift "Deutschland und seine Nachbarn – Forum für Kultur und Politik" im Mai 1996 über die Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibungen und die entschädigungslosen Enteignungen in der Tschechoslowakei (x151/5-41): >>**A. Vertreibung der Sudetendeutschen**

In einer Vorlesung an der Universität Manchester im Jahre 1942 trug der Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung Eduard Benesch vor, daß Umsiedlungen eine schmerzhaft Operation und zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten führten. Die Verfasser einer Friedensregelung könnten sich aber dann damit einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert würden. Am 7. Juli 1942 wurde Benesch vom britischen Außenminister Anthony Eden informiert, daß "seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlung einverstanden" seien.

Kurz darauf unterrichtete man Benesch von einem Beschluß des britischen Kabinetts, wonach man keine Einwände gegen die Umsiedlung der Sudetendeutschen erheben werde. Es war dies die erste offizielle Zustimmung zum Plan, das Volk der Sudetendeutschen zu entwurzeln. Dieser ersten Zustimmung folgten im Sommer 1943 die Zustimmungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Bei seiner Rückkehr aus Moskau im Februar 1944 erklärte Benesch dem Staatsrat im Exil: "Die Revolution muß gewalttätig sein. Es muß eine gewalttätige Abrechnung des Volkes mit den Deutschen und faschistischen Raubmördern sein, ein blutiger, mitleidloser Kampf."

General Ingr, der Befehlshaber der tschechoslowakischen Streitkräfte im Ausland, forderte seine Landsleute auf: "Wenn der Tag kommt, so wird die ganze Nation den alten und hussitischen Schlachtruf anwenden: 'Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!' Jeder soll schon jetzt Umschau halten nach geeigneten Waffen, um den Deutschen das größte Leid anzutun. Wenn keine Feuerwaffen zur Hand sind, so sollte irgendeine andere Waffe, die schneidet, sticht oder zuschlägt, vorbereitet oder versteckt werden."

Später schrieb Edward Benesch: "Wenn eine Lösung des Minderheitenproblems auf irgendeine andere Weise nicht möglich ist, bin ich auf die harte Notwendigkeit der Bevölkerungsumsiedlung vorbereitet. ... Solche Umsiedlungen können viele Härten und Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Doch ich bin verpflichtet zu sagen, das wird der Mühe wert sein können, wenn sie helfen, dauerhafteres Gleichgewicht und den Frieden zu schaffen."

Im Zehn-Punkte-Plan von Benesch aus dem Jahre 1944 wurde in Punkt 6 aufgeführt, welche Bürger deutscher Nationalität nach Deutschlands Niederlage aus der Republik ausgewiesen werden sollen. Dazu gehörten nicht nur Mitglieder der Gestapo, der SS, der deutschen Polizei, Beamte deutscher Nationalität, Henlein-Funktionäre, Mitglieder der Hitlerjugend und führende Funktionäre aller anderen Organisationen der NSDAP, sondern auch Lehrer, Professoren, Juristen, Ingenieure, Teilnehmer am Vereins- und politischen Leben nazistischer Fachorganisationen, schließlich "alle Deutschen, die aus der Besetzung der Tschechoslowakei wirtschaftlich und finanziell für sich einen Nutzen gezogen haben oder dies versucht haben."

Das sog. Kaschauer Programm, das Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, das auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945 angenommen wurde, kündete bereits die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und deren Enteignung an. Die Enteignung der Deutschen wurde dann in zahlreichen

Dekreten des Präsidenten der Republik der Republik angeordnet.

Die Erinnerung an den Terror der Gestapo gab am 5. Mai 1945 bei einem Aufstand in Prag Anlaß zu Racheaktionen und Greueln gegen deutsche Soldaten und die deutsche Zivilbevölkerung. Einer bewaffneten Gruppe von Tschechen gelang es, den Sender Prag II in Besitz zu nehmen. Von dort aus forderten die Aufständischen die tschechische Bevölkerung auf, die Deutschen zu töten.

Die Menschenmassen gerieten, das nahe Ende des Krieges vor Augen, in Raserei, und es folgten grausame Morde an der deutschen Bevölkerung. Deutsche Soldaten wurden entwaffnet, erhängt, mit Benzin übergossen und als lebende Fackeln verbrannt. Deutsche Zivilisten wurden verhaftet, mißhandelt und geschändet. Einige tausend Menschen wurden getötet.

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 begann die gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren. Am 30. Mai 1945 wurden etwa 30.000 deutsche Bewohner der Stadt Brünn gezwungen, das Land zu verlassen. Angehörige der tschechischen Nationalgarde riefen alle deutschen Bürger auf, um 9 Uhr vor ihren Häusern zu stehen, um diese für immer zu verlassen. Den Frauen blieben 10 Minuten, die Kinder zu wecken und sie anzuziehen und ein paar Habseligkeiten zusammenzupacken, Schmuck, Uhren, Pelze und Geld mußten die Deutschen den Nationalgardisten übergeben.

Als die Menschen die Grenze erreichten, drängten tschechische Grenzschutzleute die deutschen Frauen und Kinder den österreichischen Grenzschutz entgegen. Da sich die Österreicher weigerten, die Sudetendeutschen ins Land zu lassen und die Tschechen die Menschen nicht wiederaufnehmen wollten, wurden die Deutschen auf ein offenes Feld getrieben, das zu einem Konzentrationslager gemacht wurde, in dem täglich nahezu hundert Menschen starben.

Der Teil der Tschechoslowakei östlich der Linie Karlsbad – Pilsen – Budweis war durch die sowjetische Armee besetzt. In diesem Gebiet erfolgten brutale Überfälle auf die deutsche Bevölkerung. So durften die Deutschen aus diesen Gebieten bereits vertrieben werden, bevor die Potsdamer Konferenz Zwangsumsiedlungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gleichsam billigte. In den ersten Monaten nach Kriegsende waren die Deutschen den Verbrechen und Schikanen der tschechischen Bevölkerung schutzlos ausgeliefert.

Die Bewohner des Sudetenlands mußten damit für die Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die von den Angehörigen der SS am tschechischen Volk verübt wurden, büßen, obwohl die sudetendeutschen und die Tschechen Jahrhunderte harmonisch zusammengelebt hatten, wie selbst der britische Außenminister Ernest Bevin feststellte.

Lediglich seit dem Vertrag von Saint Germain war das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen gespannt, weil der deutschen Bevölkerung, die nun nicht mehr in dem von den Deutschen beherrschten Staat Österreich-Ungarn lebte, im Staat Tschechoslowakei Rechte vorenthalten wurden.

Insgesamt wurden aus der Tschechoslowakei etwa 3 Millionen Sudetendeutsche vertrieben, wobei über 225.000 ums Leben kamen, teilweise wurden sie vorher gefoltert. Nach Ermittlungen des Deutschen Roten Kreuzes waren 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit in Lagern oder Gefängnissen interniert. Etwa 25.000 deutsche Kriegsgefangene wurden als Arbeitssklaven gehalten und teilweise im Bergbau eingesetzt, wo ein Viertel auch ums Leben kam.

Die Verhältnisse im Lager Theresienstadt und die Behandlung der Inhaftierten wurden folgendermaßen geschildert:

"Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...? Der Satz klingt erschreckend bekannt. Man hatte bloß das Wort Juden mit 'Deutsche' vertauscht. ...

Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen,

als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. ... Das Lager stand unter tschechischer Verwaltung, doch wurde von dieser nicht verhindert, daß Russen gefangene Frauen vergewaltigten."

Schließlich seien über 50.000 deutsche Soldaten von tschechoslowakischen "Partisanen" "unschädlich gemacht" worden.

Das von ihnen zurückgelassene Vermögen beläuft sich nach Angaben von Ermacora im Jahre 1945 auf 63 Milliarden Reichsmark nach dem Wert von 1938.

Im Jahre 1939 besetzten deutsche Truppen tschechoslowakisches Gebiet. Am 16. März 1939 wurde das "Protektorat Böhmen und Mähren" ausgerufen. Dies rechtfertigt zwar nicht die Vertreibung und Enteignung der Deutschen, darf aber nicht unerwähnt bleiben. Erwähnt werden muß auch, daß die Sudetendeutschen nicht erst 1938 angesiedelt wurden, sondern seit Jahrhunderten in ihren angestammten Siedlungsräumen lebten, lange bevor die Tschechoslowakei entstand, in einem Gebiet, das Jahrhunderte zum deutschen Staat und Österreich gehörte.

B. Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibung und entschädigungsloser Enteignung

I. Vertreibung

1. Vorbemerkung

Man braucht sicherlich keine völkerrechtlichen Kenntnisse, um zu erkennen, daß die Vertreibung von Völkern und Volksgruppen Unrecht ist. Jeder Versuch, Vertreibung zu rechtfertigen, widerspräche unserem Rechtsgefühl, bedeutete eine Billigung der Vertreibung doch auch die Anerkennung von Gewaltpolitik, Rassenwahn, Menschenverachtung und Kollektivschuld. Das Bemühen eine internationale Friedensordnung aufzubauen, würde bereits im Keim erstickt.

Gelingt nun der Nachweis des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots, so wird eigentlich nur etwas Selbstverständliches bewiesen. Gleichwohl ist der Nachweis nicht einfach, da die Aussagen zum Problem der Vertreibung in der Völkerrechtspraxis und in der Völkerrechtswissenschaft spärlich sind.

Nicht auf Interessenlosigkeit oder Unmenschlichkeit beruht aber das lange Schweigen des Völkerrechts zur Vertreibung, sondern auf der Eigenart des Völkerrechts als ein Recht in erster Linie der Staaten und nicht der Menschen und der Völker. Das Völkerrecht kümmerte sich lange Zeit überhaupt nicht darum, wie ein Staat seine eigenen Staatsbürger, sein Volk und die auf seinem Staatsgebiet lebenden Volksgruppen behandelte.

Ein Verbot der Massenausweisung von eigenen Staatsangehörigen hätte also das Völkerrecht schon aus diesem formellen Grund nicht enthalten können. Lediglich der Fremden nahm sich das Völkerrecht seit jeher an, denn die Behandlung von Fremden war von internationalem Belang. Zur Ausweisung von Fremden äußerte sich daher das Völkerrecht stets.

Ein weiterer Grund, der dazu beiträgt, daß die Aussagen des Völkerrechts zur Vertreibung spärlich sind, liegt darin, daß dem klassischen Völkerrecht Vertreibungsprobleme von dem Ausmaß, wie sie in der jüngsten Zeitgeschichte aufgetreten sind, nahezu unbekannt waren. Das klassische Völkerrecht hatte deshalb für diese Vorgänge keine spezifischen Normen.

Es war geradezu selbstverständlich, daß der übernehmende Staat dem unterworfenen Gebiet sein Rechtssystem erst dann aufzwang, wenn die Gebietszession durch völkerrechtlichen Vertrag wirksam geworden war. In diesen Verträgen wurde dem weichenden Staat in der Regel auch die Gelegenheit gegeben, zum Vorteil seiner Angehörigen verschiedene Erleichterungen auszuhandeln.

Im übrigen beruhte das Völkerrecht auf dem Grundsatz der Achtung der elementaren Menschenrechte. so daß eine Vernichtung der Stammbevölkerung völlig undenkbar war. Es konnte sich daher das Völkerrecht darauf beschränken, sich nur mit den zweifelhaften Fragen der Gebietszession zu befassen. Es war selbstverständlich, daß der übernehmende Staat die Bevölke-

nung unangetastet lassen würde, sie ihrer Lebensgrundlagen nicht berauben, ihr mindestens die Möglichkeit geben würde, das Land mit seinen unerträglich gewordenen Existenzbedingungen frei zu verlassen. Im übrigen war das Recht auf Beibehaltung des Wohnsitzes im Recht sämtlicher Kulturstaaten grundsätzlich anerkannt. Dieses Recht auf Beibehaltung des Wohnsitzes erlosch auch nicht bei Souveränitätswechsel.

2. Begriff der Vertreibung

Allgemein versteht man unter Vertreibung die mit Gewalt oder sonstigen Zwangsmitteln bewirkte Aussiedlung der Bevölkerung aus ihrer Heimat. Charakteristisch für Vertreibung ist der behördliche Ausweisungsbefehl. Flucht liegt hingegen vor, wenn die angestammte Bevölkerung durch sonstiges Tun oder Unterlassen der örtlichen Machthaber gezwungen wird, ihre Heimat zu verlassen. Sie ist völkerrechtlich genauso zu würdigen wie die Vertreibung, wenn sie aufgrund staatlichen Drucks erfolgt.

3. Vertreibungsverbot

Die Frage, ob die Vertreibung von Menschen von ihrem Wohnsitz zulässig ist, ist bereits für die vierziger Jahre vom geltenden Völkerrecht ganz klar zu verneinen.

a. Recht auf Heimat

Das – allerdings bis zum heutigen Tage umstrittene - Recht auf die Heimat belegt die Rechtswidrigkeit von Vertreibungen. Auch das Bundesverfassungsgericht führte aus, daß sich der Begriff Heimat in Art. 3 III GG "auf die örtliche Herkunft nach Geburt oder Ansässigkeit" bezieht.

Die Vertreibung aus der Heimat ist rechtswidrig, weil sie die auf Völkergewohnheitsrecht beruhende, nur durch individuellen Abwanderungsentschluß aufhebbare Verbindung zwischen der Bevölkerung und dem angestammten Siedlungs- und Kulturraum zerreißt. Das Verbot der Vertreibung eigener Staatsangehöriger ergibt sich ferner daraus, daß kein Staat verpflichtet ist bzw. gezwungen werden kann, Nichtstaatsangehörige aufzunehmen. Das Recht auf die Heimat läßt sich auch mit dem im Völkerrecht anerkannten Verbot der Massenausweisung belegen.

Hinsichtlich des Inhalts des Rechts auf die Heimat lassen sich zwei Hauptforderungen unterscheiden: Die Träger des Rechts auf die Heimat haben das Recht, stets ungestört in der Heimat zu bleiben und jederzeit in die Heimat zurückzukehren. Das Recht, in der Heimat zu bleiben, brandmarkt jede Ausweisung. Zwangsumsiedlung aus Gründen der Diskriminierung und jede Vertreibung als völkerrechtswidrig. Das Recht, in die Heimat zurückzukehren bedeutet, daß die Träger nach einem Verlassen der Heimat - aus welchen Gründen auch immer, sei es freiwillig, sei es unter Zwang - jederzeit das Recht haben, in ihre angestammte Heimat zurückzukommen, um sich dort erneut anzusiedeln. ...

b. Haager Landkriegsordnung

Im Falle des Kriegszustands läßt sich das Vertreibungsverbot aus der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ableiten. ... So hat gemäß Art. 43 HLKO der Besetzende "nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten und zwar ... unter Beachtung der Landesgesetze".

Die öffentliche Ordnung unter Beachtung der Landesgesetze stellt man aber nicht wieder her, wenn man die eingesessene Bevölkerung vertreibt.

Neben Art. 46 und 47 HLKO, die die Rechte der Familie, das Leben und das Privateigentum schützen, spricht auch Art. 55 HLKO für den Geist, in welchem besetzte Gebiete verwaltet werden sollen. So hat sich der Besetzer "nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe", die sich im besetzten Gebiet befinden, zu betrachten.

Zu erwähnen ist schließlich auch die sog. Martens'sche Formel, die in Absatz 5 der Präambel zur HLKO Aufnahme gefunden hat. Danach verbleiben bei einer Besetzung "die Bevölkerung

und die Kriegsführenden unter dem Schutz und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts ...", wie sie sich "aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens" ergeben.

c. Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs

Das Vertreibungsverbot wurde auch als Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts in das Statut des Nürnberger Militärgerichtshofs aufgenommen. Art. 6 c) des Statuts des Nürnberger Militärgerichtshofs betrachtet Vertreibungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nach Art. 6 b) des Statuts sind Vertreibungen als Kriegsverbrechen zu qualifizieren. Den Äußerungen der Ankläger läßt sich entnehmen, daß ein Vertreibungsverbot nicht nur die Vertreibung aus einem besetzten Gebiet betraf. Dafür spricht insbesondere die Qualifizierung der Vertreibung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

So warf der Hilfsankläger für die Französische Republik, Pierre Mounier, den Angeklagten vor, Massendeportationen befohlen zu haben, die internationalen Konventionen, die Kriegsgesetze und -gebräuche, "die allgemeinen Grundsätze des Strafrechtes, wie sie sich aus den Strafgesetzen aller zivilisierten Nationen herleiten", verletzen.

Und als das Gericht im Einsatzgruppen-Prozeß die Angeklagten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilte, erklärte es, daß das Gesetz nicht auf die während des Krieges begangenen Verbrechen beschränkt sei. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind Handlungen, die im Laufe von großangelegten und systematischen Vergehen gegen Leben und Freiheit begangen werden."

Im Juristenprozeß stellte das Gericht fest, es könne nicht länger behauptet werden, daß Verletzungen der Gesetze und Gebräuche des Krieges die allein möglichen Verletzungen gegen das internationale Gewohnheitsrecht seien. "Die Macht der Umstände, die unumstößliche Tatsache weltweiter gegenseitiger Verflechtung und der moralische Druck der öffentlichen Meinung hat die internationale Erkenntnis zur Folge gehabt, daß gewisse Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... Verletzungen nicht bloß von Gesetzen, sondern auch des Gemeinen Völkerrechts darstellen. ..."

e. Zwischenergebnis

Es gibt also keinen Rechtssatz des Völkerrechts, der es einem Staat, dem Besatzerfunktionen zustehen oder dem in einem Vertrag die territoriale Souveränität oder die Gebietshoheit über ein Gebiet eingeräumt wurde, oder der ganz einfach seit jeher die territoriale Souveränität beansprucht, gestattet, die Bevölkerung zu verjagen.

Erst recht hat das Vertreibungsverbot im Falle einer völkerrechtswidrigen Annexion Gültigkeit.

4. Keine Rechtfertigung der Vertreibung

a. Potsdamer Abkommen

Der im Potsdamer Abkommen Abschnitt XIII über die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" kann nicht als Rechtfertigung der Vertreibung betrachtet werden. Unabhängig von der Frage der Rechtsnatur des Potsdamer Abkommens ist dem Abschnitt XIII kein Umsiedlungsvertrag zu entnehmen.

Ein solcher verlangt nämlich die Einigung zweier Staaten, von denen einer die Personen loswerden will oder bereit ist, sie ziehen zu lassen, der andere bereit ist, diese aufzunehmen. Deutschland und die Tschechoslowakei waren aber am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt, so daß sie schon deswegen nicht Partner eines Umsiedlungsvertrages sein konnten. Das Potsdamer Abkommen hatte auch nicht bezweckt, Austreibungen zu initiieren oder anzuordnen. Vielmehr mag es in der Absicht der Konferenzmächte gelegen haben, die bereits laufenden Vertreibungen zukünftig in humaner Weise durchzuführen.

Sollte man allerdings das Potsdamer Abkommen so verstehen, daß damit eine Vertreibung angewiesen werde, so wäre das Abkommen jedenfalls insoweit mit dem schon damals gelten-

den Völkerrecht nicht im Einklang.

b. "tu quoque"

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung läßt sich nicht mit den von den Nationalsozialisten durchgeführten Vertreibungsmaßnahmen rechtfertigen. Das Völkerrecht kennt nicht den Grundsatz "tu quoque".

c. Repressalie

Unter Repressalie versteht man ein vom Völkerrecht zugelassenes Mittel zur Selbsthilfe, kraft dessen eine von einem Völkerrechtssubjekt begangene Völkerrechtsverletzung mit Maßnahmen beantwortet werden darf, die an sich eben völkerrechtswidrig wären.

Das Völkerrecht erlaubt lediglich eine Repressalie, um den Rechtsbrecher zur Aufgabe seines rechtswidrigen Verhaltens zu veranlassen. Die deutschen Rechtsverletzungen gegenüber dem Tschechoslowakischen Staat waren aber 1945 bereits beendet, so daß eine Repressalie nicht mehr statthaft war. Auch fehlte es an dem erforderlichen Versuch, die Probleme friedlich zu lösen sowie an der notwendigen Androhung der Repressalie. Im Übrigen ist eine Verletzung von Leib und Leben, also auch eine Vertreibung mit schweren Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit, als Repressalie unzulässig.

5. Resümee

Es zeigt sich also, daß die Vertreibung - auch als Folge eines Krieges - völkerrechtswidrig ist. Völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe sind nicht denkbar.

II. Enteignung

1. Allgemein

Mit der Vertreibung eng verbunden ist in der Regel die Enteignung. Auch hier stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit einer Enteignung, der Haftung und der Wiedergutmachung der betroffenen Bevölkerungsteile.

Es gehört zu den Rechten des Souveräns, die Eigentumsverhältnisse in seinem Staatsgebiet grundsätzlich nach eigenem Ermessen zu ordnen. So kann er etwa auch Verstaatlichungen durchführen. Soweit diese Maßnahmen Inländer betreffen, sind diese grundsätzlich ohne völkerrechtlichen Belang, die Frage der Rechtmäßigkeit der Umgestaltung der Eigentumsordnung ist ein rein innerstaatliches Problem, so daß allein das nationale Recht des Staates über die Rechtmäßigkeit der Maßnahme entscheidet. Lediglich die international anerkannten fundamentalen Menschenrechte hat der Nachfolgestaat zu respektieren.

Betrifft die Änderung der Eigentumsordnung jedoch auch das Privatvermögen von Personen einer anderen Staatsangehörigkeit als die des enteignenden Staats, so ist diese Änderung auch von internationalem Belang und daher dem Maßstab des Völkerrechts unterworfen. Der Staat hat das völkerrechtliche Fremdenrecht und die fundamentalen Menschenrechte zu beachten.

2. Verbot der entschädigungslosen Enteignung

a. Völkerrechtliches Fremdenrecht

aa. Anwendbarkeit des völkerrechtlichen Fremdenrechts

Völkerrecht ist anzuwenden, wenn sich die Hoheitsakte gegen das Eigentum von Fremden richten. ...

... Die Sudetendeutschen waren ... zum Zeitpunkt der Enteignung und Vertreibung als deutsche Staatsangehörige zu betrachten.

bb. Zulässigkeit der Enteignung nach völkerrechtlichem Fremdenrecht

(1) Allgemein

Völkerrecht ist hier relevant, da die enteignenden Maßnahmen Ausländer betreffen. In bezug auf das Vermögen von Fremden gelten die Regeln des völkerrechtlichen Fremdenrechts, nach denen die gegenüber Ausländern bestehende völkerrechtliche Verpflichtung nicht allein durch eine Gleichbehandlung mit Inländern erfüllt werden kann, sondern darüber hinaus die Beachtung eines internationalen Mindeststandards erforderlich ist.

Ein prinzipielles Verbot der Enteignung von Ausländern besteht nicht. Der internationale Mindeststandard verlangt aber, daß die Enteignungen überwiegend im öffentlichen Interesse liegen, und verbietet diskriminierende, willkürliche Enteignungen sowie entschädigungslose Enteignungen, sog. Konfiskationen.

Für eine völkerrechtsgemäße Enteignung gilt also der Grundsatz der Entschädigungspflicht. Es ist an den Enteigneten eine "prompte, adäquate und effektive Entschädigung" zu zahlen. Diese sog. "Hull-Formel" geht davon aus, daß eine Entschädigung sofort, also unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung oder nur unwesentlich später zu zahlen ist. Adäquat ist sie nur dann, wenn sie den vollen Wert oder dem Marktwert des enteigneten Gegenstandes entspricht. ... Diese Regeln hatten auch schon im Jahre 1945 Bestand. So stammt die Hull-Formel aus dem Jahre 1938. Im übrigen hat sogar die Tschechoslowakei mit Österreich ein Globalentschädigungsabkommen geschlossen.

Als Ergebnis ist festzustellen, daß Enteignungen, die nicht im öffentlichen Interesse liegen, gegen das Diskriminierungsverbot und die Entschädigungspflicht verstoßen, dem völkerrechtlichen Fremdenrecht widersprechen und deshalb völkerrechtswidrig sind.

(2) Völkerrechtliche Zulässigkeit der Enteignung der Sudetendeutschen

... Völkerrechtswidrige Ziele dürfen jedoch mit den Enteignungsmaßnahmen nicht angestrebt werden. Da die Vertreibungsmaßnahmen durch die Tschechoslowakei völkerrechtswidrig waren, konnten die Enteignungsmaßnahmen nicht dem öffentlichen Nutzen dienen und waren schon deswegen völkerrechtswidrig.

b) Diskriminierungsverbot

... Die Enteignungen der Deutschen waren Teil der Vertreibungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung. Ziel der Politik war die "Lösung der Minderheitenfrage durch Vertreibung". Deshalb liegt hier im Bereich der Enteignungen eine Diskriminierung der Deutschen aus ethnischen Gründen vor. Sie sollten als Minderheit beseitigt werden. Die Aggression Deutschlands im Zweiten Weltkrieg rechtfertigt nach dem Völkerrecht keine Diskriminierung der deutschen Zivilbevölkerung durch Enteignungsmaßnahmen. Damit waren die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates, bejaht man das Kriterium des Diskriminierungsverbots, auch aus diesem Grund völkerrechtswidrig.

c) Entschädigung

(aa) Allgemein

Im innerstaatlichen Recht hatte sich im 19. Jahrhundert der Grundsatz durchgesetzt, daß der enteignende Staat bei einer Enteignung zur Entschädigung verpflichtet sei. Dieser allgemeine Rechtsgrundsatz gilt seitdem auch im Völkerrecht und wurde in der Praxis respektiert. So kamen insbesondere Ostblockstaaten nach dem Übergang zum sozialistischen System fast ausnahmslos der Verpflichtung, die betroffenen ausländischen Eigentümer zu entschädigen, in Globalentschädigungsabkommen nach.

Die Enteignungen der Deutschen erfolgten hingegen ohne jegliche Entschädigung der Betroffenen. Die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates waren damit auch wegen fehlender Entschädigungsleistung mit den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar.

(bb) Lastenausgleichszahlungen als Rechtfertigung ...

Die Gewährung von Lastenausgleichszahlungen durch die Bundesrepublik Deutschland kann von der Tschechoslowakei natürlich nicht als Rechtfertigung herangezogen werden, um keine Entschädigungszahlungen zu leisten. Der Lastenausgleich diente der Eingliederung der Vertriebenen durch gezielte Maßnahmen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Die Entschädigungsleistungen sollten einen vorläufigen Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgelasten zwischen den Opfern der Vertreibung und den nicht so schwer betroffenen Bevölkerungsteilen schaffen.

Bereits die Präambel des Gesetzes zum Lastenausgleich akzentuiert, daß die Gewährung und Aufnahme von Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren, noch den Verzicht auf Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens darstellen. Die Leistungen aus dem Lastenausgleich sollten also keinesfalls den tschechoslowakischen Staat begünstigen und von Ansprüchen freistellen.

b. Verletzung von Menschenrechten

Während gewöhnliche Enteignungen nur auf die Eigentumsbeschaffung zielen und regelmäßig nicht Menschenrechte verletzen oder gar in die Menschenwürde eingreifen, sind die Menschenrechte in der Regel dann verletzt, wenn es zu Verfolgungen und zu Ächtungen kommt. So bezwecken Enteignungsmaßnahmen gegenüber Minderheiten und Volksgruppen häufig nicht nur die Eigentumsverschaffung. Vielmehr will der enteignende Staat die Bevölkerungsgruppe zugleich diskriminieren und vertreiben, um ein national homogenes Staatswesen zu schaffen. Aus diesem Grunde vollzogene Enteignungen beinhalten daher erhebliche Menschenrechtsverletzungen.

Werden also Menschen gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit oder Volksgruppe von den Enteignungen betroffen und mit dem Mittel der Vertreibung verfolgt – sind die Konfiskationen also nicht in erster Linie sachbezogen, sondern gruppenbezogen –, so stellen sie eine erhebliche menschenrechtswidrige Diskriminierung der Bevölkerung wegen ihrer nationalen Herkunft dar. Eine völkerrechtliche Verankerung eines solchen fundamentalen Menschenrechts wird man bereits für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nachweisen können.

Die Enteignungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staats widersprachen auch den Menschenrechten. Geht man davon aus, daß das Eigentum in den vierziger Jahren nicht als Menschenrecht anerkannt war, liegt jedenfalls kein Verstoß gegen das Recht auf Eigentum vor. Es ist aber eine menschenrechtswidrige Diskriminierung der Deutschen zu bejahen, da die Enteignungs- und Vertreibungsmaßnahmen die Bevölkerung wegen ihrer nationalen Herkunft trafen. Die Enteignungsmaßnahmen dienten nicht lediglich der Eigentumsbeschaffung, sondern sollten die deutsche Bevölkerung diskriminieren.

c. Tschechoslowakische Rechtfertigungsversuche

aa. Kriegsbeute

Die Tschechoslowakei trägt zur Rechtfertigung der Konfiskationen vor, daß es sich bei dem Eigentum der Flüchtlinge um Kriegsbeute gehandelt habe, die entschädigungslos kassiert werden können.

Dieser Rechtfertigungsgrund greift nicht. Es handelt sich beim Kriegsbeuterecht um ein Institut des Kriegsvölkerrechts vergangener Jahrhunderte. Nach der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg geltenden Haager Landkriegsordnung hat privates Eigentum im Landkrieg grundsätzlich unberührt zu bleiben. Es besteht daran kein Beuterecht. Diese Bestimmung hat auch völkergewohnheitsrechtliche Geltung. Das Verbot galt auch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 7. und 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war.

bb. Potsdamer Abkommen

Die Tschechoslowakei beruft sich zur Rechtfertigung der entschädigungslosen Enteignungen auch auf das Potsdamer Abkommen. Zum einen konnte das Potsdamer Abkommen als "res inter alios gesta" für die Tschechoslowakei und Deutschland keine Bindungswirkung erzeugen. Es galten somit die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung fort. Zum anderen trifft das Potsdamer Abkommen weder in Abschnitt XIII, der die Vertreibungsmaßnahmen anspricht, noch in Abschnitt IV, der die von Deutschland zu erbringenden Reparationen behandelt, eine Regelung zu vermögensrechtlichen Folgen der Vertreibung.

cc. Repressalie

Die völkerrechtswidrige Enteignung der Sudetendeutschen kann nicht mit einer Repressalie gerechtfertigt werden. Es fehlt am Bemühen, eventuelle Forderungen auf andere Weise geltend zu machen sowie an der Androhung. Ferner ist eine Repressalienmaßnahme nicht als Faustpfand zur Durchsetzung von Ansprüchen statthaft. Schließlich wollte man mit den Enteignungsmaßnahmen kein Faustpfand erlangen, sondern die Deutschen verjagen. Wollte man wirklich mit der Enteignung sich eigene Entschädigungsansprüche sichern, hätte die Tschechoslowakei im übrigen nicht auf das Vermögen deutscher Privatpersonen zurückgreifen dürfen.

d. Völkerrechtlich Konsequenzen

Die Tschechoslowakei hat völkerrechtswidrig gehandelt und konnte durch seine Enteignungsmaßnahmen nicht Privateigentum seiner Bürger an sich reißen. Die von den deutschen Staatsangehörigen im Sudetenland zurückgelassenen Eigentumsprojekte befinden sich also nach dem Völkerrecht weiterhin im Eigentum dieser Personen.

e. Bedeutung der Völkerrechtswidrigkeit in einer fremden nationalen Rechtsordnung

... Folge einer Vertreibung ist, daß die vertriebene Bevölkerung den größten Teil ihres Eigentums in der alten Heimat zurücklassen muß. Vertreibung und Enteignung können damit als ein Akt gewertet werden. Auch die Vertreibung der Sudetendeutschen hatte deren Enteignung zum Ziele und umgekehrt die Enteignung die Vertreibung. Beide Maßnahmen wurden auch durch dieselben hoheitlichen Maßnahmen angeordnet.

Es liegt folglich ein völkerrechtliches Verbrechen vor, dessen Folgen nach dieser Ansicht von Drittstaaten nicht anerkannt werden dürfen. Auf die Frage, ob auch Völkermord und damit zweifelsohne eine international crime vorlag, kommt es damit gar nicht an; auch nicht auf das Problem; daß die Völkermordkonvention zur Zeit der Vertreibung noch nicht in Kraft war.

Tomuschat verneint für den Fall der Vertreibung der Sudetendeutschen ein international crime mit der Begründung, daß jedenfalls seit dem 8. Mai 1945 die Tschechoslowakei in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 wieder existierte. Vertreibung und Konfiskation hätten also auf dem eigenen Boden der Tschechoslowakei stattgefunden.

Da der Abschnitt des Nürnberger Urteils über "Plünderung öffentlichen und privaten Eigentums" aber rechtlich unter dem Vorzeichen der Art. 49 ff. der Haager Landkriegsordnung stünde, wonach die Befugnisse einer Besatzungsmacht im besetzten Land weitreichenden Einschränkungen unterlägen, gäben diese Regeln für die im eigenen Land durchgeführte Taten nichts her. Diese Ansicht hätte aber die Konsequenz, daß ein Staat seine eigene Bevölkerung vertreiben könnte, ohne ein international crime zu begehen. Heute insbesondere angesichts jüngster Ereignisse, mag dies nicht mehr vertretbar sein. Bei der Vertreibung der Sudetendeutschen kommt es aber auf die Zeit nach 1945 an.

Zum einen ist bei der auch von den Westmächten vertretenen Gültigkeit des Münchner Abkommens durchaus zweifelhaft, ob es sich bei den sudetendeutschen Gebieten tatsächlich bereits wieder um tschechoslowakisches Gebiet handelte. Durch welchen Akt sollte denn die territoriale Souveränität auf die Tschechoslowakei übertragen worden sein?

Man wird jedoch auch eine - erst recht aus diskriminierenden Gründen erfolgende - Vertreibung der Wohnbevölkerung, unabhängig davon, ob es sich um eigene oder fremde Staatsangehörige handelt, und die damit zusammenhängende Enteignung als Verletzung fundamentaler Grundsätze der Menschlichkeit und der unternationalen Gemeinschaft betrachten müssen.

Die Tatsache, daß die Vertreibungsmaßnahme nicht Menschen in okkupierten Gebieten, sondern die eigene Wohnbevölkerung betrifft, wird man nicht als weniger gravierend qualifizieren können.

Auch den Nürnberger Prozessen ist keineswegs zu entnehmen, daß lediglich eine Vertreibung durch den Besatzer als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu betrachten sei, vielmehr je-

denfalls auch diese. Und in der Tat war die Vertreibung der Menschen von ihrem Grund und Boden seit jeher geächtet. ...

(1) Art. 25 GG

Durch Art. 25 GG erlangen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts eine unmittelbare innerstaatliche Wirkung. Art. 25 GG verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland, sich nicht völkerrechtswidrig zu verhalten. Die Bestimmung trifft aber keine Aussage darüber, wie sich die Bundesrepublik gegenüber völkerrechtswidrigem Handeln anderer Staaten verhalten soll. Etwas anderes gilt jedoch bei ius cogens (zwingendem Recht), aber auch bei völkerrechtlichen Verbrechen kann anderes gelten. Die Beachtung eines dem ius cogens widersprechenden ausländischen Rechtssatzes ist untersagt. Der Staat, der ius cogens verstoßende Rechtsakte anderer Staaten respektiert, würde selbst gegen ius cogens verstoßen.

Nun verstoßen allerdings entschädigungslose Enteignungen für sich nicht gegen ius cogens. Da aber eine menschenrechtswidrige Diskriminierung der Deutschen verbunden mit Vertreibungsmaßnahmen zu bejahen ist, ist eine Verletzung von ius cogens zu bejahen. soweit ein Verstoß gegen ius cogens vorliegt, dürfen deutsche Behörden und Gerichte gemäß Art. 25 GG die entsprechenden tschechoslowakischen Hoheitsakte nicht anerkennen.

Wie oben ausgeführt ist auch das Vorliegen eines völkerrechtlichen Verbrechens zu bejahen. Auch diese Tatsache verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Nichtanerkennung der Vertreibungs- und Enteignungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staates.

(2) Art. 6 EGBGB

Die Völkerrechtswidrigkeit ausländischer Hoheitsakte ist auch im Rahmen des Art. 6 EGBGB zu berücksichtigen. Zu den "wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts" im Sinne von Art. 6 EGBGB gehören gemäß Art. 25 GG auch die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. ... Da diskriminierende, entschädigungslose Enteignungen mit dem allgemeinen Völkerrecht nicht vereinbar sind, verstoßen sie auch gegen den ordre public (öffentliche Ordnung).

In seinem Völkerrechtslehrbuch schreibt (der deutsche Völkerrechtler Christof) Dahm ... "Die deutschen Gerichte und Gerichte anderer Staaten sind nicht gehalten, die Enteignungen deutscher Vermögen in Polen, der Tschechoslowakei und anderen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Bereiche ihrer Zuständigkeit als rechtswirksam zu behandeln. Die dort vorgenommenen Massenvertreibungen und -Enteignungen enthalten einen so großen Verstoß gegen den internationalen ordre public, daß sie nicht anerkannt werden müssen, ja nicht einmal anerkannt werden dürfen."

Entschädigungslose Enteignungen sind aber auch mit dem nationalen ordre public nicht in Einklang stehend, da sie mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts unvereinbar sind. ...

(3) Zwischenergebnis

Für den deutschen Rechtskreis ist damit die Nichtanerkennung der völkerrechtswidrigen Maßnahmen gemäß Art. 25 GG und Art. 6 EGBGB geboten, die ursprünglichen Eigentumstitel sind weiterhin als existent zu betrachten. ...

f. Einwendungsverzicht gemäß Art. 3 Sechster Teil, Art. 1 Neunter Teil Überleitungsvertrag

aa. Inhalt

Nach Art. 3 Abs. 1 Sechster Teil Überleitungsvertrag vom 26. Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten wird die Bundesrepublik Deutschland "in Zukunft keine Einwendungen gegen Maßnahmen erheben wird, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes oder aufgrund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen

werden.

Gleichzeitig normiert Art. 3 Abs. 3 Sechster Teil Überleitungsvertrag, daß

"Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) ... dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben", nicht zugelassen sind.

Art. 1 Neunter Teil Überleitungsvertrag regelt, daß

"deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Art. 5 des Fünften Teils dieses Vertrages genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen."

Der Einwendungsverzicht aus Art. 3 Abs. 1 Sechster Teil Überleitungsvertrag führte dazu, daß die Bundesregierung auf die Geltendmachung völkerrechtlicher Ersatzansprüche im Wege des diplomatischen Schutzes gegenüber den Alliierten verzichtete. ... Art. 3 enthält aber keine Aussage über den rechtlichen Bestand der Ansprüche, hebt diese also materiell-rechtlich nicht auf. ...

bb. Fortgeltung

Nach Art. 7 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" beendeten die Vier Mächte "ihre Rechte und Verantwortlichkeiten" in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Art. 7 Abs. 1 bezieht sich aber nur auf die Vereinbarungen der vier Siegermächte über Deutschland. Da aber nach Art. 7 Abs. 2 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" das vereinte Deutschland "demgemäß die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten" hat, müßten auch die Regelungen der Verträge der drei Westmächte mit der Bundesrepublik Deutschland, die die deutsche Souveränität beeinträchtigen, ihre Bedeutung verloren haben. Folge wäre damit die Beendigung des Deutschlandvertrages und auch des Überleitungsvertrages.

... Allerdings werden die für die eigentumsrechtliche Problematik relevanten Bestimmungen des Sechsten und Neunten Teils durch den Notenwechsel seltsamerweise nicht außer Kraft gesetzt. Sie haben damit auch künftig Gültigkeit. Innerstaatlich haben die fortgeltenden Normen nun den Charakter einer Rechtsverordnung des Bundes. ...

C. Völkerrechtliche Haftung

I. Einleitung

Wie jede Rechtsordnung enthält auch das Völkerrecht den Grundsatz, daß seine Subjekte für die ihnen zuzurechnenden rechtswidrigen Handlungen, die völkerrechtlichen Delikte, einzustehen haben. Sie sind dabei dem oder den unmittelbar verletzten Völkerrechtssubjekten gegenüber verantwortlich. Die Rechtsverletzung ist wiedergutzumachen. Der Staat haftet.

II. Subjekt und Objekt völkerrechtlichen Unrechts

1. Subjekt

a. Allgemein

Subjekt völkerrechtlichen Unrechts ist das Völkerrechtssubjekt, also in erster Linie der Staat. Infolge der weitgehenden Mediatisierung des Menschen im Völkerrecht wird ein völkerrechtliches Unrecht in der Regel von Staaten begangen. Nur im Falle des Bestehens eines Kriegsverbrechens wird das Unrecht dem Menschen zugerechnet, der die verbotene Tat gesetzt hat und der dann auch persönlich haften muß.

b. Haftung des Staates für das Handeln seiner Organe

Da die Völkerrechtssubjekte stets durch ihre Organe handeln, die sie handlungsfähig machen, haften sie auch für das Handeln ihrer Organe. Bei den wichtigsten Völkerrechtssubjekten, den souveränen Staaten, sind es Organe der Legislative, der Exekutive und der Judikative, die für eine solche Haftung in Frage kommen, soweit diese international tätig geworden sind und ein anderes Völkerrechtssubjekt geschädigt haben.

Dies kann geschehen durch völkerrechtswidrige Gesetze, aber auch durch völkerrechtswidrige Maßnahmen der Exekutive und der Rechtsprechung. Die völkerrechtswidrige Enteignung erfolgte hier durch die beiden Konfiskationsdekrete vom 21. Juni und 25. Oktober 1945, also durch hoheitliche Maßnahmen des tschechoslowakischen Staates. Der Staat kann sich bei der Haftung für seine Rechtsprechung nicht auf die Unabhängigkeit seiner Gerichte berufen.

Zur Wiedergutmachung sind die Vertreiberländer, also die Staaten, deren Organe bzw. deren Privatpersonen die Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat vertrieben haben, verpflichtet. Es spielt keine Rolle, daß unterdessen die Regime, die zur Zeit der Vertreibung regierten, heute nicht mehr an der Macht sind. Haftungssubjekt ist das Völkerrechtssubjekt unabhängig von seiner jeweiligen Verfaßtheit.

Die Vertreiberstaaten sind für alle Völkerrechtswidrigkeiten wie Mord, Mißhandlung, Vergewaltigung usw. der ortsansässigen Bevölkerung verantwortlich. Die Vertreiberstaaten haben sich auch das völkerrechtswidrige Verhalten von Individuen zurechnen zu lassen, wenn diese im Rahmen einer staatlichen Organisation tätig waren.

c. Haftung des Staates für die Handlungen Privater

... Auch für die Ausschreitungen von privaten Personen tragen die Vertreiberstaaten die völkerrechtliche Verantwortlichkeit, soweit sie nicht hinreichend Vorsorge zur Verhinderung solcher Handlungen getroffen haben oder die Privatpersonen sogar ermunterten, rechtswidrige Handlungen an Privatpersonen vorzunehmen.

2. Objekt

Der Staat ist auf der anderen Seite auch Objekt eines völkerrechtlichen Unrechts. Viele völkerrechtliche Unrechtstatbestände beziehen sich auf Schäden, die dem Menschen zugefügt werden, gleichwohl ist infolge der Mediatisierung des Menschen Objekt dieses Unrechts nicht der geschädigte Mensch selbst. Es wird vielmehr fingiert, daß in der Person des Geschädigten dessen Heimatstaat, hier also der deutsche Staat, geschädigt wurde. Es steht daher dem tatsächlich geschädigten Menschen in der Regel nicht das Recht zu, völkerrechtliche Schritte zur Ahndung oder Beseitigung der Folgen eines völkerrechtlichen Unrechts zu unternehmen.

III. Völkerrechtswidrigkeit

Eine Haftung für eine Völkerrechtsverletzung tritt grundsätzlich nur ein, wenn die Handlung rechtswidrig war. Bei Handlungsdelikten ist in der Regel aber die bloße objektive Verletzung einer Völkerrechtsnorm entscheidend. Bestimmte Umstände können ausnahmsweise die Rechtswidrigkeit – und damit die Haftung – ausschließen.

Als Rechtfertigungsgründe gelten etwa Höhere Gewalt, Notstand, Notwehr und Repressalie sowie die Einwilligung. Die genannten Gründe kommen aber als Rechtfertigungsgründe bei Vertreibung und Enteignung nicht in Betracht. Auch die Repressalie kann eine Vertreibung und Enteignung nicht rechtfertigen. ...

V. Wiedergutmachungspflicht

1. Allgemein

Ein Staat, dem ein völkerrechtswidriger Unrechtstatbestand zugerechnet wird, ist dem verletzten Staat gegenüber zur Wiedergutmachung verpflichtet. Die Wiedergutmachung hat soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen. ...

3. Materielle Schäden

a. Naturalrestitution

Bei materiellen Schäden ist grundsätzlich der frühere Zustand wiederherzustellen. Dieser

Grundsatz der Naturalrestitution gehört zu den "von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen" im Sinne des Art. 38 Abs. 1 lit. c des Statuts des Internationalen Gerichtshofs.

Das völkerrechtswidrige, deliktische Verhalten der Vertreiberstaaten sieht als Rechtsfolge also die Pflicht zur Wiedergutmachung der Schädigungen vor. Die Wiedergutmachung erfolgt durch Naturalrestitution. Naturalrestitution bedeutet, die Rücknahme des Ausweisungsbefehls, die Rückgabe des konfiszierten Eigentums, die Aufhebung des rechtswidrigen Gesetzes. Naturalrestitution heißt, daß die angestammte Bevölkerung wieder in ihre Heimat zurückkehren und ihre Häuser neu beziehen darf. Es ist also insgesamt der frühere Zustand wiederherzustellen. ...

b. Schadensersatz

Ist die volle Beseitigung des Schadens nicht möglich, nicht zumutbar, unbillig, demütigend oder gar rechtsmißbräuchlich, so ist Schadensersatz zu leisten. Die Ersatzleistung muß insgesamt die vollständige Wiedergutmachung des erlittenen Schadens gewährleisten. Sie umfaßt auch den entgangenen Gewinn, der nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwarten gewesen wäre. Auch die entgangene Nutzung widerrechtlich entzogenen Eigentums wird als entgangener Gewinn entschädigt. ...

4. Immaterielle Schäden

Auch immaterielle Schäden sind wiedergutzumachen und zwar sowohl diejenigen, die dem verletzten Staat selbst zugefügt worden sind, als auch diejenigen, die die verletzten Staatsangehörigen erlitten haben. Ein solches immaterielles Gut des Staates, das durch die Rechtsverletzung beeinträchtigt werden kann, ist etwa die Ehre des Staates, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität. Immaterielle Schäden, die Privatpersonen zugefügt werden können, sind beispielsweise die Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder die Zufügung seelischen Leidens, ausgelöst etwa durch die Vertreibung und Enteignung.

Für völkerrechtswidrige ideelle Schäden ist Genugtuung zu leisten. Diese Genugtuung kann durch eine feierliche Entschuldigung erfolgen, aber auch in der angemessenen Bestrafung der Schuldigen bestehen. Als Genugtuung ist auch die bloße Feststellung der begangenen Völkerrechtsverletzungen durch ein Schiedsgericht oder den internationalen Gerichtshof denkbar. ...

V. Fortdauer der Haftung für Staatsorgane

Die Haftung des Staates dauert auch dann fort, wenn das Regime, das das völkerrechtliche Unrecht begangen hat, beseitigt worden ist. Die Haftung erlischt erst, wenn der Staat untergeht. Sie geht nicht auf den oder die Gebietsnachfolger über. Die Tschechoslowakei ist nicht untergegangen, sie lebt in der Tschechischen Republik fort, so daß weiterhin ein Haftungsträger vorhanden ist. ...

VII. Verjährung

Die Haftung kann unter Umständen kraft Verjährung enden. Allerdings kennt das Völkerrecht keine festen Verjährungsfristen. ... Handelt es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wird eine Verjährung auch des Wiedergutmachungsanspruchs analog der UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgeschlossen sein. ...

VIII. Resümee

Die Tschechische Republik ist für sein völkerrechtswidriges Handeln im übrigen völkerrechtlich verantwortlich und hat den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen.

Wegen der gegen das Völkerrecht verstoßenden Enteignungsmaßnahmen ist das Eigentum zurückzugeben und soweit dies nicht möglich ist, ein Ausgleich zu leisten. Dieser Anspruch ist völkerrechtlich nicht dadurch ausgeschlossen, daß dritte Personen private Rechte an dem Eigentum aufgrund des tschechoslowakischen Zivilrechts erworben haben. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Juni 1996 in der

katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1996 (x853/...): >>... Ein Mythos-Denkmal wird gestürzt

Marx - "der erfolgreichste 'Theologe' seit der Reformation". "Das eigentliche menschliche Verhalten (ist nach Marx) Liebe" - Tillich, Fuchs, Gollwitzer.

Nur "Analyse" und "Methode" - Cardenal, Dom Helder, Boff.

"Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx" - Oswald von Nell-Breuning SJ.

Marx, "der unübersteigbare Horizont" - Sartre, Althusser, Garaudy.

Das sind Stichworte und Zitate aus einem notwendigen und überaus wichtigen Buch zur fundamentalen geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit, des ganzen ablaufenden Jahrhunderts, ja auch noch kommender Zeit, sofern sie nicht einem manipulierten Mythos durch eingehende "Aufarbeitung" widersteht.

Dieser höchst aktuellen Arbeit dient das neue Werk von Prof. Konrad Löw: "Der Mythos Marx und seine Macher - Wie aus Geschichten Geschichte wird"

Hier werden zahlreiche Mythen, die von einer Marxhagiographie zur andern weitererzählt werden, wissenschaftlich - d.h. v.a. ohne Unterdrücken und Verschweigen von Tatsachen - untersucht und widerlegt. ...

Auch die Namen jener werden schonungslos genannt, die ein Marxmonument mitbauten, vor dem sich Stalinisten ebenso wie verblendete (insbesondere Sozial-)Demokraten und leider auch von guten Geistern verlassene Linkskatholiken verneigen.

Die verbreitete Meinung, der Marxismus-/Kommunismus (und das SED-Gewaltregime) habe "eigentlich" Gutes gewollt, nur die Durchführung sei danebengegangen, wird genau widerlegt. Lenin und Stalin, Ulbricht und Honecker konnten sich zu Recht auf Marx berufen.

Der gigantische Betrug, die gemeine Täuschung des Mythos beruhen insbesondere auf einem zynischen Mißbrauch der Moral: "Gerechtigkeit" wurde mit Zwangs-Gleichheit ("Kollektivierung") einfach gleichgesetzt (und wird so von den Umverteilern noch heute), unterschiedliche Schichten zu "Klassen" betonierte, wobei die einen hemmungslos moralisch heruntergemacht, die anderen grotesk als Idealexistenzen veredelt werden.

Marx selbst war rücksichtsloser und eitler Machtmensch ("Einen Thron will ich mir aufbauen"). Um der Zukunft willen, in die nicht wenige, insbesondere evangelische, aber auch katholische Christen den verlogenen Marx-Mythos hinüberretten wollen, ist diese Demaskierung unerlässlich und beugt neuen Verhängnissen vor. Das Lehramt der Kirche war dabei geradezu vorbildlich wachsam, klar und im Widerspruch. Gleiches kann von gewissen Geistern in der Nachkonzilszeit nicht gesagt werden. Eine falsche "Öffnung" hat sich auch hier in mangelnder Unterscheidungskraft und damit gewachsener Verführbarkeit lähmend ausgewirkt.

Diese Aufklärung tut wirklich not. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (28/1996) berichtete am 8. Juli 1996: >>Wir waren die Helden

Wolfgang Leonhard (1921-2014) und Markus Wolf (1923-2006) über ihre Jugend unter Stalin und den Untergang des Kommunismus

SPIEGEL: Herr Leonhard, Herr Wolf, Sie kennen sich seit Ihrer gemeinsamen Schulzeit in der deutschen Karl-Liebknecht-Schule im Moskau der dreißiger Jahre. Begann eine Laufbahn als kommunistischer Intellektueller damals zwangsläufig auf dieser Schule?

Leonhard: Jedenfalls besuchten die Karl-Liebknecht-Schule damals eine Reihe von Kindern, die später in der DDR eine wichtige Rolle spielten: Mischa Wolf und sein Bruder Koni, Werner Eberlein, der spätere Bezirksleiter der SED in Magdeburg, und Peter Florin, der spätere stellvertretende Außenminister. Man könnte fast sagen, daß die Geschichte der DDR mit der Karl-Liebknecht-Schule begann.

SPIEGEL: Eine strenge Schule in der Hochzeit des Stalinismus?

Leonhard: Mir ist sie in der Tat als relativ streng in Erinnerung: Es gab eine sehr deutliche

politische Ausrichtung in allen Fächern, ob in Deutsch, Literatur oder Verfassungslehre.

SPIEGEL: Haben Sie das damals schon als einseitig empfunden?

Leonhard: Ich hielt es damals für richtig, weil ich schon mit zehn Jahren in Berlin Mitglied bei den "Jungen Pionieren" gewesen war.

Wolf: Ich bin wie Wolfgang schon als Junger Pionier in die Sowjetunion gekommen. Meine Eltern waren seit 1928 Mitglieder der Kommunistischen Partei. Ich hatte keineswegs das Gefühl, daß mir in Moskau etwas oktroyiert würde.

SPIEGEL: Wie wurden deutsche Emigranten in Moskau behandelt?

Wolf: Wir waren ja aus Hitler-Deutschland geflohen und wurden deshalb fast wie Helden behandelt. Wir erlebten auch viel, wenn ich nur an die Vorbeimärsche auf dem Roten Platz denke. Stalin stand auf dem Lenin-Mausoleum, wir Karl-Liebnecht-Schüler zogen mit unserem auffallenden Tambourkorps - solche Klangkörper gab es dort sonst nicht - vorüber und wurden über Lautsprecher begrüßt. Das war natürlich sehr erhebend.

SPIEGEL: Als Kinder fühlten Sie sich zu Dank verpflichtet?

Leonhard: Zweifellos, wobei noch hinzukam, daß wir ja von der frühesten Jugend an die Geschichte als einen gesetzmäßigen Prozeß ansahen, der notwendig zum Sozialismus führt - das glaubten wir. Die Sowjetunion erschien uns als das Land, in dem sich der Aufbau des Sozialismus vollzog, so daß wir im Gefühl lebten, wir hätten trotz aller Mängel und Fehler bereits eine höhere Gesellschaftsordnung erklommen.

SPIEGEL: Die Wirklichkeit sprach doch sehr dagegen.

Leonhard: Ja, ja, aber unvergeßlich war für mich etwa der 25. November 1936: Da hielt Stalin seine große Rede zur Annahme der Verfassung. Plötzlich hörten wir im Radio diesen Satz: "Die Sowjetunion hat den Sozialismus bereits errichtet, es besteht schon die sozialistische Gesellschaftsordnung." Das war elektrisierend.

Wolf: Man darf sich die Indoktrination damals in der Tat nicht als etwas für uns Unbequemes, Unangenehmes vorstellen. Das Positive überwog. Ich erinnere mich etwa, wie der Schriftsteller Wsewolod Wischnewski, ein enger Freund unseres Vaters, ein Held der Revolution und des Bürgerkrieges, meinen Bruder Konrad und mich in seiner Marine-Uniform mit auf die Tribüne auf dem Roten Platz nahm. Ein unglaubliches Erlebnis. Daß dabei Stalin zugejubelt wurde, gehörte einfach dazu.

SPIEGEL: Wie war es nun aber, als der umjubelte Stalin seine großen Säuberungen anfang? Als plötzlich Menschen aus Ihrer Umgebung verschwanden und sich Angst ausbreitete?

Wolf: Die großen Prozesse, die zwischen 1936 und 1938 stattfanden, waren für mich zunächst etwas Abstraktes. Daß eine riesige Verfolgungswelle gegen einen großen Teil der Begründer der Revolution und des Sowjetstaates lief, ist an mich so nah nicht herangekommen. Gewiß, es verschwanden sehr viele Eltern, Väter vor allem, von Mitschülern der deutschen Schule. Man empfand es als unbegreiflich, als schlimm. Aber man verkehrte miteinander so, als ob nichts geschehen wäre.

Leonhard: Die Jahre der größeren Säuberung von 1936 bis 1938 habe ich ganz anders erlebt. Da ich zwei Jahre älter und mithin schon politisch interessierter war als Mischa, habe ich die Prozeßberichte ganz genau gelesen. Und ich habe ihnen nicht geglaubt. Daß Sinowjew, Kamenew, Bucharin, die Weggefährten Lenins, nun auf einmal Verräter gewesen sein sollten, das konnte nicht wahr sein.

SPIEGEL: Obwohl die Angeklagten zugegeben hatten, Verräter zu sein.

Leonhard: Ich habe mir damals schon Gedanken gemacht, mit welchen Methoden man wohl Menschen dazu bringt, solche Geständnisse abzulegen. Alle, die da zum Tode verurteilt wurden, waren die Helden der Oktoberrevolution von 1917 gewesen. In diesen beiden Jahren der großen Prozesse begann mein kritisches Denken ...

SPIEGEL: ... das aber Ihren grundsätzlichen Glauben noch nicht erschütterte?

Leonhard: Nein, ich glaubte nach wie vor, daß der Marxismus richtig sei und die Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft errichte. Und ich versuchte krampfhaft mir zu erklären, was da los war. Ich ging in die Bibliothek für ausländische Literatur und las "1793" von Victor Hugo, um vielleicht durch einen Vergleich zwischen dem Stalinismus und der Diktatur der französischen Jakobiner eine Antwort zu erhalten. Da stellte ich fest: Die ganze Jakobiner-Herrschaft hatte 40.000 Opfer gekostet, aber nicht Millionen. Ich erinnere mich noch an das Plakat, auf dem der NKWD-Chef (Vorläufer des KGB) Jeschow, auf deutsch "Der Igelige", in seinen Händen mit igeligen Handschuhen Volksfeinde hielt. Das Blut spritzte, und darüber stand: "Vernichtet die Feinde des Volkes!"

Wolf: Ich habe das Plakat auch in Erinnerung. Aber ich habe das alles nicht als Wirklichkeit wahrgenommen, obwohl die Verhaftungen bekannt waren. Es ist ja auch typisch für die Zeit, daß ich über die Verhaftung von Wolfgangs Mutter bis zu seinem Weggang aus der DDR nichts gewußt habe. Wir haben nicht darüber gesprochen, obschon wir zeitweise eng zusammen waren. Ich wußte von vielen Mitschülern, daß deren Väter verhaftet waren; aber wir sprachen nicht darüber. Es gab ja auch eine ganze Reihe von Fällen, in denen Verhaftete wieder freikamen ...

Leonhard: ... wenige Ausnahmen, etwa 0,1 Prozent der Verhafteten.

Wolf: Also, in unserem Umfeld gab es solche Fälle. Als dann Jeschow verhaftet wurde, dachten wir: Jetzt ist diese schlimme Phase zu Ende.

SPIEGEL: Haben Sie mit Blick auf die totale Politisierung Ihrer Jugend heute das Gefühl, Ihnen sei damals etwas Elementares geraubt worden?

Leonhard: Selbstverständlich, ich habe keine normale Jugend erlebt, mußte vieles vermissen. Andererseits aber war ich Zeuge eines der größten historischen Ereignisse dieses Jahrhunderts.

SPIEGEL: Die große Säuberung von 1936 bis 1938: ein großes, schreckliches Ereignis. Herr Wolf, fanden Sie das große Ereignis auch so schrecklich?

Wolf: Bei mir war das anders. Es war nicht das ganze Leben. Wir waren normale Jugendliche, haben Sport getrieben und getanzt, wir sind zum Schwimmen gefahren und haben Ausflüge gemacht.

SPIEGEL: Hatten Sie auch, wie Herr Leonhard, Ihre Zweifel, ob die in den großen Prozessen angeklagten Kommunisten Verräter sein konnten?

Wolf: Die Zweifel gab es, als beispielsweise von den fünf berühmtesten Marschällen der Sowjetunion drei verhaftet wurden, darunter Tuchatschewski, überhaupt der Held des Bürgerkriegs. Aber dann setzte dieser Verdrängungsmechanismus ein, der uns auch weiter begleitete als ein Teil unseres Lebens. Diese, wie wir heute alle wissen, schreckliche Grausamkeit gegenüber den eigenen Genossen - sie paßte einfach nicht in die Vorstellungswelt auch meiner Eltern und vieler anderer.

SPIEGEL: Was nicht sein durfte, war auch nicht.

Wolf: Es gab ja viele, viele Intellektuelle außerhalb der Sowjetunion, die über den Verlauf der Prozesse weitaus besser informiert waren als wir und die dennoch weiter fest an die Sowjet-Demokratie glaubten oder zumindest der Überzeugung waren, daß die Sowjetunion der einzige Garant war, Hitler in die Schranken zu weisen. Und Stalin blieb der Mann an der Spitze - Zweifel an ihm gab es nicht, jedenfalls nicht bis zum Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts.

Leonhard: Meine Hochachtung gegenüber Stalin war damals doch schon viel geringer als gegenüber Marx, Engels und Lenin. An denen hielt ich eisern fest. Ich kann zwar bestätigen, daß es eben nicht nur diese entsetzliche große Säuberung gab, sondern auch Dinge, über die ich mich freute; aber bei mir überwog doch das Nachdenken, wie so etwas wie die Säuberung geschehen konnte.

SPIEGEL: Sie waren 15, als Ihre Mutter verhaftet und deportiert wurde. Was löste dieser Ver-

lust in Ihnen aus?

Leonhard: Es war der 26. Oktober 1936, es war grauenhaft: Da stand ich plötzlich vor unserem versiegelten Zimmerchen, und kein Mensch sagte mir, was passiert war. Erst neun Monate später, im Sommer 1937, erhielt ich die erste Karte meiner Mutter aus Workuta, neun Jahre war sie im Lager. Kein Einzelfall. Nach und nach wurden alle Lehrer der Karl-Liebknecht-Schule verhaftet, bis 1938 die ganze Schule geschlossen werden mußte.

SPIEGEL: Was hat die Geheimpolizei Ihrer Mutter vorgeworfen?

Leonhard: Sie war seit 1916 im Spartakusbund gewesen und nach der Gründung der KPD von Anfang an dabei. Sie war Kurierin der sowjetischen Vertretung in Deutschland und Anfang der zwanziger Jahre Pressereferentin der sowjetischen Botschaft. Aber 1925 ist sie aus der Kommunistischen Partei ausgetreten, eine revolutionäre Linke. 1935 fuhren wir dann gemeinsam in die Sowjetunion, wo sie sich politisch weitgehend zurückhielt. Ab und zu machte sie kritische Bemerkungen - das reichte. Sie bekam automatisch fünf Jahre. Übrigens nicht, wie meist für "KRD" - "konterrevolutionäre Tätigkeit" -, sondern wegen "KRTD", also "konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit".

SPIEGEL: Wie konnte Ihre Mutter erst aus der KP austreten und dann dennoch nach Moskau gehen?

Leonhard: Die berühmte sowjetische Verfassung, die 1935 vorbereitet wurde, hatte ja breitere demokratische Freiheiten versprochen, so daß meine Mutter annahm, alles würde besser werden.

Wolf: Ja, das war ein Phänomen. Meine Eltern waren sehr eng bekannt mit dem berühmten Maler Heinrich Vogeler aus Worpsswede, der Anfang der zwanziger Jahre Kommunist geworden war und später als "Versöhnler" aus der KPD ausgeschlossen wurde. Emigriert in die Sowjetunion, kämpfte er in einer Zeit, als die Prozesse schon stattfanden, dafür, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Das läßt sich Menschen heute kaum verständlich machen. Es zeigt aber, wie kompliziert und widersprüchlich die Realität und wie festgefügt unsere Weltanschauung war.

SPIEGEL: Die Weltanschauung war zum Glauben geworden - lag es daran?

Wolf: Sie hatte vieles von einem Glauben an sich.

Leonhard: Es war ein tief verwurzelter Glaube, der aber als Wissenschaft bezeichnet wurde. Es gibt kaum etwas, was ich mehr verinnerlicht habe als diese Behauptung. Alle anderen Richtungen in der Politik, so hieß es, verfolgten Interessen oder hätten egoistische Programme. Bei uns aber handele es sich um eine Wissenschaft. So wie Physik und Chemie klare Antworten gäben, so gebe auch der Marxismus - seit November 1938 der Marxismus-Leninismus - wissenschaftliche Antworten.

Wolf: Ich glaube das heute noch.

Leonhard: Ich nicht. Ich habe damals freiwillig Lenin gelesen, also ohne dazu gezwungen worden zu sein, und entdeckte natürlich, daß bei Lenin die Dinge doch sehr viel anders standen als in den apodiktischen Thesen Stalins.

SPIEGEL: Wenn nun aber jemand aufgestanden wäre und gesagt hätte, auch bei Lenin scheint mir einiges sehr widersprüchlich oder unlogisch, was dann?

Wolf: Das kam nicht in Frage. Und dennoch habe ich auch bei Lenin selbständig zu denken gelernt.

SPIEGEL: Der Gott durfte nicht kritisiert werden. Zumindest in dieser Hinsicht waren sich Kommunismus und Faschismus offenbar sehr ähnlich.

Leonhard: Moment, die Wurzeln des Nationalsozialismus und des Leninismus-Stalinismus waren total verschieden. Dem Nationalsozialismus ist es ferner nie gelungen, außerhalb Deutschlands nennenswerte Schriftsteller und Wissenschaftler zu gewinnen. Beim Stalinismus war das in großem Ausmaß der Fall. Ähnlichkeiten gibt es aber in der Machtausübung:

die Vorherrschaft einer Partei, die völlige Unterordnung der Medien unter die Zielsetzung des Regimes, die Militarisierung, der Staatssicherheitsdienst - darin waren sich beide ähnlich.

Wolf: Da sträubt sich bei mir natürlich alles. Ich bin in dieser Frage sehr empfindlich, weil sie heute immer mit einem Vergleich Hitler-Diktatur/DDR-Diktatur verbunden wird.

SPIEGEL: Keinerlei Ähnlichkeiten?

Wolf: Hitler hat einschließlich des Holocaust konsequent die Ziele verwirklicht, die er mehr oder weniger offen in "Mein Kampf" dargelegt hatte. Die Verbrechen unter Stalin waren aber das Gegenteil von dem, was die Vordenker des Kommunismus und Stalin selbst gelehrt hatten.

SPIEGEL: Der Nationalsozialismus war eine europäische Menschheitskatastrophe - der Stalinismus ebenfalls?

Wolf: Das kann man so sagen.

SPIEGEL: Auch, daß Stalin mehr Kommunisten umgebracht hat als Hitler?

Wolf: Das ist richtig.

Leonhard: Es gibt aber noch weitere wichtige Unterschiede zwischen beiden Tyrannen: Die nationalsozialistische Diktatur war untrennbar mit der Person Adolf Hitlers verbunden. Als es ihn nicht mehr gab, brach alles zusammen. Die kommunistische Diktatur war trotz aller Stalin-Verherrlichung nicht unmittelbar mit dem Namen Stalins verbunden; sie existierte ja noch 30 Jahre länger als Stalin. Und: Der Nationalsozialismus hatte keine Kräfte, die das System von innen reformieren konnten.

SPIEGEL: So stark waren die Reformkräfte im Kommunismus aber auch wieder nicht.

Leonhard: Das kommunistische System, von Stalin übernommen, wurde immerhin zweimal tiefgreifend reformiert, wenn auch mit Rückschlägen und Einseitigkeiten: von Chruschtschow in der Entstalinisierung von 1953 bis 1964 und von Michail Gorbatschow, beginnend im März 1985.

Und ferner: Nach Titos Bruch mit Moskau 1948 gab es in Jugoslawien die ersten 10, 15 Jahre eine beachtliche Liberalisierung und Demokratisierung. Es gab die ungarische Revolution 1956, geführt von Reform-Kommunisten, die einen neuen Weg suchten. Und es gab den größten Reformversuch überhaupt, das war der Prager Frühling von Januar bis 21. August 1968. Mit einer prägnanten Klarheit der Programmatik und Zielsetzung und der sofortigen Verwirklichung begann sich damals ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz herauszubilden.

SPIEGEL: War das System Lenins und Stalins in sich veränderbar, ohne den Kern des Kommunismus aufzugeben, aus dem es nun mal bestand?

Wolf: Das ist natürlich eine spekulative und schmerzhafteste Frage. Ich stelle sie mir immer wieder, weil ich ja - im Unterschied zu Wolfgang - sehr lange in dieses System integriert war, immer in der Hoffnung, es sei reformierbar in dem Sinne, wie wir uns das vorstellten, nämlich Demokratie mit Sozialismus zu verbinden. Ich weiß bis heute keine schlüssige Antwort. Dennoch glaube ich, daß der dialektische Materialismus ein Mittel ist, die historischen Prozesse richtig zu verstehen.

Leonhard: 1949, als ich unter Lebensgefahr aus der Sowjetzone geflohen bin, war ich nur ein Gegner Stalins, des Stalinismus und des Ulbricht-Systems. Von allem anderen, von Marx, Engels und Lenin, war ich noch fest überzeugt. Erst schrittweise, im Verlauf des nächsten Jahrzehnts, habe ich mich dann gelöst. Ich würde mir sehr wünschen, daß heute manche Westsis ein bißchen mehr Geduld mit den Ostdeutschen hätten, bis sie zu neuen Schlußfolgerungen kommen.

Wolf: Und wo bist du heute angekommen?

Leonhard: Ich bin jetzt der festen Überzeugung, daß es keine Ideologie gibt, die in der Lage ist, alle Probleme aller Völker in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu erklären, und politische Theorien keine Wissenschaften sind. Ich selbst bin heute ein progressiver Demo-

krat, das heißt, ich würde mir eine Revitalisierung der Demokratie wünschen.

SPIEGEL: Und wo sind Sie angekommen, Herr Wolf?

Wolf: Ich bin noch dabei nachzudenken. Ich habe viel damit zu tun, die eigene Geschichte, das eigene Leben kritisch zu betrachten. Daß der Versuch, ein sozialistisches System zu etablieren, gescheitert ist, haben wir uns vor allem selbst zuzuschreiben. Aber ich habe ernste Zweifel daran, ob die Probleme der Menschheit mit etwas mehr kapitalistischer Demokratie zu lösen sind: daß die Reichen mit mehr Kapital noch mehr Macht anhäufen und damit die politischen Verhältnisse von einer Minderheit bestimmt werden - aber ich will jetzt hier keinen marxistischen Vortrag halten.

SPIEGEL: Herr Leonhard, war es für Sie eine Zäsur, als der große Faschistenführer Hitler 1939 mit dem großen Sowjet-Führer Stalin überraschend einen Pakt schloß?

Leonhard: Nach den Säuberungen war für mich der Hitler-Stalin-Pakt ein unglaublicher Schock, ein Ansporn für weiteres kritisches Denken.

SPIEGEL: Was veränderte sich in der Sowjetunion und für Sie persönlich?

Leonhard: Ich erinnere mich genau: Am 23. August 1939 waren wir, eine Gruppe von inzwischen schon recht erwachsenen 17- bis 18jährigen, im Urlaub am Asowschen Meer. Da wurde das Jugendheim Nummer 6 für die Kinder und Jugendlichen deutscher und österreichischer Emigranten aufgelöst. Es gab plötzlich keinen Faschismus mehr. Und ohne Faschismus gab es auch keine Antifaschisten und keine Kinder von Antifaschisten mehr. Verschwunden!

Am nächsten Tag sah ich, wie die antifaschistischen Filme aus allen Kinos entfernt waren; "Professor Mamlock" etwa, nach dem Stück von Friedrich Wolf - weg! Am nächsten Tag waren aus der Bibliothek für ausländische Literatur die Bücher antifaschistischer deutscher Schriftsteller ausgesondert. Kurz darauf entdeckte ich dafür die Brennessel, eine Nazi-Zeitung.

Wolf: Zu der Zeit studierte ich schon, ich war als aktives Komsomol-Mitglied Agitator, ich sollte Arbeiter aufklären. Ich sagte, beim Hitler-Stalin-Pakt handele es sich um einen notwendigen Schritt, die unmittelbare Konfrontation der Sowjetunion mit der Macht Hitler-Deutschlands zu vermeiden und uns gegen die Intrigen der Westmächte zu schützen. Die spätere Rede Molotows im Obersten Sowjet aus Anlaß des zweiten deutsch-sowjetischen Vertrages enthielt aber Passagen, die ich absolut nicht akzeptieren konnte.

SPIEGEL: Was sagte der sowjetische Außenminister?

Wolf: Er sprach offen von freundschaftlichen Beziehungen und von einem gerechten Krieg, den Deutschland führe. Das hat mich so beeindruckt, daß ich die kleine Broschüre mit dieser Rede bis heute aufbewahrt habe. Im Juni 1941 kam aber schon bald der für uns, glaube ich, wichtigste Einschnitt im Leben: der Krieg. Da waren sich alle einig: Die Hitler-Wehrmacht mußte gestoppt, Hitler geschlagen werden, koste es, was es wolle. Erst später stellten sich Zweifel ein: Wie war es möglich, daß Stalin alle Warnungen, etwa von Richard Sorge und der Roten Kapelle, die den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion angekündigt hatten, in den Wind schlug?

Leonhard: Die Frage kann ich dir beantworten. Stalin hatte sein eigenes Denken auf Hitler übertragen und sich gesagt: Hitler kann doch nicht so dumm sein, wenn er gegen England und Frankreich Krieg führt und bald vielleicht auch noch gegen die USA, die Sowjetunion anzugreifen und damit einen Zwei-Fronten-Krieg heraufzubeschwören. Stalin selbst würde so etwas nie getan haben. Er konnte sich nicht vorstellen, daß Hitler seinen eigenen Untergang herbeiführt, indem er die Sowjetunion angreift.

SPIEGEL: Konnten Sie es sich vorstellen?

Leonhard: Nein, ich stand mitten im Examen, als am 22. Juni 1941 um vier Uhr der Rundfunk die Hörer aufforderte: "Bleiben Sie am Rundfunk. Um 12 Uhr wird Molotow sprechen. Bleiben Sie am Apparat." Wir diskutierten sofort und sagten, das bedeutet Krieg. Bloß, wer konn-

te wohl die Sowjetunion angreifen? Die allgemeine Meinung war: entweder Japan oder England. Niemand kam auf Hitler-Deutschland.

Um 12 Uhr sprach dann Molotow. Ich erinnere mich noch, wie wir zusammenzuckten, weil plötzlich der Begriff Faschismus wieder da war. Zwei Jahre lang hatte es ja keinen Faschismus gegeben, nun gab es ihn wieder. Dann begann der Krieg, und im Moment des Krieges rückten bei mir und sicher bei vielen anderen die große Säuberung und der Hitler-Stalin-Pakt in den Hintergrund. Nun gab es nur eins: den Kampf gegen den Hitler-Faschismus.

SPIEGEL: Im Bund mit den verachteten Vormächten des Kapitalismus.

Leonhard: Ja, aber dieser Kampf verband sich mit der Hoffnung, daß es nach dem Sieg auch in der Sowjetunion freier und toleranter zugehen würde.

Wolf: Bald nach Kriegsausbruch erlebten wir eine große Enttäuschung: daß die deutsche Arbeiterklasse Hitler nicht ins Räderwerk fuhr, daß die Soldaten der Hitler-Wehrmacht nicht in großer Zahl zur Roten Armee überliefen, wie auch meine Eltern geglaubt hatten.

SPIEGEL: Sie beide trafen sich 1942 wieder in der Komintern-Schule in Baschkirien, wo Sie zu Agenten ausgebildet wurden.

Leonhard: Landwirtschaftliche Fachschule war der offizielle Name. Jeder von uns mußte sich als erstes einen Parteinamen wählen, den wir während des ganzen Lehrgangs benutzen sollten und niemals - unter keinen Umständen! - den richtigen Namen. Ich war Wolfgang Linden, Mischa Wolf hieß Kurt Förster.

SPIEGEL: Was lernten Sie?

Leonhard: Viel Geschichte, vor allem kommunistische, dann Marxismus-Leninismus, und schließlich gab es Waffenkunde, für den Einsatz als eventuelle Politkommissare beim Partisanenkampf.

SPIEGEL: Und was war verboten?

Leonhard: Wir durften nichts über Trotzki oder Bucharin erfahren, die oppositionellen Kommunisten. Das war tabu. Befremdlich war für mich auch die Selbstkritik, die jeder von uns zu üben hatte: Die unschuldigsten Äußerungen wurden zu ganzen Konzeptionen erweitert und diese nie geäußerten Konzeptionen auch noch als Wirklichkeit hingestellt.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Wolf: Wir hatten einen älteren deutschen Kommunisten in unserer Gruppe, Willy Radensleben. Auf der Schule hieß er Roter. In einer dieser idiotischen abstrakten Diskussionen tauchte die Frage auf, wie man sich als in die Hitler-Wehrmacht eingeschleuster Agent zu verhalten habe, wenn die Erschießung von Sowjetbürgern befohlen wird. Schießt man mit und tötet Sowjetbürger? Oder weigert man sich, macht sich dadurch verdächtig und gefährdet die Aufgabe?

SPIEGEL: Man schießt?

Wolf: Das sagte Willy, weil er meinte, die Konspiration habe unter allen Umständen vorzugehen. So wurde seine Äußerung von einem der Lehrer ausgelegt. Wir redeten auf Willy ein: "Erkläre, daß du Mist gesagt hast." Er aber blieb stur und sagte sogar: "Ich pfeife auf die Parteidisziplin."

Leonhard: Er flog von der Schule und kam nach Kasachstan, nach Ossokarowka, 120 Kilometer nördlich von Karaganda.

SPIEGEL: Was lernten Sie praktisch auf der Komintern-Schule?

Wolf: Wir wurden ausgebildet, um am aktiven Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilzunehmen, also illegale Parteiarbeit zu leisten, kommunistische Gruppen mit aufzubauen, Verbindungen aufzunehmen und so weiter.

SPIEGEL: Ziemlich lebensgefährlich.

Wolf: Ja, wir haben unser Leben wahrscheinlich unseren Vorgängern zu verdanken, die tatsächlich nach Abschluß der Schule mit Fallschirmen über Deutschland absprangen, aber alle

in die Fallen der Gestapo oder der militärischen Abwehr gerieten. Zu unserem Glück war das schon bekannt, als wir den Lehrgang im Sommer 1943 beendeten, so daß dann der Entschluß gefaßt wurde, uns nicht mehr im deutschen Hinterland einzusetzen. Unsere zweite Aufgabe war, nach Kriegsende ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland aufzubauen.

SPIEGEL: Also ein kommunistisches.

Wolf: Nein, wir hatten damals gelehrt bekommen, daß die KPD-Losung der dreißiger Jahre, die Sozialdemokraten seien Sozialfaschisten - also die Gegnerschaft zwischen KPD und SPD -, ein Fehler gewesen sei.

Leonhard: Zu dieser Zeit war die Parole, daß es eine breite Bündnispolitik antifaschistisch-demokratischer Kräfte geben sollte.

SPIEGEL: Am 30. April 1945 sind Sie, Herr Leonhard, mit der Gruppe Ulbricht aus Moskau Richtung Berlin geflogen. Sie waren gerade 24 geworden. Sie, Herr Wolf, sind drei Wochen später hingeflogen.

Leonhard: Die Tätigkeit in der Gruppe Ulbricht schien mir damals durchaus richtig und vernünftig zu sein, nämlich mitzuhelfen beim Aufbau der 20 Bezirksverwaltungen Berlins und anschließend bei der Bildung des Magistrats von Gesamt-Berlin - damals sagte man noch Groß-Berlin. Am 9. Juni 1945 sagte Ulbricht: "Jetzt wird die Kommunistische Partei neu gegründet." Dann aber auch, und das habe ich in mir aufgesogen: "Wir müssen mithelfen bei der Gründung anderer antifaschistisch-demokratischer Parteien."

SPIEGEL: Glaubten Sie damals, daß Ulbricht tatsächlich eine parlamentarische Demokratie wollte?

Leonhard: Unter den Kommunisten gab es große Unterschiede. Bei Leuten wie Ulbricht, Winzer und Gyptner war es wohl nur Taktik für die Zeit, in der sie noch keinen eigenen Apparat aufgebaut hatten. Es gab aber auch Kommunisten, die von der Demokratie-Idee zutiefst durchdrungen waren, dazu würde ich Anton Ackermann zählen, aber auch viele meiner Freunde. Wir glaubten an eine antifaschistisch-demokratische Republik.

Wolf: Ich wurde mit 22 Jahren plötzlich Chefredakteur der politischen Redaktion beim Berliner Rundfunk. Die damals zugelassenen vier Parteien, das heißt ihre führenden Leute, hatten ihre jeweilige Sendezeit - ich glaube, wöchentlich 15 Minuten -, um ihre Positionen darzustellen. Natürlich gab es eine sowjetische Zensur für alle Sendungen. Aber ich erinnere mich nicht - bis auf ein Beispiel -, daß die Sowjets in die Manuskripte der Vertreter der anderen Parteien eingegriffen hätten.

SPIEGEL: Welches war der Eingriffsfall?

Wolf: Als die Bodenreform kam, sprach sich der frühere Zentrumspolitiker Andreas Hermes dagegen aus, so wie sie geplant und durchgeführt wurde. Diesen Kommentar strich der sowjetische Kontrolloffizier.

SPIEGEL: Wann merkten Sie, daß aus der parlamentarischen Demokratie nichts werden würde?

Leonhard: Im September 1947, auf dem II. Parteitag der SED, dem ich beiwohnte. Als plötzlich Suslow aus der Sowjetunion kam und Hermann Matern ihn überschwänglich hochleben ließ - da begannen sich bei mir Zweifel einzustellen. Ich war damals Lehrer an der SED-Parteihochschule "Karl Marx". Seit dem Frühjahr 1948 wurde meine Einstellung immer kritischer und kritischer.

SPIEGEL: Gab es einen wirklichen Einschnitt?

Leonhard: Ein unglaublicher Schock war für mich die Errichtung der Zentralen Partei-Kontrollkommission unter Hermann Matern und der Länder-Partei-Kontrollkommissionen. "Kontrollkommissionen" - das Wort kannte ich aus der Sowjetunion. Im Juli 1948 kam dann die Säuberung der Partei von sogenannten parteifeindlichen und sowjetfeindlichen Elementen. Im August wurde verordnet, der "Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU" müsse im Zen-

trum der Schulung stehen. Da wurde mir plötzlich bewußt: Hier bist du nicht beim Aufbau einer antifaschistischen, parlamentarischen, demokratischen Republik, hier bist du vielmehr dabei, den Stalinismus auf deutschem Boden zu errichten.

SPIEGEL: Herr Wolf, die Errichtung der Partei-Kontrollkommission war für Sie nicht beunruhigend?

Wolf: Nein. Ich wußte, daß es in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion immer eine Partei-Kontrollkommission gegeben hatte. Das war für mich eine Strukturfrage. Im übrigen ist diese Zeit vor allem gekennzeichnet durch den Beginn des Kalten Krieges. Ich erinnere mich an eine Wahlkundgebung der SPD - das muß im Oktober 1946 gewesen sein - in den Messehallen am Funkturm, da fand eine unvorstellbare antikommunistische Hetze statt - anders kann ich's nicht sagen. Und zwar aus dem Munde führender Sozialdemokraten, in einem Ton, den ich mir eigentlich nur aus den Erzählungen über die Nazizeit vorstellen konnte.

SPIEGEL: Wer hat da geredet?

Wolf: Ernst Reuter sagte: "Wir werden die Zeit erleben, wenn unsere Züge wieder fahren werden nach Breslau und nach Königsberg", und Studenten riefen dazwischen "ins Massengrab", sie wurden verprügelt und rausgeschmissen.

SPIEGEL: Sind Sie beide damals öfter zusammengekommen?

Wolf: Ich erinnere mich an das einzige Gespräch, das wir in Groß-Glienicke hatten. Wolfgang berichtete damals begeistert über seine Eindrücke von Jugoslawien, so begeistert, daß wir Zweifel hatten, ob er alles richtig wahrgenommen habe, etwa daß die kommunistische Partei gar nicht mehr als führende Kraft in Erscheinung trete.

SPIEGEL: Weshalb waren Sie so begeistert von Titos Reich, Herr Leonhard?

Leonhard: Ich sah ein Land und eine Partei, die einen selbständigen, einen eigenständigen Weg gingen, sie schienen meine Sehnsucht nach einem anderen Modell des Sozialismus voll zu erfüllen. Als dann am 28. Juni 1948 die Moskauer Erklärung gegen die jugoslawischen Kommunisten kam, war das für mich der Bruch. Von da an - ich war häufig mit Jugoslawen zusammen - bereitete ich schon meine Flucht vor.

SPIEGEL: Direkt nach Belgrad?

Leonhard: Ich hätte ganz einfach über West-Berlin fliehen können. Aber ich wollte verdeutlichen, daß ich nach wie vor ein Anhänger von Marx, Engels und Lenin war, nur gegen das Stalin-System und das Ulbricht-System. Da hatte ich die Idee, aus der Sowjetzone Deutschlands erst in die Tschechoslowakei zu fliehen und von dort nach Jugoslawien. Ich kam am 25. März 1949 an.

SPIEGEL: Sie, Herr Wolf, blieben in der Sowjetzone. Störte Sie denn der aufkommende Stalin-Kult?

Wolf: Einem deutschen Kommunisten war die Verherrlichung Stalins schon sehr wesensfremd. Sie widerspricht ja auch dem Marxismus. Marx war bekanntlich sogar ein Gegner des Kults um seine Person.

SPIEGEL: Wie konnten Sie Ihren Radiohörern da Stalin nahebringen?

Wolf: Ich habe versucht, das zu erklären, indem ich meinen Hörern sagte: "Man muß das so verstehen: Das russische Volk brauchte eine starke Gestalt, um in dieser schweren Zeit der Auseinandersetzung zu bestehen." Da wurde ich von Anton Ackermann gerügt. Er sagte: "Das ist das persönliche Genie Stalins, wir müssen dieses persönliche Genie Stalins betonen." Ich habe es trotzdem nicht gemacht, aber auch nicht mehr das Gegenteil davon gesagt.

SPIEGEL: Was war sonst noch tabu im Rundfunk der SBZ?

Wolf: Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland, also die Vergewaltigungen und anderen Brutalitäten, dann das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR - wir haben darunter gelitten, über diese Fragen nicht offen sprechen zu können.

SPIEGEL: Und als dann Tito verdammt wurde, haben Sie da auch gelitten?

Wolf: Wir empfanden großes Unbehagen. Ich hatte auch meine Zweifel, ob die angeführten Gründe die wirklichen waren. Aber es gab für mich kein Forum, wo ich Fragen hätte stellen können.

SPIEGEL: Als Sie hörten, daß Wolfgang Leonhard nach Jugoslawien gegangen war, was ging Ihnen da durch den Kopf?

Wolf: Das war erst mal eine große Überraschung. Dann war es für mich - aus der damaligen Sicht - Verrat, ein Wechsel der Fronten, undenkbar für mich. Er war für mich übergelaufen zur anderen Seite. Inzwischen respektiere ich Wolfgangs Position längst.

Leonhard: Ich muß jetzt aber mal ganz klar sagen: Jugoslawien stand eben nicht auf der anderen Seite, Jugoslawien verwirklichte ein eigenständiges Modell einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

SPIEGEL: Herr Wolf, Sie waren, so hat Wolfgang Leonhard über Sie einmal geschrieben, der Typ des klugen, ruhigen, im Hintergrund stehenden Funktionärs, der das, wofür die anderen Genossen kämpften, nur als eine große Schachpartie ansah. Fühlen Sie sich durch diese Charakterisierung getroffen?

Wolf: Ich muß sicher nicht sagen, daß ich mich selbst nicht so sehe. Erwarten Sie von mir jetzt nicht eine Selbstdarstellung.

SPIEGEL: Als der 17. Juni 1953 kam, der Ost-Berliner Arbeiter-Aufstand - keine Zäsur für Sie, Herr Wolf?

Wolf: Der 17. Juni war für mich kein konterrevolutionärer Putsch, wie er in der offiziellen Sprachregelung genannt wurde. Ich war damals schon beim Nachrichtendienst und habe unsere eigenen Ursachen und Fehler durchaus gesehen.

Leonhard: Unvergeßlich für mich in Jugoslawien, als Kardelj, der zweite Mann nach Tito, sagte, es handele sich um ein Aufbegehren gegen das stalinistische System. Für Jugoslawien bleibe die rote Fahne ein Symbol der Befreiung, aber in Ost-Berlin sei sie das Symbol der sowjetischen Unterdrückung.

SPIEGEL: Und wie war's, als Chruschtschow 1956 Stalin verurteilte? Wußten Sie da schon alles, was er von Stalins Untaten enthüllte?

Leonhard: Die Tatsachen kannte ich längst. Dennoch war die Rede Chruschtschows für mich eine unglaubliche Freude. Jetzt, so hoffte ich damals, beginnen die Reformen, auf die ich so lange gewartet hatte.

SPIEGEL: Für Sie war die Freude über Chruschtschow nicht ganz so groß, Herr Wolf.

Wolf: Doch, verrückt ist es damals bei uns zugegangen: Auf einer Parteikonferenz verlas Ulbricht die von ihm selbst zensierte Rede Chruschtschows sozusagen vertraulich, wo doch jeder den vollen Text aus den ja nur uns zugänglichen West-Zeitungen längst kannte.

SPIEGEL: Hat Ulbricht die Chruschtschow-Rede kommentiert?

Wolf: Nein, es sollte eine Fehler-Diskussion geben. Als auf einer Kollegiumssitzung im Ministerium für Staatssicherheit unter dem Minister Ernst Wollweber um Meinungen gebeten wurde, meldete ich mich als erster zu Wort und sprach von der Erleichterung, die ich empfände, daß nun endlich alles ausgesprochen werde, was uns die ganzen Jahre bedrückt und verfolgt hatte. Worauf Mielke sofort das Wort ergriff und sich sehr heftig gegen mich wandte: Er habe sich nie bedrückt gefühlt, und solche Exzesse wie in der Sowjetunion seien ja in der DDR auch nicht passiert. Stalin bleibe eben doch der Mann, der Hitler das Genick gebrochen habe und dem das deutsche Volk seine Befreiung verdanke.

SPIEGEL: Was war Ihnen neu?

Wolf: Ich wußte natürlich vieles, aber in dieser massiven Darstellung - wie viele Mitglieder des Zentralkomitees und wie viele Kommandeure der Roten Armee umgebracht und wie die Verhöre durchgeführt worden waren -, das war mir neu. Spontan habe ich damals das Stalin-

Bild in meiner Wohnung - ein berühmtes Bild, wo der gütige Vater sein Pfeifchen anzündet - von der Wand genommen und in die Ecke geschleudert.

SPIEGEL: Das war ja theaterreif. Haben Sie's wieder aufgehängt?

Wolf: Nein. Das Glas war zerbrochen, und Stalin war für mich auch als Mensch erledigt. Es gab ja dann später immer wieder Versuche, in der Sowjetunion wie in der DDR, besonders auch von Mielke, Stalin als den großen Heerführer und Sieger im Großen Vaterländischen Krieg hochleben zu lassen. Ich bin öfter dabeigestanden ...

SPIEGEL: ... und haben Sie protestiert?

Wolf: Ich habe den Mund nicht aufgemacht, aber jeder im Ministerium kannte meine Position.

SPIEGEL: Herr Leonhard, hat es Sie überrascht zu sehen, daß der Hitler-Flüchtling Markus Wolf in der DDR ausgerechnet bei der Staatssicherheit reüssierte?

Leonhard: Ja, ich hatte damit gerechnet, daß Markus Wolf eine wichtige Rolle in der Diplomatie oder der Kultur der DDR spielen würde, etwa als Minister für Kultur oder Staatssekretär für Literatur und Kunst. Da war es - das wird Mischa verstehen - für mich schon ein Schock, wofür er sich entschieden hatte. Ich war erschrocken, als ich ihn auf Bildern sogar in Uniform sah.

SPIEGEL: Herr Wolf, als Glanzstück Ihrer Karriere in der DDR gilt die Plazierung des DDR-Spions Günter Guillaume in der unmittelbaren Umgebung Willy Brandts. Was hat Guillaume Ihnen eigentlich genutzt, außer daß er zum Sturz Brandts beitrug?

Wolf: Am Ende hat er etwas ganz Negatives ausgelöst, als er aufflog. Aber die Informationen, die Guillaume neben vielen anderen geliefert hat, haben wesentlich geholfen, daß die DDR, aber auch Moskau, von der absolut feindlichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie abgerückt ist.

In den Vorstellungen Honeckers und seines Kreises war die Bonner Ostpolitik ja eine Diversionpolitik gegenüber der DDR. Dank auch Guillaume begriffen diese Kreise, daß sie auch ein Element der Entspannung und der Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten enthielt.

SPIEGEL: Wann kam der Zeitpunkt, als Sie ahnten, dieses Regime sei dennoch nicht zu retten?

Wolf: An einen solchen Zeitpunkt erinnere ich mich nicht, wohl aber daran, daß ich Zweifel hatte, ob meine Tätigkeit noch einen Nutzen und Sinn haben würde.

SPIEGEL: Zweifel an welchem Nutzen und Sinn?

Wolf: Ich glaubte noch bis zum 9. November 1989, wenn auch nicht mehr sehr überzeugt, an die Möglichkeit der grundlegenden Reformierbarkeit dieses sozialistischen Systems. Und die Zweifel mehrten sich.

SPIEGEL: Aber dabei blieb es dann auch.

Wolf: Ich habe mich durchaus gefragt, ob die Zweifel am Funktionieren des Systems nicht ein Maß erreicht hätten, wo man etwas tun muß. Seit Mitte der siebziger Jahre sah ich, wie dieses Ministerium, dem ich angehörte, mit Robert Havemann umging. Das empfand ich als schlecht für die gesamte weitere Entwicklung in diesem Land.

SPIEGEL: Günter Mittag, der Wirtschaftsexperte im Politbüro, hat mal gesagt, er habe seit spätestens 1981 gewußt, daß die DDR wirtschaftlich am Ende gewesen sei. War auch Ihnen der wirtschaftliche Bankrott der DDR zu diesem relativ frühen Zeitpunkt klar?

Wolf: Na ja, nicht der Bankrott. Aber der Außenhandelsminister hatte mir damals schon gesagt: Wir gehen pleite, wenn wir so weitermachen mit den Krediten. Wir zahlen ja jetzt schon mehr an Zinsen, als unser ganzer Zuwachs an Bruttosozialprodukt ausmacht.

SPIEGEL: Warum sind Sie nie ins ZK gekommen?

Wolf: Da gab es eine Art Konsens zwischen mir und Mielke: Er wollte mich nicht drinhaben, freilich aus anderen Gründen als denen, derentwegen ich nicht drinsein wollte. Ich hätte ent-

weder im Zentralkomitee gesessen und wie viele andere den Mund nicht aufgemacht - dann wäre ich dringeblichen -, oder, was wahrscheinlicher gewesen wäre, ich hätte den Mund aufgemacht, hätte gar nichts bewirkt und wäre wieder draußen gewesen.

SPIEGEL: Herr Leonhard, nehmen Sie Markus Wolf ab, daß er als hochrangiger Vertreter des Repressionsapparats ein latenter Reformler gewesen ist, der nicht zum Zuge kam?

Leonhard: Ich kann mir das gut vorstellen. Markus Wolf war ja nicht der einzige in einer solchen zwiellichtigen Position. In allen Ländern des sogenannten realen Sozialismus gab es Menschen, die zu den obersten Gremien gehörten und damit auch für die Repression verantwortlich waren, die aber gleichzeitig kritische Gedanken hatten und Lockerungen oder Reformen wünschten. Für mich ist aber schwer verständlich, wie jemand nach zehn Lebensjahren in der Sowjetunion und den Erfahrungen in der DDR die Abkehr vom System erst so spät vollziehen konnte, nämlich erst 1986/87.

Wolf: Meinen Antrag auf Berentung hatte ich schon 1983 gestellt. Immerhin aber hatte ich ja auch eine Aufgabe, die ich für legitim und notwendig hielt: die Pläne und Absichten der anderen Seite kennenzulernen und die politische Führung, nicht nur in Berlin, sondern auch Moskau, darüber zu informieren.

Das war mein Arbeitsfeld, das war, wenn Sie so wollen, meine Nische, so komisch das in dem Zusammenhang auch klingen mag.

SPIEGEL: Der zweite Mann der Staatssicherheit arbeitet in der regimefernen Nische - das klingt nicht nur komisch, sondern erfunden.

Wolf: Mir wäre es als Desertion erschienen, wenn ich den Weg von Wolfgang Leonhard eingeschlagen hätte.

SPIEGEL: Aber Ihr Rentenantrag schon im Jahre 1983 war doch auch eine Art Desertion?

Wolf: Sicher, ja.

Leonhard: Warum so spät?

Wolf: Schon der Antrag war ja 1983 ein Politikum. Und als mein Ausscheiden aus dem Dienst im Februar oder März 1987 bekanntgegeben wurde, war es immer noch ein Politikum, fast sensationell. Da fragten viele: Wie kommt der Mann dazu, aus Altersgründen so früh aufzuhören?

SPIEGEL: Da waren Sie 64 Jahre alt.

Wolf: Wenn man das Alter des damaligen Ministers und der anderen Politbüro-Mitglieder berücksichtigt, war das eine Provokation.

Aber: Ich sah keine Möglichkeit mehr, in der Tätigkeit, die ich ausübte, irgend etwas beeinflussen zu können. Die Informationen, die wir gaben, wurden ja nur dann zur Kenntnis genommen, wenn sie mit der vorherrschenden Meinung der Führung übereinstimmten. Das ist wahrscheinlich bei den westlichen Diensten nicht anders.

SPIEGEL: Manche vermuteten damals, Sie und andere würden im Auftrage Michail Gorbatschows eine politische Alternative zu Honecker ausbauen. Wäre es ohne Gorbatschow zum Untergang der Sowjetunion und der DDR nicht gekommen?

Wolf: Er wäre ohne Gorbatschow wohl auch nicht vermieden worden, aber anders vorstellbar gewesen. Es hätte zum Beispiel in Deutschland eine längerfristig konzipierte Vereinigung von zwei gleichberechtigten Staaten geben können.

Leonhard: Ich habe große Bewunderung für Michail Gorbatschow, der im Breschnew-System aufgewachsen war, aber kritische Reformgedanken schon lange hatte. Er hat seit März 1985 sehr mutig und entschlossen versucht, diese Reformen zu verwirklichen in einem ständigen Kampf gegen die Betonköpfe. Zweifellos hat er dabei sehr viele Fehler gemacht: Er hat manche Probleme unterschätzt, vor allem die Wirtschaftsreform, auch das Nationalitätenproblem. Aber im großen und ganzen war sein Wirken positiv. Das Hauptproblem lag in etwas anderem: Die Reformen kamen zu spät.

SPIEGEL: Was wäre früher besser gewesen?

Leonhard: Ich bin bis heute der Meinung, daß der Prager Frühling 1968 wahrscheinlich die letzte Chance war, das bürokratisch-diktatorische östliche System in ein pluralistisches Sozialismus-Modell zu verwandeln. Eine ganze Generation später war alles noch verkalkter, noch verbürokratisierter, mit noch egoistischeren, machthungrigeren Funktionären und noch weniger Glauben der Menschen an einen veränderten, besseren Sozialismus.

Wolf: Ich galt in der DDR als einer der größten Anhänger Gorbatschows, und das war ich auch. Ich habe in einem ARD-Fernsehinterview im Frühjahr 1989 auf die Frage, was ich von Gorbatschow halte, gesagt: Ich bin froh und glücklich, daß es ihn gibt. Das wurde zum Thema auf einer Sitzung des Politbüros.

Gewiß wäre in der DDR ein Prager Frühling ohne die entsprechenden Vorgänge in Moskau nicht möglich gewesen. Jedenfalls war unsere einzige Hoffnung, daß von Moskau aus ein neuer Wind wehen würde. Daß die Perestroika und Gorbatschow gescheitert sind, empfinde ich als sehr schmerzlich.

SPIEGEL: Aber Gorbatschow gab die DDR preis.

Wolf: Ja, das betrachte ich in der Tat als Verrat an den Menschen, die jahrzehntlang die treuesten Verbündeten der Sowjetunion gewesen waren.

SPIEGEL: Eine derartig radikale Preisgabe des ganzen Glacis der alten Sowjetunion war doch auch ein kühner Entschluß.

Wolf: Diese Art der Annäherung an das imperialistische Amerika und der Versuch, das Wirtschaftssystem der USA zu übernehmen, waren eher schädlich als kühn. Damit wurde jede Vorstellung von der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative aufgegeben.

SPIEGEL: Herr Leonhard, Herr Wolf, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Juli 1996: >>**In den Dörfern wird es einsam**

Immer mehr Siebenbürger Sachsen zieht es aus Rumänien nach Deutschland

... Allein 1990, im Jahr nach dem Sturz vom Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu, siedelten 120.000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik über. Die Zahl hat sich inzwischen auf 6.000 jährlich eingependelt. Aber die Landstriche, in denen vormals noch 210.000 Menschen Deutsch als ihre Muttersprache angaben, sind ausgeblutet.

Die bäuerliche Romantik in Rumänien sollte nicht täuschen. Auf dem Land hat kaum jemand fließend Wasser: Waschschüssel und Plumpsklosett sind üblich. Autos gibt es kaum. Nur Pferdefuhrwerke, die morgens zu Dutzenden durch die Orte donnern, ermöglichen eine gewisse Beweglichkeit. Deutschland erscheint den Menschen in Rumänien als goldenes Paradies.

... Das Land, das die Deutschen nach der politischen Wende zurückbekommen haben, liegt in großen Flächen brach. Es fehlen Arbeitskräfte.

Das kulturelle Leben der Rumäniendeutschen ist trotz der Förderung aus Bonn in Millionenhöhe zumindest auf den Dörfern erstorben. ... "Die Kirche ist Heimat wegen der deutschen Sprache", sagt der Bischof der Siebenbürger Sachsen, Christoph Klein. Anders als in Deutschland gebe es hier kaum Kirchenaustritte. ...

Pastor Gerald Binder ist seiner Frau und seinen 3 Söhnen nicht nach Deutschland gefolgt. Er hat es nicht übers Herz gebracht, seine "Schäflein" allein zu lassen. In meinem Haus ist es einsam geworden. Er berichtet von einem alten Kettenhund, der ein Haus bewacht, das seit Jahren unbewohnt ist.

"Am Anfang haben die Auswanderer noch ihre Häuser verschleudert. Jetzt sperren sie ab und gehen weg." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. August 1996: >>**Ostpreußen-Museum bleibt vorerst geöffnet**

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg muß nicht bis zum Jahresende geschlossen

bleiben, wie es Museumsleiter Ronny Kabus noch vor 2 Wochen befürchtet hatte. ...

Kabus hatte von Schließung gesprochen, weil das Land im Zuge seiner Sparbemühungen nur 80 % der üblichen Förderung leisten wollte, was in Lüneburg ein Minus von 95.000 DM bedeutet hätte. ...

Ob das Museum auch im Jahr 1998 noch 43 Prozent seines Etats vom Land finanziert bekommt (den Rest zahlt der Bund), ist offen. Die Landesregierung hatte bereits vor längerer Zeit angekündigt, dann gar nichts mehr zahlen zu wollen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**

Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern

Viel Auftrieb vor den Hamburger Kammerspielen: 400 Besucher, darunter viel schwarz gekleidete Künstlerprominenz drängen in das ausverkaufte Haus. Kameras empfangen die Besucher schon vor dem Eingang, Mikrofone werden in die Menge gehalten.

Kein Zweifel: Hier wird ein "Event", ein Ereignis inszeniert. Erstaunlich ist der Anlaß: Ein wissenschaftlicher Wälzer wird vorgestellt, ein 700 Seiten starkes und mit fast 60 Mark recht teures Buch. Obwohl erst seit gut zwei Wochen im Handel, sind von der deutschen Ausgabe von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" schon fast 100.000 Exemplare verkauft worden. In der Diskussion ist es freilich schon seit Monaten, seit dem Erscheinen des amerikanischen Originals.

Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.

... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.

Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Goldhagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies).

Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlägt auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...

Einhellig bestritten die (deutschen) Historiker, daß der Massenmord von Anfang an vom Hitler-Regime geplant gewesen sei. Auch der Zweite Weltkrieg sei nicht geführt worden, um den Holocaust zu ermöglichen ...

Goldhagen ... hielt ... an seiner These von einem besonders radikalen deutschen Antisemitis-

mus fest. Einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern würde seine These nicht in Frage stellen.

An diesem Abend konnten mit akademischer Behutsamkeit die Empfindlichkeiten auf beiden Seiten gedämpft werden. Und das gespannt zuhörende Publikum schien zufrieden. Ein Teilnehmer resümierte nach der Veranstaltung: "Jetzt weiß man mehr als vorher." <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorschen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".

Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben" (Richard Bernstein).

Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert.

Elie Wiesel verwies auf die "bemerkenswerten Recherchen" und die "Fülle an Belegen, ... gestützt von einer überwältigenden Zahl an Dokumenten und Tatsachen", um "Hitlers willige Vollstrecker" als "großartigen Beitrag zum Verständnis und zur Vermittlung des Holocaust" anzukündigen.

Israel Gutman pries das Buch, weil es "eindeutig zentrale Fragen wieder aufwirft", die vom "Großteil der wissenschaftlichen Holocaust-Forschung" ignoriert würden. Goldhagen, nominiert für den Holocaust-Lehrstuhl der Harvard University und in den Medien mit Wiesel zusammengespannt, gelangte schnell zu allgegenwärtiger Präsenz im Vortragstourismus zum Thema Holocaust.

Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden.

Selbst der führende deutschsprachige Holocaust-Autor Yehuda Bauer, der an der Hebrew

University lehrt und zu den Leitern von Yad Vashem gehört, hat dieses Dogma zeitweilig übernommen. Noch vor einigen Jahren schrieb Bauer über die geistige Verfassung der Täter: "Die Juden wurden von Leuten umgebracht, die sie größtenteils nicht wirklich haßten. ... Die Deutschen mußten keinen Haß für die Juden empfinden, um sie zu töten."

In einer kürzlich erschienen Besprechung von Goldhagens Buch behauptete Bauer jedoch genau das Gegenteil: "Die radikalste Ausprägung mörderischer Gesinnung herrschte von den dreißiger Jahren an vor. ... Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich die breite Mehrheit der Deutschen in einem solchen Ausmaß mit dem Regime und seiner antisemitischen Politik identifiziert, daß es kein Problem war, die Mörder zu rekrutieren."

Als man ihn zu dieser Diskrepanz befragte, erwiderte Bauer: "Ich kann keinerlei Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen erkennen."

... "Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise.

Birn, weltweit die führende Autorität für die Archive, die Goldhagen zu Rate zog, veröffentlichte ihre kritischen Befunde zuerst im "Historical Journal" von Cambridge. Goldhagen wies die Einladung der Zeitschrift zu einer umfassenden Erwiderung zurück und beauftragte statt dessen eine führende Londoner Anwaltskanzlei, Birn und die Cambridge University Press wegen "vieler schwerwiegender Verleumdungen" zu verklagen.

Goldhagens Anwälte verlangten eine Entschuldigung, die Rücknahme der Kritik und eine Zusicherung Birns, die Kritik nicht zu wiederholen, und drohten zudem, daß "jegliches öffentliche Aufsehen, das Sie aufgrund dieses Briefes auslösen sollten, auf eine weitere Vergrößerung des Schadens hinauslaufen würde".

Kurz nachdem die ebenfalls kritischen Befunde des Autors in der "New Left Review" veröffentlicht wurden, erklärte sich der "Metropolitan-Verlag", ein Label von Henry Holt, bereit, beide Aufsätze zusammen als Buch herauszugeben.

In einer Titelgeschichte warnte daraufhin "Forward", Metropolitan sei "dabei, ein Buch von Norman Finkelstein herauszubringen, einem bekannten ideologischen Gegner des Staates Israel". Die Zeitschrift "Forward" ist die wichtigste Instanz, die in den Vereinigten Staaten die (politische) Holocaust-Correctness durchsetzt. ...

Leon Wieseltier, Literaturredakteur der pro-israelischen "New Republic", intervenierte persönlich bei Michael Naumann, dem Verleger von Holt. "Sie wissen nicht, wer Finkelstein ist. Er ist Gift, ein abstoßender Jude voller Selbsthaß, so etwas wie ihn finden Sie unter einem Stein."

Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress, bezeichnete Holts Entscheidung als "Schande" und meinte: "Wenn sie Müllmänner sein wollen, sollten sie sich die Uniform der Stadtreinigung anziehen."

"Nie zuvor habe ich", erinnerte sich Naumann später, "einen vergleichbaren Versuch interessierter Kreise erlebt, eine bevorstehende Veröffentlichung vor aller Augen schlecht zu machen." Der bekannte israelische Historiker und Journalist Tom Segev merkte in der Zeitschrift "Haaretz" an, daß die Kampagne an "Kulturterrorismus" grenze.

Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen.

Mit der Behauptung, ich sei "der überwiegenden Mehrheit der Juden auf diesem Kontinent ein Greuel", prangerte der Canadian Jewish Congress (CJC) an, daß Frau Birn an diesem Buch mitgearbeitet hatte. Über ihren Arbeitgeber machte der CJC Druck und reichte eine Be-

schwerde beim Justizministerium ein. Zusammen mit einem vom CJC unterstützten Bericht, der Birn als "Mitglied der Rasse der Täter" (sie ist in Deutschland geboren) bezeichnete, löste diese Beschwerde eine offizielle Ermittlung gegen sie aus.

Auch nach dem Erscheinen des Buches ließen die persönlichen Angriffe nicht nach. Goldhagen behauptete, Birn, die die Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat, vertrete eine antisemitische Einstellung, und ich selbst sei der Meinung, die Opfer der Nazis einschließlich meiner eigenen Familie hätten den Tod verdient. Goldhagens Kollegen am Harvard Center for European Studies, Stanley Hoffmann und Charles Maier, stellten sich öffentlich hinter ihn.

"The New Republic" bezeichnete die Vorwürfe, es handle sich um Zensur, als "Ente", und hielt dagegen, daß "es einen Unterschied gibt zwischen Zensur und der Einhaltung von Standards".

Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...

Man sehe sich zum Schluß noch folgendes Beziehungsmuster an: Wiesel und Gutmann unterstützten Goldhagen, Wiesel unterstützte Kosinski, Gutman und Goldhagen unterstützten Wilkomirski. Man verbinde die Spieler miteinander: Das ist HOLOCAUST-Literatur. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**

Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...

Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. September 1996: >>**Alliierten wußten von Nazi-Gold in Schweiz**

Das Nazi-Regime hat gegen Ende des zweiten Weltkrieges ein geplündertes Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar aus jüdischem Besitz und Zentralbankreserven besetzter Staaten aus dem Land geschafft. Die nach heutigem Wert rund 7 Milliarden Dollar wurden in die Schweiz und nach Portugal transportiert, bestätigte das britische Außenministerium. ...

Über den Verbleib des Goldschatzes steht lediglich fest, daß die Schweiz den Alliierten 60 Millionen Dollar für den Wiederaufbau in Europa zugestand. Wo die übrigen eingeschmolzenen Goldbarren geblieben sind, bleibt ein Rätsel.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 1996: >>**Das Nazi-Gold in der Schweiz erregt die Gemüter**

Juden fordern Rückgabe an Opfer und Hinterbliebene / Bern will erst Rolle der Schweizer Banken in der NS-Ära prüfen

... Die Schweiz geht die Aufklärung über den Verbleib des sogenannten Nazi-Goldes, dessen Wert heute bei 10,5 Milliarden Mark liegt, trotzdem nur langsam an ...

1946 hatten sich die Alliierten und die Schweiz darauf geeinigt, daß die Schweiz einen Beitrag als Ausgleich für das "Raubgold" an Großbritannien, Frankreich und USA herausgibt. Dabei ging es allerdings nur um einen Betrag von 60 Millionen US-Dollar. Das Geld wurde anteilmäßig an die Länder zurückgegeben, aus denen es vermutlich stammte.

Das American Jewish Committee zeigte sich "nicht irritiert", daß die Wahrheit erst so spät ans Licht kommt. Auch in den USA habe es schon vor dem Krieg Antisemitismus gegeben. So

dürfe niemand überrascht sein, wenn auch später beim Umgang mit diesem Vermögen Antisemitismus eine Rolle gespielt hätte.

In der Tat birgt der Bericht des britischen Außenministers nach Ansicht von Beobachtern auch Brisanz, weil er ein Licht auf jene Kriegsgegner Deutschlands wirft, die über den Verbleib des Goldes Bescheid gewußt, ihr Wissen aber nie preisgegeben haben. ...<<

Die größte Schweizer Zeitung "Sonntags-Blick" berichtete am 22. September 1996 (x136/14):
>>... Die Schweiz hat die von den Nazis flüchtenden Juden an der Grenze abgewiesen und so in den Tod geschickt. Das Gold, das die Nazis den toten Juden aus den Zähnen brachen, hat die Schweiz willig akzeptiert und gewaschen.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 – 1996 veröffentlichte im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>**Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben**

Predigt zum Tag der Heimat (am 7.9.96 in Berlin)

Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:

"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Unschuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.

Betet für sie."

Am 47. Tag der Heimat gedenkt der Bund der Vertriebenen natürlich aller Opfer der Vertreibung und Flucht aus dem deutschen Osten, der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas. Wir wollen uns aber auch in Dankbarkeit daran erinnern, daß sich katholische deutsche Bischöfe mehrfach an den Alliierten Kontrollrat wandten und gegen die Ausweisungspraktiken protestierten, ohne daß ihr Anliegen auch nur beachtet worden wäre.

Am 3. Juli 1946 richteten die deutschen Kardinäle und Erzbischöfe ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Truman und baten erneut um die Beendigung der grausamen Vertreibung. Doch wie bereits im Herbst 1945 schenkte General Clay den deutschen Bischöfen kein Gehör. Am 15. Juli 1946 teilte er dem Berliner Bischof Kardinal Graf von Preysing, dem unerschrockenen Gegner der Nazis mit, er sei nicht gewillt, die Bittschrift der Bischöfe an den amerikanischen Präsidenten weiterzuleiten. In seinem Brief heißt es wörtlich:

"Die Umsiedlung der betreffenden Deutschen wurde in Potsdam beschlossen als notwendig für die zukünftige Sicherheit Europas. ..."

- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.

Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen.

Und wenn immer wieder an den Massenmord in Auschwitz erinnert wird, dürfen wir nicht

verschweigen, daß die Zahl der Opfer bei der Vertreibung nach amtlichen, meist verschwiegenen Angaben, mehr als doppelt so hoch war wie in Auschwitz. Wir dürfen und wollen nicht Verbrechen gegen Verbrechen aufrechnen, aber es dient nicht der Wahrheit und Verständigung, wenn geschichtliche Tatsachen verschwiegen oder gar geleugnet werden.

Das Wort der Schrift: "Die Wahrheit wird euch freimachen" (Johannes 8, 32) gilt auch für die Geschichtsschreibung.

Wir gedenken jedoch nicht nur unserer Toten, sondern auch unserer verlorenen Heimat. Wenn der Psalmist betet: "Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke. ..." (137, 5 f.), können wir diese Worte sinngemäß auf unsere verlorene Heimat im Osten anwenden.

Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassm Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!

Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.

Ein derartig schmachliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland.

So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.

Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vielen befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.

Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teilwiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?

Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte. Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfdeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen. Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.

Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:

"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht - 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind."

Meine lieben Christen,

vielleicht fragt sich der eine oder andere, ob solche Fragen in einen Gottesdienst gehören. Gewiß nicht in einen normalen Sonntagsgottesdienst. Aber da Politiker und Medienleute für gewöhnlich diese Fragen verschweigen oder gar die unabweisbaren Tatsachen leugnen,

scheint es mir richtig und notwendig, in einem Gottesdienst zum Tag der Heimat auf diese Probleme aufmerksam zu machen, die im Grunde jedermann bekannt sind, die man aber nicht auszusprechen wagt und die für unsere Heimatvertriebenen zur schwärenden Wunde wurden, die nicht heilen will.

In jeder heiligen Messe beten wir für die Lebenden und Toten. Nach dem Beispiel des unlängst seliggesprochenen Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg wollen wir für die Lebenden und Toten hüben wie drüben beten, für unsere Landsleute wie auch die Toten der Länder, die sich einst mit uns im Krieg befanden. Wir wollen den Herrn bitten, er möge das vergossene Blut annehmen zur Sühne für die Sünden und Verbrechen, die durch uns und an uns geschahen. Er möge das vergossene Blut zur Saat der Verständigung und des Friedens werden lassen.

Wir haben vorhin das Evangelium von den Emmausjüngern gehört. Was hat es mit unserem Gedenkgottesdienst zu tun? Erinnern wir uns: Der Herr hatte vorausgesagt, daß er in den Tod gehen werde. Hiermit brach für seine Jünger und Anhänger eine ganze Welt zusammen. Zwar hatte der Herr den Seinen gesagt, er werde wieder auferstehen, aber das hatten sie nicht begriffen. Und nun gehen am Ostermorgen zwei seiner Jünger nach Emmaus. Sie begegnen Jesus, ohne ihn zu erkennen. Er fragt sie, warum sie so traurig sind. Da bricht es aus ihnen heraus. Sie hatten gehofft, er werde Israel erlösen. Da beginnt Jesus ihnen, angefangen von den Propheten, darzulegen, warum dies alles so kommen mußte.

Vielleicht ist es verwegen, eine Parallele zu ziehen. Der Herr, der Unschuldige, gibt sein Leben hin für uns, um uns von unserer Schuld zu befreien. Er erleidet den furchtbaren Tod am Kreuz, um die Schuld der Welt hinwegzunehmen, sie zu sühnen. Durch sein Leiden, seinen Tod sind wir erlöst. Und er hat seinen Jüngern gesagt, daß der Knecht nicht mehr ist als sein Herr und der Jünger nicht über dem Meister steht.

Und irgendwie, in irgendeiner Form müssen alle, die zu den Jüngern Jesu gehören, an seinem Leiden, an seinem Kreuz teilhaben. Wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns das Leid, das Kreuz nicht aussuchen können, daß es uns sehr oft völlig unerwartet trifft. Der Herr hat unseren Landsleuten im Osten und Südosten Europas ein besonders schweres Kreuz auferlegt.

Und wir dürfen vielleicht sagen, so wie der Herr unschuldig war an seinem Tod, so waren hunderttausende - insgesamt sind es ja etwa 3 Millionen - in der überwältigenden Mehrheit unschuldig an ihrem grausamen Geschick.

Teilhabe am Kreuz Christi in einer Form, in einer Weise, die sich keiner vor dem furchtbaren Geschehen vorstellen konnte, die niemand Menschen aus eigener Machtvollkommenheit auferlegen darf. Aber wir dürfen selbst in diesem schweren Schicksal noch die Hand des Herrn erkennen.

Ich denke, unsere Heimatvertriebenen haben es irgendwie begriffen, als sie 1950 die Charta der Heimatvertriebenen verfaßten, in der sie auf Haß, Rache und Vergeltung verzichteten, obwohl sie genau wußten, was an ihren Angehörigen, was an ihrer Heimat geschehen war, welch unbeschreibliche Greuel sich ereignet hatten. Und so kam es zu einem der ergreifendsten Dokumente der neueren Geschichte, man darf es eine Sternstunde der Menschheit nennen. Diese Charta der Heimatvertriebenen zeugt von seelischer Größe, die durch den Feuerofen der Läuterung gegangen war.

Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß in der Charta noch etwa anderes steht, was allzuoft verschwiegen wird:

Daß Gott den Menschen in seine Heimat gestellt hat, daß Gott ihm die Heimat zu Lehen gegeben hat und daß, wer die Heimat nimmt, einen Menschen im Geiste tötet. Wir dürfen unsere Heimat im Osten nicht vergessen. Erinnern wir uns an das Wort des Psalmisten:

"Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren."

Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine

echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.

- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anlässlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:

"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt."

Die grauenhaften Verbrechen bei den "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien, bei denen sich die Greuel in ähnlicher Weise wiederholten wie einst an den Deutschen im Osten und Südosten Europas, legen nahe, daß durch unübersehbare Zeichen die Völker nachdenklich werden und gemeinsam zu Rate gehen, wie die größten Massenvertreibungen der Weltgeschichte wenigstens einigermaßen wiedergutmacht werden können.

- Papst Johannes Paul II. sagte über das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen:

"Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistlichen Beziehungen, die sie in ihrem Menschsein nähren und aufrecht erhalten. ..."

Und darum, meine lieben Christen, sollen und dürfen wir kämpfen - nicht wie einst Korfanty mit seinen Terrorbanden in Oberschlesien - aber mit zäher Geduld, nicht um Zwietracht zu säen, sondern damit Wahrheit und Recht siegen, daß es zu einer gerechten Lösung im deutschen Osten kommt, damit wir mit den Völkern Osteuropas einen gerechten, dauerhaften Frieden erlangen.

Polnische Bischöfe weisen gern auf ihren Brief zur Versöhnung mit den deutschen Bischöfen vom Herbst 1965 hin. Allerdings schrieben sie nur wenige Monate später, im Hirtenbrief vom 10. Februar 1966:

"Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben."

Nun, wir wissen, daß die historischen Fakten leider ganz anders aussehen.

- Es dient nicht der Verständigung, wenn polnische Bischöfe 1994 in Stettin und später in Landsberg Dankgottesdienste dafür feiern, daß diese angeblich urpolnischen Gebiete wieder zum polnischen Mutterland zurückgekehrt seien. Ich habe jahrelang in Ostpreußen, Pommern und Schlesien gelebt und weiß, wie Sie alle, daß diese deutschen Ostprovinzen urdeutsch waren.

Der englische Premier Lloyd George erklärte 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles, es sei nicht die Absicht, dem polnischen Volk Gebiete zuzuerkennen, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen sind. Und US-Präsident Wilson sagte am 7. April 1919:

"Das einzige Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt."

Damals ging es lediglich um den polnischen Korridor, nicht um den Verlust des gesamten deutschen Ostens.

Meine lieben Christen, bloße Trauer um die verlorene Heimat führt nicht weiter. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen vertrauensvoll in die Zukunft schauen wie einst die Polen, die nach ihrer Teilung 125 Jahre sangen: "Noch ist Polen nicht verloren!" Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß der völkerrechtswidrige Landraub keinen ehrlichen, dauerhaften Frieden möglich macht. So besteht hinsichtlich des Münchner Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an nichtig sei. Gilt für den "freiwilligen" Verzicht auf den deutschen Osten etwas anderes?

Dabei geht es keineswegs darum, die im deutschen Osten lebenden Polen und Russen zu vertreiben. Es ist genügend Platz dort für Deutsche, Polen und Russen. Wir können gemeinsam in unserer alten Heimat leben und bei allseits guten Willen könnte sich dieses Zusammenleben segensreich auswirken. Mir scheint, nur dann wird ein dauerhafter Friede in Europa möglich sein.

In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."

Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Nationalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:

"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."

Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht.

Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht, wurden unvorstellbare Verbrechen begangen. Wir bitten unsere Opfer wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Dieses Eingeständnis kann und soll uns befähigen, einander die Hände zu reichen und miteinander in eine bessere Zukunft zu gehen.

Gemeinsam wollen wir zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.

Amen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Oktober 1996: >>Polen hofft auf Opel

... Der Rüsselsheimer Autohersteller Opel hat am Mittwoch den Startschuß zum Bau eines 470 Millionen DM teuren Werks in Polen gegeben, von dem aus der boomende osteuropäische Automarkt erobert werden soll. Den symbolischen ersten Spatenstich in der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz führten der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Bundesaußenminister Klaus Kinkel und Opel-Chef David Herman aus.

... Keinesfalls vorgesehen sei die Belieferung des deutschen Marktes von Polen aus. Auch würden keine Arbeitsplätze aus der Bundesrepublik nach Gleiwitz verlegt, versicherte Herman. Die geplante enge Zusammenarbeit mit Opel Eisenach sicherte im Gegenteil Beschäftigung in Deutschland.

... Das neue Werk entsteht auf der grünen Wiese in einer Sonderwirtschaftszone, wo in den ersten 10 Jahren gar keine und dann weitere 10 Jahre lang nur 50 Prozent Steuern gezahlt werden müssen. Die Lohnkosten betragen ein Zehntel von denen in Deutschland.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 1996: >>Das herrenlose Vermögen ermordeter Juden belastet die Schweiz

Ein jetzt bestätigter Geheimvertrag mit Polen wirft Schatten auf eine Nation, die bisher als demokratisches Musterländle galt.

Von einer beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz ist in einem kaum zu übersehenden Inserat in der "Neuen Zürcher Zeitung" die Rede. Darin heißt es: "In den vergangenen Wochen war keine Sensationsmeldung über angeblich in der Schweiz verschwundene deutsche Kriegsbeute zu unglaublich, zu phantasievoll, zu reißerisch, um nicht in Großaufmachung durch die internationale Presse geistern zu können. ..."

Solche herzhafteste Medienschelte ist Wasser auf die Mühlen jener Eidgenossen, bei denen der Patriotismus nach wie vor hoch im Kurs steht. Den einen oder anderen unter ihnen mag es sogar freuen, daß der Verfasser der Anzeige Michael E. Dreher ist, legendärer Gründer der Auto-Partei, die sich heute großspurig Freiheitspartei nennt. Für eben diese Partei wirbt Dreher denn auch mit seiner Anzeige.

Besonders erbost ist eine Aussage von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der in einem Interview zum Thema Raubgold und Judengelder behauptete: "Die Schweizer schauten nur zu und profitierten."

Bubis geht davon aus, daß die Nazis seinerzeit einen Teil der geraubten Schätze verkauften und damit "sowohl ihre Importe bezahlt wie auch Reserven auf Schweizer Konten gebildet hätten.

Ähnliche Vorwürfe an die Schweiz kommen heute besonders aus Amerika, wo der New Yorker Senator Alfonse D'Amato nicht müde wird, immer wieder für Aufregung zu sorgen. Mit jedem neuen Verdacht verwandelt sich das Bild des Schweizer Musterknaben in Sachen "political correctness" zu dem des Prügelknaben.

So hat die Schweizer Regierung, aufgeschreckt durch immer neue Enthüllungen, eine Gruppe von Historikern eingesetzt, die Licht bringen soll in ein - wie Bundesrat Kaspar Villiger es ausdrückt - Gestrüpp von Fakten, über die man noch nicht alles weiß." Auf Grund der bisherigen Informationen fügte er hinzu, habe er bei dem jüngst bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Polen aus dem Jahr 1949 aber "kein sehr gutes Gefühl".

Das schlechte Gefühl des Bundesrats ist berechtigt, denn Polens Außenminister Dariusz Rosati bestätigte ... erstmals öffentlich, daß es einen Geheimvertrag mit der Schweiz über die Konten jüdischer Holocaust-Opfer gegeben habe. In einem Radiointerview meinte der polnische Außenminister, der Vertrag habe "gegen geltendes Recht verstoßen". Nach diesem Abkommen aus dem Jahre 1949 sollten Schweizer, die nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen Vermögen verloren hatten, unter anderem mit dem Geld von polnischen Nazi-Opfern entschädigt werden können.

Die Vereinbarung sah auch vor, das Geld von Schweizer Konten ermordeter polnischer Juden der Polnischen Nationalbank zu überweisen. Das sei nicht hinnehmbar, erklärte der polnische Außenminister: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einem Rechtsstaat entscheiden kann, daß private Konten polnischer Bürger in Staatshand übergehen, wenn es eine bestimmte Zeit keine Kontobewegungen gegeben hat."

... Die Schweizer fühlen sich von der Vergangenheit eingeholt und überrumpelt. Viele wollen es heute noch nicht wahrhaben, daß ihr Land in den Kriegsjahren eine wichtige Rolle als Waffenlieferant Nazideutschlands spielte und wahrscheinlich deswegen verschont blieb.

Schwerer noch wiegt jetzt die Bestätigung des Verdachts, daß die Schweiz nach dem Krieg die herrenlosen Gelder aus Polen ohne gewissenhafte Suche nach den Erben dem polnischen Staat - und nicht etwa jüdischen Organisationen - übergeben hat.

"Wir haben ein Imageproblem", gestand Hans Meyer, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, vor kurzem seinen Kollegen in Washington. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Suche nach den "Schweizer Konten von ermordeten Juden" (x169/99-104): >>... Zunächst behauptete die Holocaust-Industrie, Schweizer Banken hätten gesetzlichen Erben von Holocaust-Opfern systematisch den Zugang zu nachrichtenlosen Konten mit einem Wert von 7 bis 10 Milliarden Dollar verweigert. "Während der letzten fünfzig Jahre", schrieb "Time" in einer Titelgeschichte, sei es eine "Generalanweisung der Schweizer Banken gewesen, Überlebende des Holocaust hinzuhalten und abzuwehren, wenn sie sich nach den Konten ihrer verstorbenen Verwandten erkundigten".

Mit einem Hinweis auf die Geheimhaltungsvorschriften, die die Schweizer Banken 1934 zum Teil deswegen erlassen hatten, weil sie verhindern wollten, daß jüdische Anleger von den Nazis abkassiert wurden, trug D'Amato dem Bankenausschuß des Kongresses vor: "Ist es nicht eine Ironie, daß genau das System, mit dem die Leute ermutigt wurden, Konten zu eröffnen - daß genau dessen Geheimhaltungsvorschriften dann dazu benutzt wurden, eben diesen Leuten und deren Erben ihr Erbe, ihr Recht zu verweigern? Man hat es pervertiert, verdreht, in sein Gegenteil verkehrt."

Atemlos erzählt Bower, wie ein entscheidendes Beweisstück für die schweizerische Perfidie gegenüber Holocaust-Opfern entdeckt wurde: "Glück und Fleiß brachten eine kostbare Information zu Tage, und sie bestätigte die Berechtigung von Bronfmans Klage. Ein Geheimdienstbericht aus der Schweiz vom Juli 1945 erwähnte, daß Jacques Salmanovitz, der Eigentümer der Société Générale de Surveillance (SGS), eines Notariatsbüros und einer Treuhandfirma mit Kontakten zu den Balkanstaaten, eine Liste mit 182 jüdischen Klienten besaß.

Sie hatten diesem Treuhänder 8,4 Millionen Schweizer Franken und etwa 90.000 Dollar anvertraut, bevor sie aus den Balkanstaaten in die Schweiz gekommen waren. In dem Bericht wurde festgestellt, daß die Juden ihren Besitz noch nicht zurückgefordert hätten. Rickman und D'Amato waren begeistert."

Auch in seinem eigenen Bericht brandmarkt Rickman diesen "Beweis für schweizerische Kriminalität". In diesem speziellen Kontext erwähnt jedoch keiner der beiden, daß Salmanovitz Jude war. ...

Gegen Ende 1996 lieferte ein Auftritt älterer jüdischer Frauen und eines Mannes vor dem Bankenausschuß des Kongresses ein bewegendes Zeugnis für die Rechtsverstöße der Schweizer Bankiers. Doch laut Itamar Levin, einem Redakteur der größten israelischen Wirtschaftszeitung, hatte keiner dieser Zeugen "einen wirklichen Beweis für die Existenz von Vermögenswerten bei Schweizer Banken".

Um den theatralischen Effekt dieser Zeugenaussage zu steigern, rief D'Amato Elie Wiesel als Zeugen auf. In seiner später weithin zitierten Aussage beteuerte Wiesel, er sei schockiert - schockiert! - gewesen von der Enthüllung, die Täter des Holocaust hätten versucht, Juden auszuplündern, ehe sie sie ermordeten: "Anfangs glaubten wir, die Endlösung sei allein durch eine vergiftete Ideologie motiviert gewesen. Nun wissen wir, daß sie nicht einfach, so schrecklich das klingen mag, nur Juden töten wollten: Sie wollten jüdisches Geld. Jeden Tag erfahren wir mehr über diese Tragödie. Gibt es denn für Schmerz keine Grenze? Keine Grenze für den Frevel?"

Natürlich ist es kaum eine Neuigkeit, daß die Nazis die Juden ausplünderten; ein großer Teil von Raul Hilbergs 1961 veröffentlichter grundlegender Untersuchung, "Die Vernichtung der europäischen Juden", ist der Enteignung der Juden durch die Nazis gewidmet.

Man hat auch behauptet, die Schweizer Bankiers hätten die Einlagen von Holocaust-Opfern kassiert und systematisch entscheidende Unterlagen vernichtet, um die Spuren zu verwischen, und nur Juden seien derlei Scheußlichkeiten zugefügt worden. Bei einer Anhörung griff die Senatorin Barbara Boxer die Schweizer an und bekundete: "Dieser Ausschuß wird ein doppeltes Spiel der Schweizer Banken nicht hinnehmen. Erzählen Sie der Welt nicht, sie würden

suchen, während sie Akten vernichten."

Doch leider erschöpfte sich der propagandistische Wert der älteren jüdischen Kläger, die die Perfidie der Schweizer bezeugten, recht schnell. Dementsprechend versuchte die Holocaust-Industrie einen neuen Skandal ausfindig zu machen. Die Begeisterung der Medien machte sich an dem von der Schweiz gekauften Gold fest, das die Nazis während des Krieges in den Zentralbanken Europas erbeutet hatten. Auch das war in Wahrheit längst bekannt, wurde aber als aufsehenerregende Enthüllung verkündet.

Arthur Smith, der Autor einer Standarduntersuchung zu diesem Komplex, sagte bei der Anhörung des Repräsentantenhauses: "Ich habe mir den ganzen Morgen und heute nachmittag Dinge angehört, die in weitem Umfang schon seit einigen Jahren in ihren Grundzügen bekannt sind; ich bin überrascht, daß vieles als neu dargestellt wird."

Bei diesen Anhörungen ging es jedoch nicht um Information, sondern, mit den Worten der Journalistin Isabel Vincent darum, "sensationelle Stories zu bekommen". Wenn man ausreichend mit Schlamm warf, konnte man durchaus davon ausgehen, daß die Schweiz klein begeben würde.

Das einzige wirklich Neue war die Behauptung, die Schweizer hätten wissentlich mit dem "Gold von Opfern" Handel getrieben. Das heißt, sie kauften große Mengen Gold auf, das die Nazis in Barren umgeschmolzen hatten, nachdem sie es Opfern der Konzentrationslager abgenommen hatten.

"Der WJC", schreibt Bower, "brauchte ein emotional besetztes Thema, das den Holocaust und die Schweiz miteinander verknüpfte." Dementsprechend sah man diese neuerliche Enthüllung schweizerischer Tücke als Geschenk des Himmels an.

Es gab "nur wenige Bilder", fährt Bower fort, "die aufwühlender waren als das Herausbrechen der Goldfüllungen aus den verzerrten Mündern toter Juden, die man aus den Gaskammern der Vernichtungslager gezogen hatte."

"Die Tatsachen sind sehr, sehr betrüblich", brachte D'Amato bei der Anhörung vor dem Repräsentantenhaus in klagendem Tonfall vor, "weil sie uns von der Plünderung der Besitztümer aus Wohnungen und Nationalbanken berichten, von den Todeslagern, den Uhren und Armreifen und Brillengestellen aus Gold und den Zahnfüllungen der Menschen."

Neben den Vorwürfen, den Zugang zu Holocaust-Konten zu behindern und mit geplündertem Gold gehandelt zu haben, sahen die Schweizer sich auch mit der Anschuldigung konfrontiert, sie würden mit Polen und Ungarn gemeinsame Sache machen, um Juden zu betrügen. Hier hielt man ihnen vor, Gelder von nicht beanspruchten Schweizer Konten, die polnischen und ungarischen Staatsbürgern gehörten (die aber nicht alle Juden waren), würden von der Schweiz als Entschädigung für schweizerischen Besitz verwendet, den diese Regierungen verstaatlicht hatten.

Rickman bezeichnet dies als "aufregende Enthüllung, eine, die den Schweizern die Socken von den Füßen reißen und einen Feuersturm verursachen wird". Doch die Fakten waren schon weithin bekannt und in amerikanischen Zeitschriften der frühen fünfziger Jahre veröffentlicht worden. Und angesichts des ganzen Mediengeschreis belief sich die entsprechende Summe schließlich auf weniger als eine Million Dollar nach heutigem Wert.

Bereits vor dem ersten Senatshearing über die nachrichtenlosen Konten im April 1996 hatten die Schweizer Banken eingewilligt, einen Untersuchungsausschuß einzurichten und sich dessen Ergebnissen zu unterwerfen. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>Woher der Haß?

Fassungloses Entsetzen: "Woher der Haß?" Irmgard Fides Behrendt fragt so inmitten der nicht enden wollenden, immer neuen Plünderungs-, Vergewaltigungs- und Mordwellen von

seiten einer oft alkoholisierten, verwaahlerten sowjetischen Soldateska bei deren Überfall auf die Zivilbevölkerung 1945 im friedlichen Ostpreußen. ...

Wir wissen aber heute besser als damals, woher Haß und vertierte Brutalität in der Roten Armee kamen. Das in mehrfacher Hinsicht hervorragende Werk von Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945" ... hat den geplanten Angriffskrieg Stalins, dem Hitlers Angriff gerade noch zuvorkam, in seinem inneren wie nach außen gewendeten strukturellen Terrorcharakter dargestellt.

Ich zitiere einige Kapitelüberschriften des genau quellenmäßig belegten Buches: Durch Terror zum Kampf. Sowjetsoldaten werden ins Feuer getrieben - Sowjetsoldaten dürfen sich nicht gefangen geben. Verhinderung der Flucht nach vorn - Der Terrorapparat. Wie "Massenheroismus" und "Sowjetpatriotismus" erzeugt wurden - Sowjetische Untaten werden den Deutschen zugeschrieben - Die antideutschen Volks- und Rassenhetze - Die Ermordung deutscher Kriegsgefangener begann bereits am 22. Juni 1941 - Greuelthaten der Roten Armee beim Vordringen auf deutschen Boden ...

Was die grauenhaften Erlebnisse der ostdeutschen Bevölkerung 1945 anlangt und die fassungslose Frage: Woher der Haß?, so mögen Ursachen aus einigen Zitaten des Buches faßbar werden. Sie beziehen sich auf Ilja Ehrenburg, den von Stalin eingesetzten Lehrmeister der Roten Armee. Schon am ersten Kriegstag nennt er die deutschen Soldaten: Räuber, Kindermörder, keine menschlichen Wesen, schädliches Ungeziefer, gigantische Gangsterbande, schlimmer als wilde Bestien, verglichen mit ihnen sind Kaffern und Zulus noch kultiviert, Perverse, Sodomiten und Süchtige, leichenfressende Dämonen und Vampire (ebda. S. 200, 202, 204).

Im Oktober 1942 heißt es in seinem berüchtigten Aufruf: Töte!, "der unter den sowjetischen Truppen weiteste Verbreitung fand und den Rotarmisten immer wieder eingehämmert wurde": "Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort 'Deutscher' ein Gewehr zur Entladung ... Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen ... Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen ..." (S. 206)

Seine Aufrufe zu Plünderungen, systematischen Vergewaltigungen etc. schließen sich konsequent an. Es hat m.E. wohl kaum je einen Schreibtischtäter gegeben, dessen Hetz-, Haß- und Aufstachelungstiraden massenhaft Fürchterlicheres angerichtet haben als die von Ilja Ehrenburg.

3. Zivile Opfer allein in den Ostprovinzen: "120.000 Männer, Frauen und Kinder größtenteils von Sowjetsoldaten ermordet und 100.000 bis 200.000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrundegegangen. 200.000 Menschen starben während der ab 3. Februar 1945 einsetzenden Deportationen und in der sowjetischen Sklaverei und unendlich viele - in Königsberg allein 90.000 - an den unmenschlichen Lebensbedingungen unter sowjetischer Militärverwaltung in der nachfolgenden Okkupationszeit. Extrem hoch war auch die Rate derer, die ihrem Leben aus Verzweiflung selbst ein Ende machten.

Die ungeheuren Menschenverluste, die durch unmittelbare Gewaltanwendung oder in den Gefängnissen, Konzentrationslagern und Vernichtungslagern in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei eingetreten sind, sollen in diesem Zusammenhang dabei ebenso außer Betracht bleiben wie die mindestens 65.000 Zivilpersonen, die in den sowjetischen Konzentrationslagern der Besatzungstruppen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen." (S. 253 f.)

Es erscheint als eines von leider vielen Beispielen geradezu perverser Würdelosigkeit, die mit jenen ("in der Geschichte Europas einmaligen" Pius XII.) Ereignissen verbundene Beendigung des Krieges als "Befreiung" feiern zu wollen.

Auch hat man noch nicht gehört, daß den Millionen Opfern, tapferen Soldaten (insbesondere auch der Marine, die in einem beispiellosen Einsatz Millionen retten konnte), und Vergewal-

tigten ein würdiges nationales Gedenken und Denkmal gewidmet worden wäre. Man denkt da heute mehr an Deserteure und fremde Völker ... und will am liebsten bei den Jubelfeiern der antideutschen und (im Falle der Sowjets und Roosevelts) antieuropäischen Sieger mitmachen.

...

4. Woher der Haß? Aufhetzen zu Rache und Blutrausch, Aufstacheln zu Vergewaltigung, Vernichtung und Plündern manipulieren menschliche Urtriebe, indem sie Schnellerfüllung und Folgenlosigkeit versprechen und - durch Mißbrauch von ideologischem Moralin ("gerechte Sache") auch noch ein gutes Gewissen dabei machen. Ein Charakteristikum solcher Verursacher wüster und massenhafter Barbarei sind dabei (gruppen-)psychodynamische ad hoc Konsensprozesse, die Andersdenkende zum Schweigen bringen, heimtückisch fertigmachen, ausschließen, unterdrücken, dann so oder so liquidieren.

Selbstverständlich ist dergleichen nicht auf die Sowjets beschränkt, in unseren Tagen haben wir das im ehemaligen Jugoslawien in grauenhafter Weise genauso wieder mit ansehen müssen. Und Europa hat - entgegen übrigens der törichten schon widerlegten Behauptung, durch ihre Existenz gebe es keinen Krieg mehr - zugesehen, sich zerstritten und schändlichst ver sagt.

Wäre Deutschland wirklich frei (von EU-Fesseln) gewesen, hätte es selbständig - verhindernd, helfend - handeln können. Aber auch die Kampagnen gegen die sog. Fundamentalisten, die sog. Sekten, den sog. Ausländerhaß (von seiten einer gewissen anti-nationalen Inländerfeindschaft), tragen die erwähnten heimtückischen Züge: Totschweigen (etwa des gigantischen Asylschwindels) durch zersetzendes Tabuieren mit Hilfe von niederhaltendem, unklaren, täuschend-vergiftetem Moralin nebst Gesinnungsterror und entsprechendem Denunziantentum. Die fürchterlichen Vorgänge in China ("Kulturrevolution") mit zigmillionen Umgebrachten), Tibet (Genozid), Kambodscha u.a.m. seien hier nur genannt. ...<<

Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>...

Erziehen ohne Gott?

... Erziehung mit Gott - das heißt, täglich mit unseren Kindern den Weg des Guten, des Lebensvollen, des Aufbauenden zu suchen, weil wir wissen, daß wir im Dienst der Schöpfung stehen. Ein Geist dieser Art läßt z.B. nicht zu, daß Kinder Dinge tun, die ihre Gesundheit schädigen; denn er weiß, daß wir nicht aus Zufall oder Spaß existieren, sondern um Gottes Willen, um der Liebe voranzuhelfen.

Kinder, denen dieser Zusammenhang vermittelt wird - zunächst durch das Vorbild der Eltern, dann aber auch in der Schule, und hier wie dort auch dadurch, daß man es den Kindern an der Schwelle zum Jugendalter sagt -, haben keine Not damit, hoffnungslos nach dem Sinn des Lebens zu fragen und zu resignieren, weil sie ihn nicht entdecken können. Wer seinen Kindern den Lebenssinn von uns Menschen glaubhaft vorlebt und sie darin unterrichtet, der kann die Hoffnung haben, daß die Kinder mit zupacken, weil sie spüren, wie nötig sie in dieser wahnwitzig zerstörerischen Welt gebraucht werden.

Es ist auch Erziehung ohne Gott, wenn man die Kinder über die Medien gegen ihre Eltern aufhetzt; denn das geschieht nicht von ungefähr. Dahinter steckt jener Feldzug, der unter der Devise "Marsch durch die Institutionen" die Absicht verfolgt, die Kinder dazu zu bringen, sich aus den Familien zu lösen (auch durch frühen Geschlechtsverkehr vom 13. Lebensjahr ab), damit diese dann als gewalttätige Revoluzzer unsere Lebensform in den Orkus (Totenreich) schicken, zu dem Zweck, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der der Mensch sich als Gott aufspielt und den neuen, gerechten Menschen allein hervorbringt.

Dieser gefährliche Geist besonders ist schon in viele junge Menschen eingefahren, weil sie verführt worden sind von der Vorstellung, der Mensch könne ohne Gott das Paradies der Zukunft selbst schaffen. Dies ist der Geist, der seit 1917 in Rußland praktiziert wurde, in dessen

Zug 30 Millionen Russen von Russen umgebracht und Tausende und Abertausende von Kirchen zerstört wurden.

Davor gilt es, unsere Kinder und deren Zukunft zu bewahren; denn die Früchte dieser Götzenherrschaft des Menschen lassen sich in der Knechtschaft des armen russischen Volkes ganz deutlich ablesen - sie heißen: Elend des Volkes und brutale, barbarische Diktatur der anmaßenden Machthaber.

Es ist unendlich wichtig, unsere Kinder heute rechtzeitig vor den falschen Propheten zu bewahren, die ihnen vorgaukeln, es könne eine von Menschenhand gemachte, gerechte Gesellschaft geben. Es ist nötig, dies unseren Kindern zu verdeutlichen, bevor sie in den Bann der falschen Propheten geraten sind. Wir müssen den Geist des Gehorsams gegen den Geist des abgefallenen Menschenhochmuts setzen! Wir müssen uns Kraft holen aus dem Geist der Liebe, der Christus heißt! ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**

... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.

Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.

Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.

Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brand bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten. Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein:

"Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen.

Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten! Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."

Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Profes-

sor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatvertriebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."

Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland.

England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"

Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 (x853/...): >>>>... Was man von "kleinen Nationen" lernen kann - Nach dem estnischen Staatspräsidenten Meri gab Ungarns Ministerpräsident Horn ein Beispiel

Reden an nationalen Feier- und Gedenktagen können wahre Glücksfälle sein. Das zeigte sich vor Jahresfrist auf dem "Tag der Heimat" in Berlin, als der estnische Staatspräsident Meri seine deutschen Zuhörer zu mehr nationalem Selbstwertgefühl ermunterte und vor einem gebrochenen Verhältnis zur eigenen Geschichte warnte.

Und das bestätigte sich am 3. Oktober 1996 aufs neue. Da hielt der ungarische Ministerpräsident Gyula Horn die Hauptrede auf der zentralen Festfeier zum "Tag der deutschen Einheit" in München. In ihr grenzte er den Rückblick nicht auf die zurückliegenden sieben Jahre seit seiner folgenreichen Grenzöffnung ein und begnügte sich auch nicht mit feierlichen Bekenntnissen zu Europa, sondern erweiterte seine Vergangenheitsschau bis ins frühe Mittelalter.

Sicher nicht nur als höfliche Reverenz vor dem Land seines Auftritts Bayern, wo sich der erste ungarische König mit einer bajuwarischen Prinzessin vermählte und sich um die Jahrtausendwende dem römischen Christentum anschloß und wohl auch nicht nur, um an ausgewählten Beispielen die herkömmlich guten ungarisch-deutschen Beziehungen seit der "schwäbischen" Südosiedlung zu beschwören. Vielmehr um ein Datum in Erinnerung zu rufen, dessen epochale Folgeschwere hierzulande schier chronisch "übersehen" wird: den Abschluß der "Pariser Vorortverträge" von 1919 und 1920.

Gyula Horn sprach vom "Friedensvertrag von Trianon", den die Vertreter Ungarns als Mitverlierer des Ersten Weltkriegs am 4. Juni 1920 im Pariser Vorort Trianon unterschreiben mußten. Ähnlich wie die "Friedens-Verträge" von Versailles (für Deutschland) und von St. Germain (für Österreich) ohne die betroffenen Deutschen und Österreicher festgesetzt wurden, hatten auch die Ungarn den ihnen auferlegten "Vertrag" unter Kriegsandrohung anzunehmen und sich in ihm zusammen mit ihren früheren Verbündeten als "alleinschuldig" am Krieg zu erklären.

Noch umfangreicher als die deutschen und die österreichischen Bevölkerungs- und Landverluste waren die ungarischen Abtretungen, sieht man von der zusätzlichen Wegnahme der deutschen Kolonien und der territorialen Aufteilung der Habsburger Monarchie unter die sogenannten "Nachfolgestaaten" ab.

Da wurde Ungarn gezwungen, auf über 70 Prozent seines bisherigen Territoriums und fast zwei Drittel seiner Bewohner zu verzichten. So ging das bisherige "Oberungarn" als Slowakei

mit Böhmen und Mähren zusammen und bildete die "Tschecho-Slowakei", und wurden Siebenbürgen und das Banat an Rumänien gegeben. Ihre ungarischen und deutschen Bewohner sahen sich in den nachfolgenden Jahren ähnlichen Bedrängnissen ausgesetzt wie die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei und erlebten das erhoffte Selbstbestimmungsrecht nur als papiernes Versprechen.

An dieses Schicksal erinnernd nannte Gyula diese Menschen teilnahmsvoll "unsere Verwandten" und bekundete ihnen seine landsmannschaftliche Sympathie. Eine Geste, die ihn vielleicht im patriotischen Verständnis auch 1989 bestimmt haben könnte, die in sein Land gekommenen Mittel- und Ostdeutschen zu ihren westdeutschen Landsleuten weiterreisen zu lassen und ihnen dafür die ungarische Grenze zu öffnen.

Nahtlos sich anfügend an Horns aufrichtiges Bedauern über die Vertreibung der Ungarndeutschen, die ihn menschlich offenbar mehr bewegte als manche nachgeborene westdeutsche Landsleute, die in ideologischer Verwilderung die Heimatvertriebenen gar schon als "Ewiggestrige" beschimpfen.

Es steht dahin, ob diese Zeitgenossen noch eines besseren belehrt werden und von einem Gyula Horn oder Staatspräsident Meri lernen können. ...<<

Der deutsche Journalist Dieter Bartetzko schrieb am 13. November 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das geplante gigantische Berliner "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" (x268/228-229): >>... Die unbeirrbar Befürworter eines erschlagend monumentalen Mahnmals ... übersahen, daß ihr Riesenbau verzweifelt an die Architekturhybris der Nazis erinnert, die Speers Nord-Süd-Achse mit dem höchsten Triumphbogen der Welt abschließen wollten, auf dessen Fronten die Namen aller gefallenen deutschen Soldaten eingemeißelt werden sollten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. November 1996: >>Weg zur Aussöhnung mit Prag ist frei

Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet.

Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im November 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1996 (x853/...): >>... Übersehene Tatsachen und Zusammenhänge

Was in der Diskussion über die deutsch-tschechische "Abschluß-Erklärung" stets zu kurz kam

Schon die unterschiedlichen Bezeichnungen deuten den Standpunkt an. Sprechen die einen von der "Schlußstrich-Erklärung" der deutschen und der tschechischen Regierung, melden sie indirekt bereits ihre Vorbehalte an - und reden die anderen von der deutsch-tschechischen "Versöhnungs-Erklärung", geben sie mit diesem positiven Ausdruck gleichfalls ihre - diesmal zustimmende - Haltung zu erkennen. Und beide Seiten haben ihre Gründe.

Sehen die einen die Vergangenheit nicht angemessen gewürdigt, geben sich die anderen zukunftsorientiert und schauen in erster Linie nach vorne. Zusätzlich bemühen sie noch die Moral und unterstreichen die Verpflichtung Deutschlands, die tschechischen NS-Opfer zu entschädigen und diese Pflicht im Rahmen der "Versöhnungs-Erklärung" anzuerkennen und zu erfüllen.

Den Kritikern der "Schlußstrich-Erklärung" scheint damit ein unüberwindliches Argument entgegengehalten und eine weitere Ablehnung nicht mehr gestattet. Ein genauerer Blick in die

Geschichte und ihre Zusammenhänge löst diesen Konflikt zwischen angemahntem Heimatrecht und menschlicher Moral freilich auf. ...

Ebenso lassen die meisten Befürworter der von ihnen angemahnten "Versöhnungs-Erklärung" mit der widerspruchswidrigen Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" den ideologischen "Hintermann" dieser menschenrechtswidrigen Verfügungen außer Betracht: Sowjetdiktator Josef Stalin.

Er tritt in jener programmatischen Erklärung deutlich in Erscheinung, aus welcher sich Ziel und Inhalt der "Benesch-Dekrete" folgerichtig ableiten, dem sogenannten "Kaschauer Programm der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken" vom 5. April 1945. Darin wird die Sowjetunion als "unser großer Verbündeter" gefeiert und vom "glorreichen Siegeszug" der "Roten Armee" gesprochen.

Der Westmächte und ihres Beitrages zur Befreiung wird nur beiläufig in Nebensätzen gedacht. Im wesentlichen haben sie nur ungebetene Ratschläge für die Behandlung der Sudetendeutschen bekommen und wurde den amerikanischen Truppen empfohlen, "sehr streng mit den Deutschen zu verfahren".

Wenn sich auch die amerikanischen Soldaten von diesen Anschwärmungen der Sudetendeutschen nicht sonderlich beeinflussen ließen und sich ihrerseits verschiedenenorts von den brutalen Mißhandlungen der Deutschen durch aufgehetzten tschechischen Mob betroffen zeigten, wie erhalten gebliebene Fotos und Zeitzeugnisse belegen, so schlugen sie sich doch in einigen späteren Äußerungen amerikanischer Persönlichkeiten nieder. Der Brief General Clays an die deutschen Erzbischöfe und Kardinäle vom 15. Juli 1946, in dem die Sudetendeutschen als Unruhestifter und "umstürzlerische Elemente" bezeichnet werden, ist ein Beispiel für eine solche "politische Langzeitwirkung".

Schien Edvard Benesch bis 1943 ein treuer Gefolgsmann Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gewesen zu sein und nicht von ungefähr seine Exilregierung in London etabliert zu haben, geriet er mit Abschluß des tschechisch-sowjetischen Vertrags "über die Freundschaft und den gegenseitigen Beistand und die Zusammenarbeit nach dem Kriege" vom 12. Dezember 1943 immer stärker unter den Einfluß Stalins. Diese zunehmende politisch-ideologische Abhängigkeit der tschechischen Führung von Moskau schlug sich bis in die Ähnlichkeit der einzelnen Formulierungen nieder und weist eine Linie vom obigen Moskauer Vertrag über das "Kaschauer Programm" bis zu den sogenannten "Benesch-Dekreten" auf.

Hieß es beispielsweise im Moskauer "Freundschafts- und Beistandspakt, daß "alle, die Hitler aktiv geholfen haben und sich des Hochverrats gegen die Republik schuldig gemacht haben, einschließlich Ausweisung aus der Republik und Beschlagnahme des Vermögens bestraft werden", liest sich die gleiche Absicht im "Kaschauer-Programm" (Abschnitt VIII) so:

"... diejenigen Deutschen, ... welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk ... verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt und für immer aus der Republik ausgewiesen", um sich dann im "Dekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 21. Juni 1945 über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes" mit den Worten zu wiederholen:

"... von dem Bestreben geleitet, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen ... Gutsbesitzer, wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen, ... wird mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht aller Personen deutscher ... Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit".

Eine Gedanken- und Ziellinie, die sich auch in anderen Erklärungen von 1943, weiteren Programmpunkten der "Kaschauer Beschlüsse" und in den übrigen "Benesch-Dekreten" erkennen

und verfolgen läßt.

Die von der heutigen tschechischen Staatsführung immer noch als "legal" und "legitim" angesehenen "Präsidenten-Dekrete" von 1945 entpuppen sich in Wahrheit als Überreste stalinistischer Expansionspolitik und Revolutionsstrategie. Mit der Enteignung und Entwurzelung von Millionen Menschen sollte in Rest-Deutschland und Mitteleuropa ein "revolutionäres Potential" geschaffen werden, das die Sowjetisierung ganz Europas vorbereitet.

Als materielle Habenichtse waren die deutschen Vertriebenen aus den Ostprovinzen des Reiches und aus dem Sudetenland als "sozialer Sprengsatz" gedacht, welcher die westlich-bürgerliche Gesellschaft zu gegebener Zeit "zur Explosion" zu bringen hatte.

Zum Leidwesen Stalins und seiner Kremlstrategen sanken die deutschen Heimatvertriebenen jedoch nicht zu diesem "revolutionären Treibsatz" herab, sondern legten als überzeugte Antikommunisten fleißig Hand ans Wiederaufbauwerk Deutschlands und schufen sich dabei eine neue Heimat.

Grund genug für Stalin und seine westlichen Mitläufer, die deutschen Heimatvertriebenen mit einem Rachefeldzug zu überziehen und sie durch Diffamierungen und Verleumdungen politisch mundtot zu machen. Daß diese Kräfte noch bis in die Gegenwart aktiv sind, zeigt sich nicht nur in der vielfältigen Deklassierung der sudetendeutschen und ostdeutschen Landsmannschaften als "Vertriebenenfunktionäre", sondern auch an vereinzelt bereits geglückten Versuchen, Veranstaltungen der Heimatvertriebenen wie den "Tag der Heimat" durch Straßenterror zu verhindern. Die sich als "Antifaschisten" ausgebenden Droh- und Gewaltextremisten verunglimpfen die Heimatvertriebenen als "Ewig Gestrige" und besorgen auf diese Weise posthum das Geschäft Stalins.

In ähnliche Nähe drohen die Verteidiger der "Benesch-Dekrete" zu geraten. Ein Festhalten an diesen menschenrechtswidrigen Verfügungen aus dem Jahre 1945 bedeutete zumindest ein Stehenbleiben in der Nachfolge Josef Stalins und damit eine Konservierung eines Stückes Stalinismus in Mitteleuropa. Schlecht vorstellbar, daß sich nach Kenntnis dieser Tatsachen und Zusammenhänge westlich-demokratisch ausgerichtete Politiker noch dafür stark machen. Eine "Schlußstrich-Erklärung" mit der Hinnahme der sogenannten "Benesch-Dekrete" und der Verharmlosung der Vertreibung rückte aber die Unterzeichner in die Nähe der Hüter stalinistischen Erbes und verschaffte den menschenrechtswidrigen Gewaltakten des Sowjetdiktators von 1945 noch nachträgliche Anerkennung. ...<<

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-

Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Horst Deckert berichtete in seinem Internet-Blog "<https://www.offenbarung.de> ..." über die Vermarktung der Lehren der römisch-katholischen Kirche (x990/...): >>**Das Papsttum**

... Nicht um die Verkündigung des wahren Evangeliums aus der Bibel gemäß dem Auftrag Jesu Christi (Matthäus 28, 18-20) voranzubringen, sondern um **die Gewissen und die Geldbeutel der Menschen besser zu beherrschen**, wird seit 1996 für die Vermarktung der Lehren Roms die als Arbeitsplatzvernichter und Job-Killer berüchtigte Unternehmensberatung McKinsey vor den Karren gespannt. Der Papst steht im Schaufenster - der Jesuiten-General zieht die Fäden der Macht.

Der Vatikan ist, neben einigen Ölstaaten, wohl der reichste Staat dieser Erde. Nicht zuletzt deshalb, weil die römisch-katholische Kirche das ertragreichste Unternehmen der Welt ist. Man schaffte sogar, daß z.B. die wenig interessierten und nicht informierten deutschen Steuerzahler über 90 % der Gehälter der Priester und Kirchenbediensteten bezahlen. Ich wollte das nicht glauben, aber Renate Schmidt hat mir das schon vor einigen Jahren in ihrer Funktion als Bundestagsvizepräsidentin auf meine Anfrage hin schriftlich bestätigt.

Da wirkt die Drohung, die Kirche könne ihre Kindertagesstätten nicht mehr finanzieren und dann müsse der Steuerzahler dafür aufkommen, wie blanker Hohn, ja, wie Betrug. Oder können Sie mir einen plausiblen Grund nennen, wieso der deutsche Steuerzahler die Kirche finanziert? Das gibt es nicht mal in "katholischen" Ländern.

Die Erfolgsliteratur darf natürlich nicht fehlen. Viele Managementbücher wurden von Jesuiten geschrieben. Was zu den Prinzipien des Unternehmens Scientology gehört, ist auch dem "Unternehmen Römisch-katholische Kirche" nicht fremd. Doch, falls Sie jetzt den Eindruck haben, ich will hier für eine bestimmte - und gegen alle anderen Glaubensrichtungen und Religionen Stimmung machen, kann ich Sie beruhigen.

Als mich 1990/91 ein deutscher Unternehmensberater mit Wohnsitz Schweiz für eine Sekte anwerben wollte, habe ich mir einfach eine Bibel gekauft, sie durchgearbeitet und mit den Kirchen- und Sektenlehren die ich kenne, verglichen. Daraufhin habe ich mich von der Kirche verabschiedet und mich auch von Sekten aller Art ferngehalten. Ich kann Ihnen keine religiöse Gruppierung empfehlen, weil alle nur Geld und Macht wollen. Was mir aber sehr viel im Leben gebracht hat, ist der reine Bibeltext und die Zehn Gebote.

Wenn "Management-Modelle" von religiösen Organisationen angeboten und Unternehmern zur Übertragung auf ihr Unternehmen empfohlen werden, muß deren Gesinnung geprüft werden, bevor Schaden entsteht. Und dazu möchte ich Sie aufrufen.<<

Das Schweizerische Bundesarchiv veröffentlichte im Jahre 1996 eine Dokumentation über das Schicksal der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge "Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945". Aufgrund dieser Dokumentation hatte die Schweiz damals mindestens 30.000 jüdische Frauen, Kinder und Männer an der Grenze abgewiesen (x136/230). Die Zahl der abgewiesenen jüdischen Flüchtlinge, die vergeblich an den Schweizer Grenzen um eine Einreisbewilligung nachsuchten, war vermutlich wesentlich höher (x136/231).

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x046/79) = Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage, Seite 79.

x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick</u> . GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.

Internet

x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com-

	_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x990	https://www.offenbarung.de/papsttum-pontifex-maximus.php - September 2020